



AIB

2V 74 26 E

2,50 DM

Juni

6/1983

14. Jahrgang

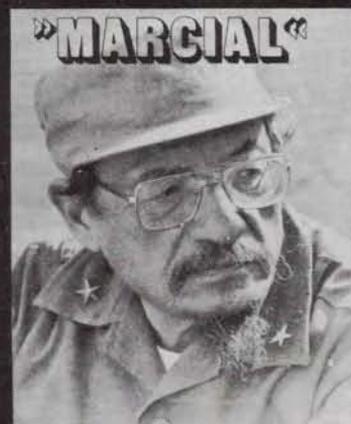
Antiimperialistisches Informationsbulletin



MANAGUA - "STADT DES FRIEDENS"

Der Tod der
FMLN-Comandantes
Ana Maria und Marcial

Ihre letzten Interviews



Inhalt

AIB-Aktuell:

Mit Nicaragua den Frieden verteidigen 3

Nicaragua

Auf eine und mehr Invasionen eine
Antwort: „Frieden“! 4

Deklaration von Managua 6

Erklärung der Besetzer der
BRD-Botschaft 8

El Salvador

Letztes Interview mit Comandante
Ana Maria 10

Comandante Marcial 11

Der Tod der Comandantes 13

China

Grenzen der außenpolitischen
Korrekturen (2) 15

Südliches Afrika

Washington blockiert eine Krisen-
lösung 17

Südafrika

Die Militarisierung Südafrikas 19

Oliver Tambo: Die Aufgaben des
ANC 1983 27

Bilanz der Guerilla 29

J. Slovo: Den Volkskrieg
entwickeln 30

Entwicklungsländer

UNCTAD VI und die
Verschuldungskrise 32

Mexiko

Verschuldung im Großformat 35

Kultur

Nazim Hikmet –
Symbol des Widerstands 40

Rückblick

20 Jahre „Polemik über
die Generallinie“ 42

Bundesrepublik – Dritte Welt

Umweltgerechte Entwicklungspolitik 43

Friedensbewegung

Keine neuen Atomraketen
in unser Land! 44

Infodienst

45

46

48



Nicaragua

S. 4

Nicaraguas Sandinistas stehen im Kampf gegen weitere Invasionen der „Contras“. Sie mobilisieren, angesichts neuer Reagan'scher Drohungen, ihr Volk und die antiinterventionistischen Kräfte in aller Welt. Managua wurde auf einer kontinentalen Friedenskonferenz vom Weltfriedensrat zur Stadt des Friedens proklamiert. W. Bröner war für das AIB dabei.



El Salvador

S. 10

Verteidigungsminister Garcia mußte seinen Hut nehmen. Die Befreiungsfront FMLN ist weiter auf dem Vormarsch – aber sie hat mit dem tragischen Tod der Comandantes Ana Maria und Marcial ihre bislang schmerzlichsten Verluste zu beklagen.

Wir bringen die letzten Interviews beider Comandantes. Und wir beleuchten die Hintergründe dieser mysteriösen Todesfälle.



Südafrika

S. 19

Die internationalen Lösungsversuche der Krise im Südlichen Afrika stecken tiefer denn je in der Sackgasse. Die Auseinandersetzung zwischen den unmittelbaren Konfliktparteien spitzt sich zu. Südafrikas Rassistenregime beantwortet den Aufschwung des Befreiungskampfs mit wachsender Militarisierung nach innen und Destabilisierungsversuchen nach außen.

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Pfambeck & Co., Neuss

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon (064 21) 246 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Nico Biver, Wolfram Bröner (verantwortlich), Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer.

Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, H. Denk, K. D. Fischer, P. Grund, C. Köve, J. Ostrowsky, U. Rupp, L. Schmitz, E. Schneider, P. Wahl, J. Weber, B. Weng

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 5. 5. 1983

Anzeigen: Pahl-Rugenstein Verlag, ISSA, Chile-Kongreß, Solidaritätsshop Dritte Welt, Weltkreis Verlag

AIB-Aktuell: Mit Nicaragua den Frieden verteidigen!

„Keine Gesellschaft, und besonders keine der Dritten Welt kann sich entwickeln, wenn es keinen Frieden gibt.“ Dies erklärte das Mitglied der Regierungsjunta Nicaraguas, Rafael Córdova Rivas, auf der „Kontinentalen Konferenz für den Frieden und die Souveränität in Mittelamerika und der Karibik“, die vom 21.-23. April d.J. in Managua stattfand (siehe Deklaration und Beitrag von W. Brönnner).

Eine wirkliche Entwicklung im Interesse der unterprivilegierten Massen, d.h. den von den Sandinistas 1979 eingeleiteten Prozeß sozial-revolutionärer Veränderungen, zunichtezumachen, das ist in der Tat das eigentliche Ziel der gegenwärtigen Kriegsführung gegen Nicaragua. Mit den Invasionen der antisandinistischen Interventionstrupps („Contras“) soll, im Auftrag R. Reagans, das revolutionäre Beispiel Mittelamerikas mit militärischem Gewalteinsatz zerschlagen werden. Die Landreform soll rückgängig gemacht, Gesundheits- und Erziehungsprojekte sollen zerstört, die sandinistischen Volksmachtorgane aufgegeben werden.

Die Reagan-Administration begründet diese Kriegspolitik derzeit weniger mit dem Vorwand, es gelte den angeblichen Waffenfluß von Nicaragua an die Befreiungsbewegung in El Salvador zu unterbrechen. Derzeit bevorzugt sie das Argument, die revolutionäre Entwicklung in Mittelamerika bedrohe die nationale Sicherheit der USA. Damit soll nicht nur der starke antiinterventionistische Widerstand in den USA gebrochen werden. Westeuropa, und allen voran die Bundesrepublik als wichtigster NATO-Partner der USA, soll auf den Kriegskurs eingeschwenkt werden.

Die Appelle der Reagan-Administration an ihre Hauptverbündeten, die materielle Hilfe für Nicaragua ganz einzustellen und stattdessen die „Demokratien“ in El Salvador und Honduras zu fördern, sind im konservativen Lager der Bundesrepublik auf offene Ohren gestoßen. Knallharte psychologische Kriegsvorbereitung betreibt beispielsweise die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die u.a. am 23.4.1983 eine „Wende“ Bonns auch in der Mittelamerikapolitik forderte – ein Plädoyer für die Kriegsbeteiligung gegen Nicaragua, Kuba und die salvadorianischen Befreiungsfronten FMLN/FDR:

„Nun scheint in Washington die Entscheidung gefallen, das Übel an der Wurzel, nämlich an der Etappe für den Nachschub (nach El Salvador; d. Red.), zu packen und sich zunutze zu machen, daß die sandinistischen Machthaber längst die Gunst ihres Volkes verloren haben. Hier lautet die schreckliche Wahrheit: die Vereinigten Staaten können gar nicht anders, der Einflußwettkampf mit der Sowjetunion in Zentralamerika zwingt sie dazu. Daß die Lateinamerika-Politik Washingtons auch dem eigenen Volk gegenüber schwer zu verkaufen ist, macht die Sache für die Verbündeten nicht leichter.“

Ein Gespenst geht um in Mittelamerika: „SS-20“

Die Bundesregierung hat sich bisher geweigert, die Interventionspolitik der USA zu kritisieren. Schlimmer noch, ihr UN-Botschafter Günter van Well machte im Weltsicherheitsrat Nicaragua für die Spannungen in der Region verantwortlich. Auch in der Entwicklungshilfevergabe für Nicaragua scheint sich eine Anpassung an die Interessen der USA anzubahnen. Zwar sollen die bereits unter der sozialliberalen Regierung Schmidt/Genscher zugesagten Mittel (25 Mio DM) ausbezahlt werden, doch sollen sie – so die Auflage – in die nikaraguanische Privatwirtschaft fließen und somit die antisandinistischen Kräfte stärken.

Angesichts der Ankündigung des Entwicklungsministers Jürgen Warnke, die Entwicklungspolitik in Mittelamerika mit den USA abzustimmen, ist es wahrscheinlich, daß dies die letzte Zahlung bleibt. Bereits jetzt unterstützt die BRD die Boykottpolitik der USA gegen Nicaragua in den internationalen Finanzinstitutionen.

Einen ersten Schritt zur Einstellung der Entwicklungshilfe tat man bereits, unmittelbar nachdem am 30. April d.J. der bundesdeutsche Entwicklungshelfer und Arzt Albrecht Pflaum von somozistischen Intervenenten in Nordnikaragua ermordet wurde. Anstelle eines Protestes seitens der Bundesregierung wurden die Entwicklungshelfer in Nicaragua von ihren Projekten abgezogen und nach Managua gerufen. Dabei ist es gerade das Ziel der „Contras“, soziale bzw. wirtschaftliche Projekte in Nicaragua zum Erliegen zu bringen, indem die in- und ausländischen Projektleiter vertrieben oder ermordet werden. In Nicaragua lebende bundesdeutsche Entwicklungshelfer protestieren denn auch gegen dieses Verhalten der Bonner Rechtskoalition. 50 von ihnen besetzten am 2. Mai d.J. für Stunden die BRD-Botschaft in Managua. Sie forderten u.a. eine Erhöhung der Bonner Hilfe für Nicaragua und eine Streichung der Unterstützung für Honduras (u.a. Ausbildung von honduranischen Offizieren in der BRD).

In der Bundesrepublik machten Vertreter verschiedener Organisationen, darunter der Grünen, des Antiimperialistischen Solidaritäts-



Der Arzt A. Pflaum (hier mit seiner Frau) wurde von Contras erschossen

komitees und der hessischen DGB-Jugend, die Bundesregierung für den Mord mitverantwortlich. Während der Debatte zur Regierungserklärung vom 4. Mai d.J. protestierten im Bundestag Abgeordnete der Grünen gegen die Nikaraguapolitik der USA und der BRD. In Freiburg kam es anlässlich des Begräbnisses von Albrecht Pflaum zu einer Demonstration, an der über 4.000 Menschen teilnahmen. In Stuttgart demonstrierten 2.000.

Bereits im April d.J. war es vielerorts zu Solidaritätsaktionen mit Nicaragua gekommen. In die Protestbewegung reichten sich zahlreiche Schriftsteller, darunter Heinrich Böll und Günther Grass, ein. Auch SPD-Führungsmitglieder wie Peter Glotz und Hans-Jürgen Wischniewski erhoben ihre Stimme gegen den Einmarsch der von den USA unterstützten Somozisten. Am 23. April d.J. fand ein bundesweiter Aktionstag der Solidaritätsgruppen gegen die US-Aggression gegen Nicaragua statt.

Auf den Ostermärschen Anfang April d.J. war diesmal das Thema Nicaragua stärker vertreten als bei früheren Friedensdemonstrationen. Ein weiteres Anzeichen dafür, daß sich die Friedensbewegung stärker mit der Kriegsgefahr in Mittelamerika beschäftigt, ist auch die Haltung ihrer 3. Aktionskonferenz, die am 16. und 17. April d.J. in Köln tagte. Die größte Einheitlichkeit konnte dort gerade in der Verurteilung der US-Intervention gegen Nicaragua erzielt werden. Es macht sich die Erkenntnis breit, daß eine Kriegseskalation in Mittelamerika und der Karibik, zumal im Fall der von der Reagan-Administration anvisierten Einbeziehung des sozialistischen Kuba, zu einem weltweiten Konflikt führen kann. Solidarität mit der sandinistischen Revolution zu leisten, heißt daher auch gemeinsame Interessen gegen denselben Gegner zu verteidigen.

Die Reagan-Administration hat im übrigen selbst unfreiwillig den engen Zusammenhang zwischen ihrer Aggressionspolitik in Mittelamerika und ihrer beabsichtigten Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa offenbart, indem sie die Atomraketenfrage in Mittelamerika ins Spiel brachte. Im März/April d.J. warf sie der Sowjetunion wiederholt vor, auf Kuba und in Nicaragua SS-20 stationieren zu wollen. Sie tat dies, obwohl es mehrfach von allen Beteiligten dementiert wurde. Im Gegensatz zur NATO haben die Staaten des Warschauer Vertrages bisher keinen Beschluß gefaßt, atomare Waffen vor der Haustür des Gegners zu stationieren.

Der Vorwurf, Nicaragua würde SS-20 stationieren, dient von daher zu nichts anderem, als einen Angriff auf dieses Land zu legitimieren und die Stationierung der Pershing II und Cruise-Missiles in Westeuropa propagandistisch abzusichern. Angesichts dieser Lage wird es für die Friedensbewegung in der Bundesrepublik zum umso größeren Erfordernis, sich in eine weltweite Antiinterventionsfront zu Mittelamerika einzureihen, wie sie von Friedenskomitees aus der ganzen Welt auf der Konferenz von Managua vorgeschlagen wurde.

Gelegenheit gegen die Kriegstreiber in Mittelamerika und Europa zu protestieren, bietet der Besuch des US-Vizepräsidenten George Bush am 25. Juni d.J. in Krefeld. Er will dort einen Gegenaufruf zum Krefelder Appell, den mittlerweile über 4 Mio Bundesbürger unterzeichneten, verkünden. Eine Großdemonstration gegen diese Provokation wird gemeinsam von der Friedens- und Antiinterventionsbewegung vorbereitet.

Darüber hinaus kommt es darauf an, vor und während der Herbstaktionen der Friedensbewegung stetigen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, um sie davon abzuhalten, vollends auf den Mittelamerikakurs Ronald Reagans einzuschwenken.

Wolfram Bröner

Auf eine und mehr Invasionen eine Antwort: „Frieden“!

Am 3. Mai d.J. bestätigte Nikaraguas Außenminister Miguel d'Escoto in Managua, daß eine zweite Invasion somozistischer Truppen von honduranischem Boden aus im Gange sei.

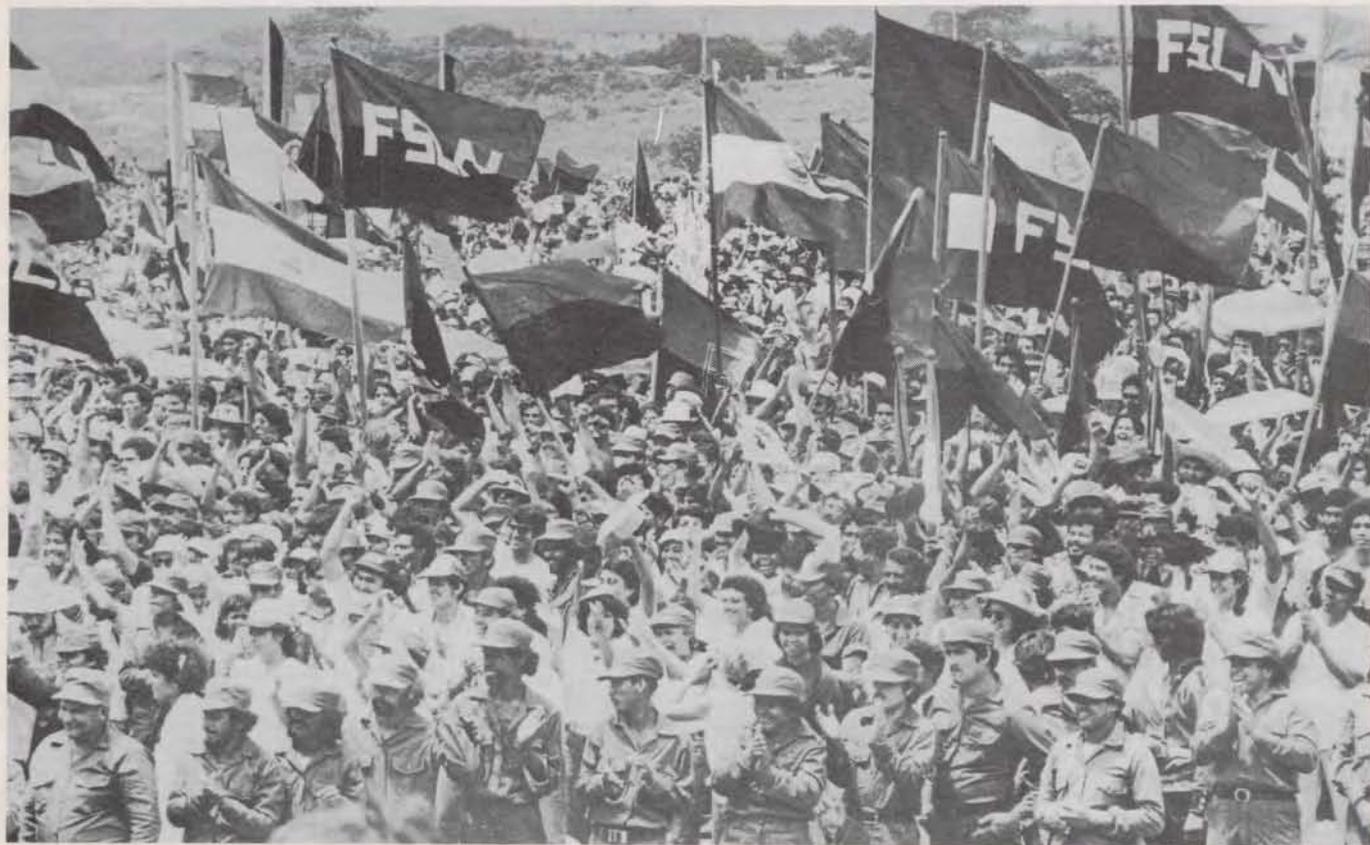
Rund 1.200 „Contras“ waren seit dem 30. April d.J. 11 km nordöstlich der Stadt Jalapa in die nikaraguanische Provinz Nueva Segovia einmarschiert. Außerdem wurden auf honduranischem Gebiet, unweit der Ortschaft Siuce, bei Teotecacinte, weitere 1.000 bewaffnete Interventen der somozistischen sog. Nikaraguanischen Demokratischen Kräfte (FDN) zusammengezogen, um die nächste Angriffswelle gegen Nicaragua vorzubereiten. Von dem am 22. März d.J. eingefallenen Kontingent der „Contras“ hielten sich zu diesem Zeitpunkt noch 600-700 in den Nordprovinzen Zelaya, Jinotega und Nueva Segovia auf.

Die honduranische Armee, die gegenwärtig etwa 14.000 Mann (2/3 ihres Gesamtbestandes) an den Grenzabschnitten zu Nicaragua konzentriert, unterstützte diesmal die Invasoren mit massiven Artillerie-Bombardements. Eine Gruppe honduranischer Soldaten griff anfangs auf nikaraguanischem Territorium in die Kämpfe gegen die sandinistische Volks-

armee ein.

Am 5. Mai d.J. gab der nikaraguanische Regierungskordinator Daniel Ortega Saavedra bekannt, daß in den Nordprovinzen Nikaraguas von den Interventionstrupps bislang mehr als 500 Menschen ermordet und rund 1.500 verschleppt worden seien. Wiederholt griffen die Contras Ortschaften, Bauernkooperativen, Zivilfahrzeuge usw. an, um bevorzugt Sandinistas und in Reformprojekten Engagierte, Mitglieder von Kooperativen, Agrartechniker, Entwicklungshelfer (so am 30.4.1983 den bundesdeutschen Arzt Albrecht Pflaum nahe Fantasma/Jinotega) u.a. zu ermorden.

Aber es gelang den Contras, ungeachtet der weitreichenden logistischen Unterstützung seitens ihrer honduranisch-nordamerikanischen Ziehväter (Waffennachschub, Radar- und Luftspionage usw.),¹ nur in einem einzigen Fall, in der Ostprovinz Zelaya, einen Ort auf nikaraguanischem Territorium einzunehmen. In Silmalila entführten in der Nacht des 22.4.1983 etwa 100 Interventen, die mit Maschinengewehren und Mörsern schossen und einen Teil des Miskito-Dorfes niederbrannten, mehr als 1.000 Einwohner nach Honduras, in das Flüchtlingslager Mocoran. Viele Verschleppte werden



Hunderttausende demonstrierten am 28. April d. J. einmal mehr ihre Unterstützung für die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN)

dort von den antisandinistischen Trupps zwangsrekrutiert, wobei man die mitgenommenen Frauen und Kinder als Druckmittel für Einsatzunwillige benutzt.

In den anderen betroffenen Provinzen scheiterten die Contras stets an der hohen Selbstverteidigungsmoral der Bevölkerung. Beispielsweise verteidigten am 21. April d.J. Volksmilizionäre und Reservisten den Ort El Jicaro in einem vierstündigen Gefecht gegen einen Angriff von rund 200 FDN-Söldnern. Allen ihren weiteren Besetzungsversuchen blieb unterdessen der Erfolg versagt, insbesondere weil nicht sie, sondern die regierenden Sandinistas bei der nikaraguanschen Bevölkerungsmehrheit auf Gegenliebe stoßen. Deshalb mußte auch die von den Invasoren erhoffte Volkserhebung gegen das Revolutionsregime ausbleiben.

Ebenfalls Anfang Mai d.J. kam es zu der vorher angekündigten Eröffnung einer Südfront. Bei der Invasion von rund 700 Contras von kostarikanischem Territorium aus, von denen zu Anfang gleich 40 gefangen genommen wurden, handelt es sich um bewaffnete Trupps der sog. Demokratisch-Revolutionären Allianz (ARDE). Ihre prominentesten Führer sind der Unternehmer Alfonso Robelo, der unmittelbar nach dem Sturz der Somoza-Diktatur (Juli 1979) der Regierungsjunta für den Nationalen Wiederaufbau angehörte, und der ehemalige Sandinist Edén Pastora Gomez („Comandante Cero“).

Die „Freiheitskämpfer“ vereinen!

Was führt sie heute im bewaffneten Kampf mit den FDN-Söldnerlegionen des somozistischen Befehlshabers und ehemaligen Obersten der Nationalgarde, Enrique Bermudez, zusammen? Es ist ihre Feindseligkeit gegenüber den – in ihren Augen – zu radikalen sozialen Veränderungen, welche die sandinistisch geführten Staats- und Volksmachtorgane in Gang gesetzt haben. Seien es nun Verstaatlichungen, Kontrollen für Grundnahrungsmittelpreise, Kredit- und Devisenmärkte, die Eindämmung der Spekulation, die Bildungs-

oder die Agrarreform.²

Die somozistischen Contras versuchen mit Morden gerade an Aktivisten von Reformprojekten (darunter an Entwicklungshelfern aus Frankreich und der Bundesrepublik) deren Einstellung zu erzwingen und die Massen von der aktiven Beteiligung an revolutionären Veränderungen abzuschrecken. In eben diese Richtung zielte auch Edén Pastora, als er Mitte April d.J. den in Nicaragua ausharrenden Entwicklungshelfern bzw. Beratern Kubas und anderer sozialistischer Länder das gleiche Schicksal androhte. E. Pastora, der auf sein „revolutionäres“ Image bedacht ist, blieb dennoch in Worten auf Distanz zu den Somozagardisten.

Dahinter verbirgt sich eine Art Rollenverteilung unter Vertretern, denn sein offen antirevolutionärer ARDE-Mitstreiter Alfonso Robelo war unterdessen längst dabei, ein Arrangement mit den Invasoren aus dem Norden zu bewerkstelligen. „Wir achten die FDN (Führung) sehr“, versicherte er im Gespräch mit der Newsweek, und fügte hinzu, daß zwischen der FDN und seiner Organisation gute Beziehungen bzw. eine ständige Koordination wünschenswert sei. Mehr noch, auf Vermittlung der US-Botschaft in San José (Kostarika) hin traf sich der Ex-Antisomozist Mitte April d.J. insgeheim mit Repräsentanten der somozistischen FDN. Alfonso Robelos Rechtfertigung gegenüber La Republica weiß zu überzeugen: „In diesem Moment zu zögern, nur weil einige Leute in Nicaragua mit dem Somozismus Verbindung hatten, hieße den Kommunisten in die Hände spielen.“³

Washington drängt beide Seiten zu einem Bündnis bzw. einer Vereinigung, um den vom CIA angeleiteten Interventionstrupps, die neuerdings von R. Reagan als „Freiheitskämpfer“ bezeichnet werden, etwas vom Ruhm des im Volk verhassten Somozismus zu nehmen.

„Die Reagan-Administration“, so enthüllte bald darauf die Newsweek, „treibt aktiv ein Bündnis zwischen den beiden größten konterrevolutionären Parteien Nikaraguas, den in Honduras stationierten nikaraguanischen Demokratischen Kräften (FDN) und der in Kostarika stationierten Demokratisch-Revolutionären Allianz (ARDE) voran. Einige Reprä-



Sandinistische Patrouille nahe der Grenze zu Honduras

sentanten des State Department (US-Außenministerium; d. Red.) und des CIA glauben, daß eine solche Koalition dazu beitragen würde, die Konterrevolution eher als einen Volksaufstand denn als den Versuch zu zeichnen, frühere Unterstützer des Diktators Anastasio Somoza wieder an die Macht zu bringen. Sie sehen dies auch als den besten Weg an, die Versuche des Kongresses, die US-Hilfe an die antisandinistischen Guerilleros zu beschneiden, zu entschärfen... US-Repräsentanten hoffen jetzt, daß der militärische Feldzug der FDN im nördlichen Nicaragua Pastora und seine Verbündeten überzeugen wird, daß sie keine andere Wahl haben, als ihre Kräfte mit denen der rivalisierenden Gruppe zu vereinen."⁴

Ronald Reagan sieht sich im eigenen Land mit einem wachsenden Widerstand gegen seinen Eskalationskurs in Mittelamerika konfrontiert. Meinungsumfragen vom April d.J. ergaben, daß eine Mehrheit der US-Bürger ihn ablehnt. Weder sie noch der US-Kongreß ließen sich von den seit Anfang März d.J. serienweisen Beschwörungen des Präsidenten beirren, die „nationale Sicherheit“ sei durch die Existenz der Revolutionsregimes Kubas, Grenadas, Nicaraguas und der salvadorianischen Befreiungsfronten FMLN/FDR bedroht (siehe AIB 5/1983, S. 4ff.).

Mehrere Ausschüsse des Senats und Repräsentantenhauses hatten seine für El Salvador beantragte Sondermilitärhilfe von 60 Mio Dollar um die Hälfte gekürzt und mit der Auflage zur Dialogbeteiligung versehen. Der Geheimdienstausschuß des Repräsentantenhauses hatte die Regierung verurteilt, weil sie fortgesetzt gegen den Beschluß des Hauses vom Dezember 1982 (Boland-Amendment) verstoße. Darin war ihr jede Hilfe verboten worden, die für verdeckte Operationen zum Sturz der nikaraguanischen Regierung bestimmt ist.

In der Tat war der CIA-Etat 1982/83 für die in Honduras stationierten FDN-Contras jüngst, aus einem Reagan'schen Geheimfonds, um 11 Mio Dollar auf 30 Mio Dollar erweitert worden. Diese US-Invasionshilfe droht nun durch den vom Geheimdienstausschuß angestrebten Entscheid des Kongresses gestrichen zu werden.

Reagans Flucht nach vorn

Insbesondere darauf gemünzt – und eben kein Zeichen von Sinneswandel – sind die Beteuerungen Ronald Reagans, mit denen er seinen unerklärten Krieg bzw. den äußeren Interventionismus der USA gegen das sandinistische Revolutionsregime in eine rein interne Angelegenheit umzufälschen sucht: „Lassen Sie uns die amerikanische Haltung gegenüber der Regierung Nicaraguas klarstellen. Wir trachten nicht danach, sie zu stürzen... Unsere Absicht ... ist es, den Waffentrommeln nach El Salvador, Honduras, Guatemala und Kostarika zu unterbinden... Wir sollten nicht – und wir werden nicht – die nikaraguanische Regierung vor dem Zorn ihres Volkes schützen.“⁵ Das verkündete der US-Präsident in einer neuen spektakulären Mittelamerikarede am 27. April d.J. vor dem Kongreß. Und er setzte als zweites Beschwichtigungsbomben gegen die Opposition hinzu, er hege nicht die Absicht, US-Kampftruppen in die Krisenregion zu entsenden.

Doch wer wie R. Reagan derart zu lügen versteht, dürfte gegebenenfalls kaum um einen konstruierten Vorwand verlegen sein, um den offenen Einmarsch von US-Marines in Nicaragua irgendwie zu rechtfertigen. Einstweilen werden die unter CIA-Regie operierenden Hilfstruppen der Contras von honduranischem und kostarikanischem Boden aus ins Feuer geschickt. Als nächstes steht die modern aufgerüstete Armee von Honduras bereit, um gegen Nicaragua einen regulären Krieg zu entfesseln.

Die Teilnehmer der Konferenz für Frieden und Souveränität in Mittelamerika und in der Karibik, die vom 21.-23. April 1983 in Managua/Nicaragua zusammenkamen, legten ihre Standpunkte dar zu den ersten Gefahren, die den Frieden in der Region bedrohen, im Rahmen folgender Punkte:

1. Gefahren, die den Frieden in der mittelamerikanischen Region, insbesondere in Nicaragua bedrohen;
2. Imperialistische Aggressionen, die die Stabilität der Region, insbesondere der Revolutionen Kubas, Grenadas und Nicaraguas, gefährden;
3. Die Massenkommunikationsmittel, die Verletzung der Menschenrechte und die Religion, die benutzt werden als Destabilisierungsinstrumente des Imperialismus.

Die Teilnehmer brachten ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck, was sie über den Kampf des nikaraguanischen Volkes in Erfahrung brachten und stellten die Anstrengungen seiner Regierung und seiner Avantgarde (die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung; d. Red.) beim Aufbau einer neuen Gesellschaft fest.

Sie erkannten, daß die gegenwärtige aggressive Politik des nordamerikanischen Imperialismus ihre historischen Präzedenzfälle in Lateinamerika hat, darunter: die Interventionen gegen Nicaragua 1856, 1912, 1926, gegen Mexiko 1914, gegen Guatemala 1954, gegen Kuba 1961, gegen die Dominikanische Republik 1965; und nun 1983 die Söldnerinvasion gegen Nicaragua durch ehemalige Somozagardisten, die die Reagan-Administration finanziert, ausrüstet, ausbildet und anleitet, um einen „nicht erklärten Krieg“ gegen Nicaragua zu entfalten.

Sie stimmten darin überein, daß eine Politik der Aggressionen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die der amerikanische Imperialismus und die Reagan-Administration in Mittelamerika begeht, festzustellen ist.

Sie hielten fest, daß die Situation der Unterentwicklung, unter der die meisten Nationen der Region leiden, das Ergebnis der unbarmherzigen Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen, Rohstoffe und Arbeitskräfte, die vom nordamerikanischen Imperialismus gemeinsam mit den einheimischen Oligarchien durchgeführt wurde, ist.

Sie verurteilten energisch die Politik der Reagan-Administration, die Mittelamerika und die Karibik als ihre „vierte Grenze“ und als für ihre nationalen Sicherheitsinteressen lebenswichtiges Gebiet betrachtet, um damit ihr aggressives Vorhaben eines „nicht erklärten Krieges“ gegen Nicaragua, einer maßlosen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung an das blutgetränkte Regime El Salvadors und ihrer Destabilisierungspolitik gegen Kuba und Grenada zu rechtfertigen.

Diese Kriegspolitik der Reagan-Administration drückt sich auch in der Verwandlung Honduras' in ein Sprungbrett der Aggression in der Region aus, und verschärft die Gefahr einer direkten Aggression gegen die Völker des Gebiets, was auch die Gefahr einer Regionalisierung des Krieges mit unvorhersehbaren Folgen für den Weltfrieden mit sich bringt.

Sie verurteilten die Reagan-Administration, weil sie ihren mächtigen Einfluß im internationalen Wirtschaftssystem ausnutzt, um Wirtschaftshilfe an die nikaraguanische Regierung des Nationalen Wiederaufbaus zu verunmöglichen und die Entwicklung der Programme, die zum Nutzen des Volkes gereichen, auf dem Gebiet der Erziehung, des Gesundheitswesens und der Agrarentwicklung zu behindern, indem sie die international anerkannten, lebenswichtigen Prinzipien auf dem Gebiet der Menschenrechte verletzt, die da sind: das Recht auf Bildung, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Entwicklung und andere Rechte, die vor dem internationalen Forum der UNO besonders behandelt werden, so die Rechte der Kinder, der alten Menschen, der Frauen und Behinderten.

Sie verurteilten die Reagan-Administration, weil sie unter Einsatz ihrer ganzen Macht die Interessen ihrer wirtschaftlich-politischen Konsortien, die gleichzeitig die nordamerikanischen Steuerzahler ausbeuten, zu wahren sucht.

Sie unterstützten die Bemühungen Nicaraguas um eine politische Lösung der Konflikte in der Region, was seine Vorlage von Friedensvorschlägen vor verschiedenen internationalen Foren – insbesondere vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – anzeigt, die u.a. einen bilateralen Dialog Nicaraguas mit den USA und mit Honduras vorsehen.

Ebenso unterstützen sie die Aktivitäten der Contadora-Gruppe die um die Friedenssuche in der Region bemüht ist.

Sie erkannten das Recht Nicaraguas an, seine Waffen in die Hand

Deklaration von Managua

Kontinentale Friedenskonferenz vom 21. – 23. April 1983

zu nehmen, um sich der imperialistischen Aggression, der es seit dem revolutionären Triumph ständig ausgesetzt ist, angemessen entgegenzustellen.

Sie klagten die ständigen Aggressionen und Drohungen Washingtons gegen die kubanische Revolution an, die weit davon entfernt sind, das kubanische Volk einzuschüchtern. Die Imperialisten haben lediglich erreicht, daß dieses Brudervolk gestärkt aus dem Kampf hervorgeht.

Sie solidarisierten sich mit der kubanischen Revolution und ihrem heroischen Volk, das in den letzten 24 Jahren des revolutionären Prozesses seine Errungenschaften standhaft verteidigte, womit Kuba zu einem revolutionären Vorbild der Völker der Welt geworden ist.

Sie solidarisierten sich mit der Revolution von Grenad, die sich augenblicklich einer Welle von Manövern zur Destabilisierung des Landes und von Aggressionsdrohungen des Yankee-Imperialismus und seiner Verbündeten gegenüber sieht.

Sie protestierten aufs Schärfste gegen die zunehmende US-Intervention in die Angelegenheiten El Salvadors, die sich in der Verstärkung der militärischen Hilfe an das Völkermordregime Alvaro Magañas ausdrückt, das die Forderung breiter Sektoren nach einer politischen Verhandlungslösung ablehnt und im Gegenteil eine neue Wahlfarce vorschlägt, die nur auf eine Fortdauer dieses volksfeindlichen Regimes abzielt.

Sie drückten ihre totale Unterstützung der Vorschläge der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) und der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) aus, die eine Verhandlungslösung des salvadorianischen Konflikts vorsehen, sowie für die positive Haltung verschiedener Regierungen und der internationalen Öffentlichkeit zu einer Verhandlungslösung des Konflikts ohne äußere Einmischung.

Sie protestierten gegen die Unterstützung Washingtons für das guatemaltekeische Regime des Generals Efraín Ríos Montt, der vergeblich versuchte, den Kampf der revolutionären Kräfte, die in der Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas (URNG) zusammengefaßt sind, zu ersticken, indem er Tausende von Menschen ermorden ließ.

Sie solidarisierten sich mit dem Volk von Surinam, das angesichts der imperialistischen Attacken unbeugsam darauf hinarbeitet, seine Souveränität zu erlangen.

Sie brachten ihre Besorgnis gegenüber dem zionistischen Staat Israel zum Ausdruck und verurteilten seine Rolle als strategischer Verbündeter bei der Destabilisierung der Region.

Sie verurteilten die Manöver transnationaler Informationsagenturen, die die Wahrheit über Nikaragua, Kuba und Grenada verzerren und diesen die „Verletzung der Menschenrechte“ ihrer Völker vorwerfen, wo doch die Lage der großen Mehrheit verbessert wird. Sie verurteilten die Verletzung der Menschenrechte durch die Armeen Guatemalas, El Salvadors und Honduras', die unter dem Vorwand, den von ihnen sog. „Vorstoß des Kommunismus“ zu verhindern, Völkermord gegen die Zivilbevölkerung begehen.

Sie waren sich darüber einig, daß der Imperialismus die Religion als Speerspitze seiner gegenwärtigen ideologischen Offensive benutzt. Sie brachten ihre Besorgnis gegenüber dem starken Zuwachs pseudoreligiöser Sekten zum Ausdruck, die von der Regierung Ronald Reagan finanziert und unterstützt werden und eine „Ideologie des Todes“ weiterverbreiten.

Sie betrachten es als Pflicht aller anwesenden Organisationen, die von der Regierung Reagan betriebenen Aggressionen, die Nikaragua erleidet, in aller Welt anzuklagen. Sie forderten alle freien Völker auf, ihre unbedingte Solidarität mit dem edlen nikaraguanischen Volk zu üben, das für die Verteidigung seiner nationalen Souveränität kämpft, eine Solidarität, die auf dem universalen Prinzip beruht, daß jedes Volk das Recht hat, seine eigene Geschichte zu schreiben ohne Einmischung dritter Staaten, so mächtig sie sein mögen.

Nachdem die Teilnehmer der Konferenz für Frieden und Souveränität in Mittelamerika und der Karibik ihre entschiedenste Ablehnung der imperialistischen Intervention in der Region ausdrückten, forderten sie übereinstimmend die Friedensräte von Honduras, Guatemala und El Salvador auf, keine Anstrengungen zu scheuen, um der Aufrüstungshilfe Reagans entgegenzuwirken, die er den entsprechenden Regierungen mit dem einzigen Ziel gewährt, seine Kriegspläne zu verwirklichen. Und sie warnten alle Friedens-



Comandante Carlos Nunez – Schlußredner der Friedenskonferenz von Managua

Solidaritätsfronten davor, in die Kriegsfall des Imperialismus zu gehen.

Die Kontinentale Konferenz für Frieden und Souveränität in Mittelamerika und der Karibik forderte die Friedenskomitees in den USA, den Quebec'schen Rat von Kanada und den Kanadischen Friedensrat auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, die Bevölkerung in ihren Ländern korrekt über die wahren Manöver Reagans und seiner Kamarilla aufzuklären, die gegen die mittelamerikanische Region gerichtet sind.

Sie kamen überein, die internationale öffentliche Meinung, darauf aufmerksam zu machen und appellierten insbesondere an die Solidarität des Volkes der USA, weiterhin die Einmischung der Reagan-Administration in Mittelamerika und die wachsende Gefahr eines regionalen Krieges zu verurteilen.

Die Konferenz drängt die Friedenskomitees der nichtpaktgebundenen Länder, eine massive Informationskampagne über die Resolutionen der 7. Gipfelkonferenz zu starten, um so deren Bemühen zu unterstützen, das darauf zielt, Mittelamerika und die Karibik zur Friedenszone zu erklären.

Sie erklärten, daß alle reaktionären Manöver der gegenwärtigen nordamerikanischen Administration gegen die Völker Kubas, Nikaraguas, Grenadas und El Salvadors mit einem völligen Scheitern enden werden.

Sie anerkannten und unterstützten alle Anstrengungen von Volk und Regierung Nikaraguas und ihrer Avantgarde, der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) – dies trotz zunehmender bewaffneter Aggressionen von Söldnertruppen, die vom CIA ausgebildet und von der Reagan-Administration bewaffnet werden, unter Beihilfe des militaristischen Regimes Honduras' – die Errungenschaften der Revolution fortzuführen auf dem Gebiet der Erziehung, Gesundheit und Agrarreform, die Lösung wichtiger Probleme wie Unwissenheit, Unterernährung, Epidemien, Arbeitslosigkeit ua. Gebrechen anzugehen, die in vielen Jahren in der Geschichte dieses Volkes von den Machthabern nicht gelöst wurden, während sie sich durch Ausbeutung des Volkes bereicherten, mit der Unterstützung und Hilfestellung durch den nordamerikanischen Imperialismus.

Schließlich brachten die Teilnehmer ihre Genugtuung zum Ausdruck, an dieser Konferenz teilgenommen zu haben, besonders weil sie im freien Nikaragua abgehalten wurde, und dankten dem nikaraguanischen Friedenskomitee für die hervorragende Organisation der Konferenz. Sie dankten auch der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus und der FSLN für die von ihnen gewährte Unterstützung sowie dem nikaraguanischen Volk für die herzliche Aufnahme und die wertvolle Teilnahme, welche wirkungsvoll dazu beitrugen, die Ziele der Konferenz zu verwirklichen.

Erklärung der Besetzer der BRD-Botschaft

Montag morgen den 2. Mai 1983, um 9.30 Uhr Ortszeit besetzten etwa 50 bundesdeutsche Internationalisten für mehrere Stunden die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Managua.

Anlaß für die Besetzung war die Ermordung des 34-jährigen bundesdeutschen Arztes und DED-Entwicklungshelfers Albrecht Georg Pflaum. Er war am 30.4.1983 gemeinsam mit 14 Nikaraguanern im nördlichen Department Jinotega von einer konterrevolutionären Bande in einen Hinterhalt gelockt und per Genickschuß ermordet worden. Die Erklärung der Botschaftsbesetzer hat den Wortlaut:

Wir – Internationalisten aus der Bundesrepublik Deutschland, die in Nicaragua arbeiten – haben am heutigen 2. Mai 1983 die Botschaft der BRD in Managua besetzt.

Unser Freund „Tonio“, der Arzt Albrecht Pflaum, wurde auf grausamste Weise ermordet, gemeinsam mit 14 nikaraguanischen Kollegen, die wie er und wie wir am Aufbau eines neuen und gerechten Sozialsystems in Nicaragua arbeiteten.

Die Täter sind Ex-Nationalgardisten Somozas, Angehörige der konterrevolutionären Terrororganisation FDN.

Die Verantwortlichen sind die Regierungen der USA und von Honduras: Es sind die USA, die die Mörder kaufen, bewaffnen und dirigieren. Es ist Honduras, das ihnen sein Territorium als Rückzugsbasis und seine Armee als Schutzschild zur Verfügung stellt, um die nikaraguanische Bevölkerung anzugreifen und zu massakrieren.

Aber mitverantwortlich ist die deutsche Bundesregierung, welche in grenzenlosem Zynismus durch Außenminister Genscher Präsident Reagan Lob aussprechen läßt für seine letzte Rede vor dem US-Kongreß, in der er die Intervention gegen Nicaragua und El Salvador rechtfertigt; eine Regierung (in Bonn; d. Red.), die weiterhin wirtschaftliche, technische und sogar militärische Hilfe an Honduras gibt; eine Regierung, die mitgetragen ist von der CSU, die Vertreter der FDN, d.h. die Mörder Albrecht Pflaums, nach Bonn einlädt.

Wir haben die Botschaft der BRD besetzt, um den von den USA und von Honduras angegriffenen Nikaraguanern unmißverständlich zu zeigen, daß sie weiter – und jetzt erst recht – auf unsere Arbeit zählen können – und daß der vom CIA inszenierte Terror diese Entscheidung nicht ändern wird.

Wir haben die Botschaft der BRD besetzt, um der Bundesregierung unsere Forderungen zu übermitteln, auf die wir unmittelbare und klare Antworten verlangen.

Wir fordern:

- eine eindeutige Stellungnahme der Bundesregierung gegen die Intervention der USA in Nicaragua und El Salvador;
- Ausbau der technischen und Wirtschaftshilfe für Nicaragua;
- sofortige und totale Einstellung jeglicher politischer, wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung für Honduras, solange dieses Land sich als Trampolin der US-Intervention in Mittelamerika mißbrauchen läßt;
- diplomatische Unterstützung für die Friedensinitiativen verschiedener lateinamerikanischer Länder zur Lösung der Mittelamerika-Krise mit friedlichen Mitteln;
- Entsendung einer Untersuchungskommission, die ohne Rücksicht auf die Interessen von Bündnispartnern die Ermordung des deutschen Arztes und Entwicklungshelfers untersucht und deren Hintermänner aufdeckt.

No pasaran – Sie kommen nicht durch!

Bundesdeutsche Botschaft in Managua/Nicaragua, 2.5.1983

Die deutschen Internationalisten in Nicaragua

(Quelle: Mittelamerika Informationsdienst – mid, Bonn, 2.5.1983)

Und schließlich verwies US-Staatssekretär Thomas O. Enders listig auf die Variante, die USA könnten ja gemäß dem Beistandsvertrag von Rio (1947) jederzeit aufgefordert werden, Marines für eine gesamtamerikanische Streitmacht für Mittelamerika abzustellen.⁶ Was also ist, wenn plötzlich eine „befreundete Regierung“, etwa die von Honduras, Kostarika usw., Washington um eine solche Hilfe bittet – oder auf Druck der USA hin bitten muß?

R. Reagan beantragte am 27.4.1983 vor dem Kongreß für das Fiskaljahr 1984 insgesamt 600 Mio Dollar für die Region Mittelamerika, um den realen Waffenstrom und die Wirtschaftshilfe der USA für die vier „befreundeten“ Frontstaaten nicht abreißen zu lassen.



„NO PASARAN!“ (Sie kommen nicht durch!) So lautet die Losung der Stunde überall in Nicaragua, hier im hauptstädtischen Stadtviertel Ciudad Sandino

Nicaraguas sandinistisch geführte Regierung denunzierte er als angeblich menschenrechtsverletzende „neue Diktatur“, um von der eigenen Mitverantwortung am Völkermord der Regimes von El Salvador und Guatemala abzulenken, und um obendrein die Massakerpolitik der „Contras“ in Nicaragua auch noch als eine Art bodenständigen antidiktatorischen Volkszorn verkaufen zu können. Der vorgeschickte Aggressor Honduras wurde vom US-Präsidenten als von Nicaragua bedroht, dieses als allein Schuldiger am Spannungszustand im Krisenzentrum Mittelamerikas hingestellt. Seine Behauptung, daß dieses Nicaragua „den Frieden nicht will“, war das Signal zur nächsten Invasionsrunde.⁷

Mobilmachung für den Frieden

So nimmt es nicht Wunder, daß die für vogelfrei erklärte Regierung noch in der gleichen Nacht zu Protestmärschen des bewaffneten Volkes aufrief. Hunderttausende beteiligten sich am 28. April d.J. an dieser Volksmobilisierung, in Managua waren es allein an die 100.000. Ausgerüstet mit alten Gewehren, Macheten und Spaten brachten sie ihre Verteidigungsbereitschaft gegen die Reagan'schen Drohungen, ihr Verlangen nach Souveränität und Frieden zum Ausdruck.

Tausende Freiwillige schlossen sich den Volksmilizen an. Daß diese nicht nur in den Städten, sondern auch in den Dörfern der umkämpften Nordregionen wie Jalapa über einen festen Rückhalt im Volk verfügt, zeigt das Beispiel El Limon. In diesem Dorf nahe Jalapa gehören nun 120 der insgesamt 500 Einwohner der Miliz an.

Die sandinistische Regierung hatte seit der ersten Söldnerinvasion unablässig die sofortige Aufnahme eines „bilateralen Dialogs“ mit Washington und Tegucigalpa gefordert. Zugleich hatte sie ihre Bereitschaft, an einer regionalen politischen Verhandlungslösung teilzunehmen, bekräftigt. Diese Position bekräftigte das nikaraguanische Außenministerium in einem Schreiben vom 21. April d.J. an die Contadora-Gruppe (Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Panama) anläßlich ihres zweiten Treffens in Panama.⁸

Diese hatte sich, da die USA und Honduras bilaterale Gespräche oder eine Einschaltung der UNO verneinten, als Vermittler einer politischen Beilegung der Konflikte um Nicaragua und El Salvador eingeschaltet. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die Sozialistische Internationale



23. 4. 1983: Romesh Chandra, Präsident des Weltfriedensrates (l.), hat die Urkunde „Managua – Stadt des Friedens“ an Comandante Carlos Nunez überreicht; Olga Aviles (r.) präsidierte die Konferenz

Antwort der honduranischen Linken auf die Invasion gegen Nicaragua

Die Beteiligung der honduranischen Armee an den Kriegsplänen der USA gegen Nicaragua wie gegen die Befreiungsbewegung El Salvadors und die damit einhergehende zunehmend repressive Innenpolitik stoßen auf immer breiteren Widerstand in Honduras.

Dem Protest der Liberalen Volksallianz (ALIPO), die die sozialdemokratische Fraktion innerhalb der regierenden Liberalen Partei darstellt, gegen die Unterwerfung unter den Reagankurs haben sich jetzt weitere Abgeordnete aus den Reihen der Liberalen angeschlossen. Dadurch ist im Parlament eine beachtenswerte Oppositionsgruppe entstanden, zu der auch die Abgeordneten der Partei der Nationalen Erneuerung und Einheit (PINU) und der Christdemokratischen Partei (PDCH) gehören.

Von noch größerer Bedeutung für die Verhinderung der Kriegseskalation dürfte allerdings der Vereinheitlichungsprozeß und Widerstandskampf der revolutionären Organisationen sein. Ende März d.J. kam es zum Zusammenschluß von sechs politisch-militärischen Organisationen. Der Vereinigten Nationalen Leitung der Revolutionären Bewegung von Honduras gehören folgende Organisationen an: Morazanistische Befreiungsfront von Honduras (FMLH), Revolutionäre Volkskräfte Lorenzo Zelaya (FDR), Volksbewegung der Befreiung Cinchoneros (MPL), Bewegung der Revolutionären Einheit (MUR), Kommunistische Partei von Honduras (PCH) und Revolutionäre Partei der Werktätigen Mittelamerikas (PRTC).

In ihrer ersten Erklärung vom 27. März d.J. riefen sie dazu auf, „größte Anstrengungen zu unternehmen mit dem Ziel, die unmittelbar bevorstehende Kriegsgefahr zu vermeiden und eine politische Lösung durchzusetzen“.

Mitte April d.J. wandte sich die Vereinigte Nationale Leitung erneut an das honduranische Volk und verurteilte, daß die Regierungen Washingtons und Tegucigalpas „Honduras in eine Aufmarschbasis der Konterrevolution verwandelt haben. Die Streitkräfte Honduras koordinieren und beteiligen sich an den Aktionen der völkermordenden salvadorianischen Streitkräfte und der somozistischen sog. Einsatzkräfte. (...) Die regierende Gruppe Alvarez Martinez (Oberbefehlshaber der honduranischen Streitkräfte; d. Red.)/Suazo Cordova (honduranischer Präsident; d. Red.), die die Bestrebungen der liberalen Massen und des ganzen honduranischen Volkes verraten hat, ist zu einer militärischen pseudoliberalen Diktatur verkommen..., die das Land blindlings in ein Instrument der Interventions- und Kriegspolitik der Reagan-Administration in Mittelamerika verwandelt hat. (...) Die Vereinigte Nationale Leitung der Revolutionären Bewegung von Honduras ruft unser Volk auf, sich mutig und entschlossen in einem revolutionären Volkskrieg zu erheben, um die nationale Souveränität und Würde wiederzugewinnen und die Demokratie, die Freiheit, die Gerechtigkeit und den Frieden zu erreichen.“

und das Koordinierungsbüro der Nichtpaktgebundenen unterstützten diese Friedensinitiative der Contadora, und damit auch deren entschiedene Verurteilung des Interventionskurses der USA.

Zwar kam bei einem Treffen der Contadora am 23./24. April d.J. in Panama-Stadt mit den Außenministern der konfliktbetroffenen fünf mittelamerikanischen Staaten keine Vereinbarung zustande und wurde die Fortsetzung dieser Runde auf Ende Mai 1983 vertagt. Doch es begünstigte die zweiseitigen Gespräche zwischen Kostarika und Nicaragua, deren Verständigung auf gemeinsame Grenzkontrollen. Nachdem die ARDE-Angriffe von kostarikanischem Territorium aus einsetzten, brachte die Regierung Monge die Idee ins Spiel, eine OAS-Beobachtertruppe entlang dieser Grenze anzufordern. Allerdings scheinen dabei innerhalb der Regierung in San José die Auffassungen auseinanderzugehen, ob dies eine reine Truppe der Contadora-Staaten oder eine unter Beteiligung der USA zu sein habe.⁹

Ihren Friedenswillen unterstrich die sandinistische Regierung schließlich auf der „Kontinentalen Konferenz für den Frieden und die Souveränität in Mittelamerika und der Karibik“, die auf Initiative des Nikaraguanischen Friedenskomitees (CONIPAZ) und des Weltfriedensrates vom 21.-23. April d.J. in Managua tagte (siehe Deklaration).

Comandante Carlos Nuñez versicherte im Namen der Nationalleitung der Sandinistischen Front, daß „ungeachtet des Kriegszustandes an unseren Grenzen“ nicht an eine überstürzte Radikalisierung des Revolutionsprozesses gedacht sei. Die Sandinistas würden weder den politischen Pluralismus noch die gemischte Wirtschaft und die nationale Einheit aufkündigen, die erst recht angesichts der äußeren Aggression „die besten Instrumente zur Verteidigung der Revolution“ seien. Die Reagan-Administration hoffe diesbezüglich vergebens auf einen neuen Rechtfertigungsgrund für ihre Kriegsführung. Sie solle endlich die 1979 in Nicaragua erkämpfte „neue Realität akzeptieren, denn was hindert sie daran, die Existenz eines Gesellschaftssystems zu bejahen, das einzig Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden für unser Volk will?“¹⁰

Romesh Chandra, Präsident des Weltfriedensrates, bezeichnete die Aggression gegen Nicaragua als Bestandteil der globalen Konfrontationspolitik Washingtons. Umso mehr gelte es die großen Massenbewegungen gegen die US-Atomkriegsvorbereitungen in Europa, den USA, Japan usw. zusammenzuführen mit der Antiinterventionsbewegung zu Mittelamerika und der Karibik. Und angesichts der Invasionsereignisse gegen Nicaragua gelte es hier die internationale Solidarität und Friedensverteidigung zu konzentrieren. Nicaragua stehe, so betonte R. Chandra weiter, „in vorderster Front des Kampfes für den Frieden... Es steht in unserer Macht, die Hände der USA von Nicaragua fernzuhalten.“¹¹

Romesh Chandra würdigte den Friedenswillen Nicaraguas, indem er Comandante Carlos Nuñez symbolisch eine seltene Urkunde des Weltfriedensrates überreichte: Sie deklarierte Managua zur „Stadt des Friedens“.

Anmerkungen:

- 1) Details zur Ausstaffierung und Anleitung der Contras durch die Reagan-Administration siehe in: AIB 5/1983, S. 4-8
- 2) Zur Innenentwicklung siehe: AIB 7-8/1982, S. 10-15 und 3/1983, S. 4-8
- 3) Zit. nach: Newsweek (NW), New York, 18.4.1983 und Mittelamerika Informationsdienst (mid), 18.4.1983
- 4) NW, 25.4.1983
- 5) Latin America Weekly Report (LAWR), London, 6.5.1983
- 6) Laut: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.5.1983
- 7) Nach: LAWR, a.a.O.
- 8) Wortlaut dieser 6-Punkte-Erklärung in: El Nuevo Diario, Managua, 22.4.1983
- 9) Vgl. mid, 6.5.1983 und International Herald Tribune, Paris/Zürich, 9.5.1983
- 10) Barricada, Managua, 24.4.1983
- 11) Ebenda

Mit der am 7. April d.J. von der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) eröffneten militärischen Kampagne „Comandante Melida Anaya Montes – Juramos Vencer“ kam es wiederum zu breitgestreuten Sabotage- und Angriffsaktionen der Guerilla und revolutionären Milizen in weiten Teilen El Salvadors. Aufhorchen ließen dabei, abgesehen von ausgedehnten Operationen in den Ostprovinzen (Morazan, Usulután, San Miguel, La Unión), Vorstöße auch in zentralen Gebieten wie San Vicente, La Paz, San Salvador sowie in der zweitgrößten Stadt Santa Ana in der Westregion. Nach den ersten 10 Tagen der Kampagne zu Ehren der Comandante Ana Maria meldete die FMLN an Erfolgswerten: 134 Verluste (Tote, Verwundete) und 101 Gefangengenommene auf Seiten der Regierungstruppen, 145 erbeutete Waffen. Die 13. Gegenoffensive der Armee Ende April d.J. gegen das von der FMLN kontrollierte, strategisch wichtige Gebiet des Guazapa-Vulkans stieß einmal mehr ins Leere. Mit dem Coup gegen Guazapa suchte der neue Verteidigungsminister General Eugenio Vides Casanova zu beweisen, daß die demoralisierte und zerrüttete Armee unter seiner aggressiveren Führung ihre Schlagkraft zurückerlangt habe. Doch mit der von Washington geforderten Ablösung des vormals starken Mannes, des Generals J. Guillermo Garcia, am 18.4.1983 durch den noch rechteren Nationalgardechef und Kontaktmann zu den Todesschwadronen, E. Vides Casanova, dürfte weder die Krise des Militärs noch die Uneinigkeit innerhalb des Regimes behoben sein. Auch die Abhaltung vorgezogener Präsidentschaftswahlen im Dezember 1983 läßt kaum eine Umkehrung des aktuellen Kräfteverhältnisses erwarten. Guillermo Ungo, Präsident der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR), spricht von „Auflösungs“-Erscheinungen der salvadorianischen Staatsorgane. Angesichts des Vormarsches der Guerilla sei selbst das Pentagon zu dem Schluß gekommen, daß die Regierungstruppen „den Krieg verlor“.



Letztes Interview mit Comandante Ana Maria

Die Opfer werden nicht vergeblich sein

Comandante Melida Anaya Montes (54), bekannt unter dem Namen Ana Maria, zog kurz vor ihrer Ermordung am 6. April d.J. Bilanz über den Stand des salvadorianischen Befreiungskampfes. Als Mitglied der Vereinigten Revolutionären Leitung der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) und als zweite Verantwortliche des Generalkommandos der FMLN-Mitgliedsorganisation Volksbefreiungsstreitkräfte (FPL) zeichnete sie sich stets durch Sachverstand und ein hohes politisch-militärisches Einschätzungsvermögen aus. So auch in diesem, ihrem letzten Interview.

FRAGE: Wie ist augenblicklich die militärische Lage in unserem Land?

COMANDANTE ANA MARIA: Hinsichtlich des militärischen Kräfteverhältnisses hat der Durchbruch zugunsten der revolutionären Bewegung begonnen. Es ist offensichtlich, daß der Yankee-Imperialismus und die faschistische Regierung in ihrem grundlegenden Ziel, die FMLN militärisch zu vernichten, gescheitert sind. Das salvadorianische Heer beweist seine Unfähigkeit, dieses Ziel zu erreichen.

Dies ist so, obgleich es seine Stärke verdoppelt hat und angibt, 33.000 Mann erreicht zu haben, obgleich es seine Organisation, Ausbildung und Bewaffnung verbessert hat, die Gewehre gegen M-16 ausgetauscht wurden. Dies ist so, obgleich es ständige Unterstützung seitens der Yankees, der Israelis und der Argentinern bekommt (es gibt 140 Berater, davon 40 Argentinier). Dies ist so, obgleich es Hilfe zur Leitung seiner strategischen und taktischen Bodenoperationen bekommt, obwohl es Ausbildung und Ausrüstungen für das Fernmeldesystem, die Aufklärung und den Nachschub erhält, obgleich es Unterstützung für die drei Waffengattungen

zu Land, zu Wasser und in der Luft bekommt, obwohl es Küstenwachboote, Hubschrauber, Flugzeuge zur Aufstandsbekämpfung, Landtransportmittel, ausgefeilte Fernmelde-ausrüstungen usw. bekommen hat.

Trotz alledem schreitet die FMLN voran, und ist der Sieg sicher. 1983 ist das Jahr großer Schlachten und großer Siege. Unser Volk wird siegen.

FRAGE: Worin bestehen die Fortschritte der FMLN und ihrer militärischen Fähigkeiten? Und womit kann man sie belegen?

COMANDANTE ANA MARIA: Die Fortschritte in den militärischen Leistungen der FMLN drücken sich in folgenden Gesichtspunkten aus:

Aufwärtskurve der FMLN

Wir haben einen breitangelegten Guerillakrieg in den Departments Morazán, Chalatenango, San Vicente, in den Bergen von San Pedro, Guazapa und Jucuarán entwickelt. Und zuletzt hat man das Operationsfeld auf neue Gebiete im Westen des Landes, im Norden von San Miguel, im Westen von Chalatenango, im Norden von La Unión ausgedehnt. In Morazán hat man neue Siedlungen besetzt, desgleichen in Chalatenango.

Diese Fähigkeit drückt sich auch in der Vernichtung immer größerer feindlicher Einheiten aus, in Kompaniestärke, sowohl in festen Stellungen als auch in der Bewegung. Die Einnahme von El Jícaro in Chalatenango ist ein Beispiel für das, wovon wir sprechen, die Vernichtung einer ganzen Kompanie in einer festen Stellung. Darüber hinaus drückt sich diese Fähigkeit im Erbeuten großer Mengen von Kampf-

mitteln aus.

Im Laufe des Jahres 1982 wurden folgende Waffen erbeutet: 1.375 Gewehre, 104 Pistolen, 77 schwere Waffen, 221.223 Schuß Munitio n und viele andere Ausrüstungsgegenstände wie Funkgeräte, Uniformen usw. In den Verlustziffern drückt sich ebenfalls der Vormarsch der FMLN aus. Die Verlustzahl des Feindes für 1982 beträgt 3.543, darunter 1.099 Gefallene, 485 Verwundete, 1.548 nicht näher bezeichnete, 411 Gefangene.

Die Verluste der FMLN in diesem Jahr betragen 225, davon 89 Gefallene und 136 Verwundete. Diese Ziffern sind bezeichnend. Es wurden 406 Sabotageakte an der Elektroenergieversorgung durchgeführt, alles in allem 1.383. Es wurde viel Kriegsgerät zerstört, so 11 Hubschrauber, 6 Flugzeuge vom Typ Fuga Magister, 8 Ouragan, 6 C-47, 1 Dragon Fly A-37, ein Kleinflugzeug, 18 Militärlastwagen, 2 Schützenpanzer, und allein in der Oktoberoffensive (1982; d. Red.) war die Zahl der Kriegsgefangenen höher als die Zahl der Gefallenen und Verwundeten. Alle Kriegsgefangenen wurden in Freiheit gesetzt, mit Ausnahme des stellvertretenden Verteidigungsministers, Oberst Francisco Adolfo Castillo, der in unserer Gewalt bleiben wird.

Das bezeichnet auch einen qualitativen Fortschritt in den militärischen Fähigkeiten der FMLN. Die hohe Kampf moral der FMLN steht der niedrigen Moral des bourgeois Heeres gegenüber und drückt sich präzise in der immer größeren Zahl von Soldaten aus, die sich ergeben und ihre Waffen abliefern. Sie drückt sich auch in einem großen Zerfall des Heeres aus, wie es in Cabañas mit der Erhebung des Obersten Ochoa passierte, welche ein Produkt der Widersprüche ist, die sich innerhalb der Rechten infolge der Ausweitung des Krieges entwickeln.

Das ist genau eines der Phänomene des tiefgreifenden Charakters des Krieges, und das wird sich so weiter fortsetzen. Inzwischen bewegt sich der Feind auf einer abfallenden Kurve. Eine andere Tatsache, die hervorgehoben werden muß, ist das größere Zusammenwirken und die größere Koordination der Aktionen, die an den unterschiedlichen Fronten entfaltet werden. Diese letzte Offensive vom Oktober erforderte zum Beispiel eine außerordentliche Koordination zwischen allen Fronten, die alle festverbunden gegen den Feind vorgingen.

Es ergab sich so, daß der Feind einen Monat zögerte, seine Gegenoffensive zu starten und nicht sicher ausmachen konnte, wohin er seinen Gegenangriff richten sollte. Er zögerte lange, deren Ziel, das Chalatenango war, festzulegen. Und er



FMLN-Guerrilleros vor einem Angriff auf einen Armeekonvoi in Chalatenango

Comandante Marcial Die Initiative liegt bei der FMLN



Mit dem Freitod des Comandante Salvador Cayetano Carpio („Marcial“), einem der fünf FMLN-Generalkommandanten, verlor die salvadorianische Befreiungsbewegung die erfahrenste und legendärste ihrer Führungspersönlichkeiten. Er war es, der in den 70er Jahren die ersten Guerillaeinheiten formierte, der als bewährter Streikführer wie kaum ein anderer die Zusammengehörigkeit von Arbeiter- und Guerillabewegung verkörperte und der den Vereinigungsprozeß der revolutionären Volkskräfte mitinitiierte. Wenige Tage vor seinem Tod sprach Comandante Marcial mit Ralf Leonhard (APIA) über die derzeitige Lage in El Salvador. Wir bringen Ausschnitte aus Marcial's Antworten.

In den vergangenen Tagen haben wir im Oberkommando der FMLN Bilanz gezogen und dabei festgestellt, daß sich der Krieg in militärischer Hinsicht immer mehr zugunsten der revolutionären Kräfte entwickelt: Die Armee hatte das strategische Ziel, die Guerilla innerhalb weniger Monate zu zerschlagen. Aber seit Dezember 1982 liegt die Initiative völlig auf unserer Seite.

Der Volkskrieg in El Salvador hat einen enormen Aufschwung genommen, seit er auf sehr niedrigem Niveau des bewaffneten Kampfes und der Erhebungen gegen einen militärisch weit überlegenen Gegner begann. Von da an war es die Strategie der Revolution, dieses Kräfteverhältnis durch eine Kombination des politischen und militärischen Kampfes zu verändern und gleichzeitig das Volk auf den Aufstand vorzubereiten.

Selbst in Gebieten, wo die Bevölkerung sehr wenig aktiv scheint, wird Organisationsarbeit geleistet. Vielfach ist es nicht möglich, offene und legale Methoden zu benutzen, dann muß alles heimlich geschehen: Die Selbstverteidigung und die Volksmilizen zeigen sich nicht in der klassischen Form der Massenbewegung.

Die Zeit der großen Massenmobilisierungen war 1978 und 1979, als Botschaften und öffentliche Gebäude besetzt wurden. Sobald der Krieg aber in die nächste Phase trat – die Etappe der immer größeren Offensiven, die auf die Machtübernahme hinstreben – waren die alten Formen der Massenarbeit nicht mehr möglich.

In diesem Augenblick fordern wir die Massen auf, ihren Kampf so offen wie möglich zu führen, vor allem in den Volksorganisationen und Gewerkschaften. Sie sollen ihre gewerkschaftlichen Forderungen durchsetzen, während die revolutionären Organisationen gleichzeitig andere Aktivitäten setzen. So bereiten sie die fortgeschrittenen Massen im Geheimen auf lokale Aufstände und den Volksaufstand vor, die, wenn wir zur Generaloffensive ansetzen, von militärischen Erfolgen begleitet werden müssen.

Dieser strategische Qualitätssprung trug erheblich zum langsamen Verfall des Feindes bei. Die zunehmende Erschöpfung der Armee hat wiederum Einfluß auf das Kräfteverhältnis und führt zu einer Zuspitzung der Widersprüche innerhalb der feindlichen Streitkräfte und zur Demoralisierung der Truppen.

In der zweiten Jahreshälfte 1982 hat die immer kritischere Situation im Inneren zu einer systematischen Streikbewegung geführt: besonders bei den Industrie- und Bauarbeitern, den Angestellten verschiedener staatlicher Institutionen, z.B. vom Wohnbauinstitut, vom staatlichen Institut zur Steuerung der Grundnahrungsmittelversorgung (IRA), bei ANTEL (Telekommunikation).

Dabei ging es um gewerkschaftliche Forderungen. Die Regierung hat nämlich vor etwa zwei Jahren einen Lohnstopp verordnet; gleichzeitig steigen aber die Preise ständig an: So entsteht ein Strick, der die Klassen mit geringem Einkommen erwürgt.

Die ökonomische Notlage, verbunden mit militärischen Erfolgen (der FMLN) erlaubt, wenn schon nicht eine Explosion von Streiks, so doch eine deutliche Wiederbelebung der Gewerkschaften in den Städten, vor allem in San Salvador. Durch Sabotageaktionen gegen die Elektroindustrie und Verbindungswege wird die Wirtschaft immer mehr angeschlagen und die Arbeiterklasse wird angespornt, für ihre unmittelbaren Forderungen zu kämpfen.

Die Politik Reagans läuft auf eine fortschreitende Intervention hinaus. Die strategische Linie ist klar, aber sie soll durch ein Mäntelchen einer politisch-militärischen Strategie und eine Wahlfarce (vorgezogene Präsidentschaftswahlen im Dezember 1983; d. Red.) verborgen werden. All diese betrügerischen politischen Maßnahmen sind Teil einer Linie der „counter-insurgency“ (Guerillabekämpfung), die ja eine politisch-militärische Linie ist.

hatte nicht die Fähigkeit, sich auf alle Ziele zu stürzen, die sich ihm boten.

Ein weiterer Fortschritt der FMLN ist die wirkungsvolle Kontrolle der wichtigsten Landstraßen des Landes, der Küstenstraße, der Panamerikana und der Querverbindung im Norden. Die operativen Fähigkeiten der FMLN werden mit den Hinterhalten demonstriert, die heute in großer Zahl und unter Erbeutung von Waffen stattfinden. (...)

FRAGE: Welche Bedeutung kommt, im allgemeinen Rahmen der nordamerikanischen Intervention und der Entwicklung unseres Krieges, der anstehenden Versicherung R. Reagans bezüglich der Menschenrechte (gemeint ist seine Bescheinigung, in El Salvador habe es 1982 echte „Fortschritte“ in Sachen Staatsterrorismus gegeben, um vom US-Kongreß verstärkte Wirtschafts- und Militärhilfe für 1983/84 bestätigt zu erhalten; d. Red.) zu?

COMANDANTE ANA MARIA: Dank der Yankee-Intervention hat das salvadorianische Volk den Sieg noch nicht errungen. Trotz dieser Intervention werden die revolutionären Streitkräfte und politischen Kräfte sich jedoch in einer solchen Art und Weise entwickeln, daß der Triumph unausweichlich sein wird.

Die Yankee-Intervention weitet sich aus

Diese Intervention kommt in der Wirtschaftshilfe an El Salvador zum Ausdruck, die im Zeitraum 1981-82 424 Mio Dollar betrug, wovon 137 Mio Dollar für das Militär bestimmt waren. Sie zeigt sich darin, daß die Anleitung der Kriegsführung von Fort Gulick/Panama aus, die Ausbildung und Ausrüstung für die Nachrichtenverbindungen, die Aufklärung und den Nachschub sowie die Ausbildung von Elitebataillonen in Fort Bragg bzw. Fort Benning in Florida aus geschieht.

Eine andere Form der direkten Einmischung des Imperialismus, die man nach der letzten Offensive der FMLN sehen konnte, als der Imperialismus Zusammenkünfte des Herrn Ikle (US-Staatssekretär; d. Red.) und von General Nutting (Oberkommandierender des Kommandos Süd der US-Armee in Panama; d. Red.) förderte, die konkret an San Salvador herantraten, um die Strategie der Kriegsführung zu revidieren.

Ein anderer Schritt, den der Yankee-Imperialismus auf regionaler Ebene unternommen hat, ist der, daß er das honduranische Heer dazu gebracht hat, sich am salvadorianischen Konflikt zu beteiligen und einen Rüstungswettlauf zu eröffnen. (...)

Mit enormem Verantwortungsbewußtsein schwenkt die FMLN ihr Banner einer politischen Lösung des militärischen Konfliktes, da sie ihr Handeln danach ausrichtet und da sie von Anfang an eine Regionalisierung des Konfliktes zu vermeiden suchte. Außerdem, so sehr wir auch den Frieden lieben, kämpfen wir für den Frieden und den Fortschritt. Wir begreifen den Frieden nicht, wie viele das tun, als auf der Ungerechtigkeit fußend. Genau deshalb, weil es Frieden haben will, braucht das salvadorianische Volk ein Minimum an materiellen und geistigen Bedingungen für seine Entwicklung, und deswegen führt es die Revolution durch.

Auf politischem Gebiet ist die Yankee-Intervention ebenfalls offensichtlich, mehr noch, die politischen Pläne, die die Administration von Magaña in diesem Moment verfolgt, wurden in einem Brief entworfen. Sie wurden bekannt durch diesen Brief, der der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Dieser Brief stammt von T.O. Enders (für Lateinamerika zuständiger Staatssekretär im US-Außenministerium; d. Red.). Dieser Entwurf wurde buchstäblich in das Land hineingetragen.

Vor allem müssen wir darauf hinweisen, daß die USA, als

Teil ihrer Globalpolitik, für das Gebiet (Mittelamerika und die Karibik; d. Red.) den Fußstapfen des Dokuments von Santa Fé (aus dem Jahr 1980; d. Red.) folgen, worin Angriffe besonders gegen Kuba, Nikaragua und Grenada vorgeesehen sind (siehe AIB 1/1982, S. 24ff.).

FRAGE: Welche Perspektiven ergeben sich auf militärischem Gebiet für die Volksbewegung in ihrem Kampf für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie?

COMANDANTE ANA MARIA: Die Perspektiven sind besonders auf militärischem Gebiet sehr gut. Wir verfügen jetzt an allen Fronten über eine Vielzahl qualifizierter Kader auf den verschiedenen Befehlsebenen, unter den Kommandanten des Schwadrons, des Zuges usw., die eine von Mal zu Mal qualifiziertere militärische Entwicklung ermöglichen und dies in der Praxis unter Beweis gestellt haben.

Zum anderen bedeutet die Politik der FMLN gegenüber den anständigen Militärs, gegenüber der Truppe, die — wie wir jetzt sagen — aus Bauern zusammengesetzt ist, sowie die Politik gegenüber den Kriegsgefangenen: Wir haben jetzt ebenso die Perspektive, daß die anständigen Militärs im entscheidenden Moment den historischen Zeitpunkt zu erkennen wissen und sich in die revolutionäre Bewegung einreihen werden, um ihre Pflicht gegenüber dem Volk zu erfüllen und aufzuhören, für die faschistische Kamarilla und für die Interessen der Imperialisten zu kämpfen.

Die Entfaltung des Guerillakrieges im ganzen Land bedeutet, daß das Heer heute nicht zwei oder drei Brennpunkten der Guerilla gegenübersteht, sondern einem immer stärker werdenden Volksheer.

Festhalten am politischen Dialog

Wir glauben, daß es geschickt ist, das Politische mit dem Militärischen zu verbinden, und daß dann die Perspektiven auf politischem Gebiet ausgezeichnet sind. Wir rechnen jetzt im Innern mit viel Unterstützung für den Dialog (Vorstellung der FMLN/FDR für die Aufnahme eines Dialogs ohne Vorbedingungen; Wortlaut in: AIB 1/1983, S. 10; d. Red.). International haben uns viele Länder ihre Unterstützung angeboten. Das zeigen die französisch-mexikanische Erklärung, die die FMLN/FDR als repräsentative politische Kräfte des salvadorianischen Volkes anerkannt hat, die Resolutionen Nr. 68 und 69 der Interparlamentarischen Weltkonferenz, die Resolution des Ministertreffens der nichtpaktgebundenen Länder in Delhi im Februar 1981, des 6. Treffens des Koordinierungsbüros der Nichtpaktgebundenen im Juni 1982 in Havanna, die Erklärungen und Aussagen der politischen Führer, Staatschefs, Kongreßmitglieder, kirchlichen Würdenträger und Massenorganisationen, die Anklagen gegen die Yankee-Intervention in El Salvador, die Solidarität der Völker. All dies bedeutet, daß im nationalen und internationalen Rahmen die Perspektiven der revolutionären Bewegung die sind, den Sieg in einer nicht mehr langen Frist zu erlangen.

Falls die massive Intervention des Yankee-Imperialismus nicht stattfindet, kann das Jahr 1983 sehr wohl das Jahr großer Siege werden. Der Beginn des Umbruchs im Kräfteverhältnis zugunsten der FMLN wird jetzt Wirklichkeit. Dies alles begünstigt die Kräfte der Revolution. (...)

Die Opfer und das Heldentum so manches verschwundenen Genossen unter den Arbeitern, Bauern, Lehrern und Studenten wird nicht vergebens sein. Wir ehren und grüßen sie alle mit den zum Jahresbeginn 1983 eingeleiteten großen Siegen des salvadorianischen Prozesses.

Revolution oder Tod! Wir werden siegen!

Vereinter Kampf bis zum endgültigen Sieg!

(Quelle: Venceremos. Edición Especial, El Salvador, April 1983, S. 4-5)

Der tragische Tod der Comandantes Ana Maria und Marcial



Ana Marias Begräbnis in Managua: Die Sandinistaführer Daniel Ortega (r.) und Thomas Borge (l.) manifestierten ihre Solidarität mit der FMLN und Comandante Marcial (M.)

Die Nachricht schockte uns am Morgen des 21. April d.J. in Managua. Überall ungläubige Betroffenheit. „Muere Marcial“ (Marcial ist tot), so verkündeten die Schlagzeilen der Tageszeitungen Barricada und El Nuevo Diario. Der legendäre Guerillaführer Salvador Cayetano Carpio (Comandante Marcial), der mit 63 Jahren älteste unter den fünf Generalkommandanten der salvadorianischen Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN), hatte sich in der Hauptstadt des befreiten Nicaragua das Leben genommen.

Kaum zu fassen gerade für uns. Wir hatten noch am Vorabend das Grab von Melida Anaya Montes (Comandante Ana Maria), die hier am 6. April d.J. ermordet worden war, besucht. Und an jenem Ort, jetzt umbenannt in „Plaza de la Unidad Revolucionaria – Comandante Ana Maria“, hatten wir noch gerätselt, ob das neben der Grabstätte ausgehobene zweite Erdloch wohl einen weiteren Todesfall in der FMLN anzeige.

Diesen Todesfall hatte es also tatsächlich gegeben, und zwar bereits am Abend des 12. April. Comandante Marcial, Gründer und erster Verantwortlicher des Zentralkommandos der Volksbefreiungskräfte Farabundo Martí (FPL), hatte Selbstmord begangen, nachdem ihm vom nikaraguanischen Innenministerium das Untersuchungsergebnis des Verbrechens an der 2. FPL-Verantwortlichen Ana Maria mitgeteilt worden war: Die drei Täter und zwei Komplizen (Leibwächter Ana Marias) kamen aus den eigenen Reihen, der FPL. Der geistige Urheber und Organisator, Rogelio A. Bazzaglia Recinos (28), fungierte als Mitglied des FPL-Zentralkommandos und galt als sehr enger Vertrauter S. Cayetano Carpios.

Bazzaglias Verrat

Umso schmerzlicher mußte Marcial die Wahrheitsfindung des nikaraguanischen Innenministeriums treffen, die in dessen Komunique vom 20. April d.J. so beschrieben ist:

„3. Diese Person (Bazzaglia; d. Verf.) benutzte die ihm von seiner Organisation, der FPL, übertragene Verantwortlichkeit und das vom Genossen Salvador Cayetano in ihn gesetzte Vertrauen, um während dessen Abwesenheit (Marcial hielt sich zur Tatzeit in Libyen auf; d. Verf.) politisches Mißtrauen gegenüber Ana Maria unter einigen FPL-Mitgliedern zu verbreiten, die für die Ausführung des Verbrechens manipuliert wurden.

4. Der Ablauf der Ereignisse und unsere Nachforschungen zeigen an, daß dies das Ergebnis einer feindlichen Aktivität ist – charakteristisch für den nordamerikanischen Geheimdienst CIA.“ (El Nuevo Diario, Managua, 21.4.1983)

Konsterniert angesichts der unwiderlegbaren Gewißheit, daß die feindliche Einwirkung und der Mord an Comandante Ana Maria über den Mann seines Vertrauens erfolgt waren, angesichts des ungeheuerlichen Verrats des R.A. Bazzaglia Recinos faßte Marcial den tragischen Entschluß, sich zu erschießen.

Am Tag nach seinem Freitod, dem 13. April d.J., wurde er in aller Stille von seinen Familienangehörigen, im Beisein der nikaraguanischen Regierungsmitglieder Daniel Ortega und Tomas Borge, beigesetzt. Letztere hatten auf Bitten der FPL, die erst einmal die eigene Organisation von den tragischen Vorkommnissen in Kenntnis setzen und Klarheit in den eigenen Reihen schaffen wollte, die Veröffentlichung dieser Neuigkeiten um einige Tage verzögert.

Die von Bazzaglia Recinos ausgestreute Saat des Mißtrauens gegen das Mordopfer Ana Maria konnte aufgehen, weil es offensichtlich

seit Monaten innerhalb der FPL ernste Meinungsverschiedenheiten insbesondere über ihre Haltung zum FMLN-Konzept des politischen Dialogs (Vorschlag vom Oktober 1982) gab. Dabei hatten die Comandantes Ana Maria und Marcial als Fürsprecher einer Verhandlungslösung bzw. von Friedensgesprächen in der FPL-Führung eine klare Mehrheit gefunden. R.A. Bazzaglia Recinos führte die kleine unflexible Minderheit an. Außerdem traten Ana Maria und Marcial dafür ein, den Vereinigungsprozeß der fünf FMLN-Mitgliedsorganisationen weiter voranzutreiben.

S. Cayetano Carpio sprach sich auch bei seinem letzten öffentlichen Auftritt, bei seiner Grabrede für Comandante Ana Maria am 9. April d.J. vor rund 25.000 Menschen auf der Plaza Ana Maria, vehement für das Vorantreiben des Grades der Einheit, einer wirklichen und unwiderruflichen Einheit aus (vgl. Barricada Internacional, 18.4.1983).

Im übrigen ist das Auftreten von politischen Meinungsverschiedenheiten oder von Verrätern bzw. eingeschleusten Agenten in Befreiungsbewegungen bzw. revolutionären Parteien nichts derart Einmaliges, wie es etwa die Redaktion der Tageszeitung (TAZ) seit dem 21. April d.J. glauben machen möchte. Da wurde nicht nur wegen dem Tod der beiden Comandantes die Spendenkampagne „Waffen für El Salvador“ in Frage gestellt. Da leitete man auch aus vermeintlich gegensätzlicher Auffassung Ana Marias und Marcials in Sachen politische Verhandlungsschritte leichtfüßig ab, es „bleibt die Frage nach der ... Komplizenschaft Carpios auch nach seinem Selbstmord unbeantwortet.“ (TAZ, 25.4.1983) Da es diese „Komplizenschaft“ ganz offensichtlich nicht gegeben hat, was soll die FPL dann noch „beantworten“?

K.D. Tangermann (TAZ, 29.4.1983) aber will noch mehr, nämlich S. Cayetano Carpios Selbstmord – er fordert gebieterisch eine Intimerklärung von der FPL in diesem Sinn – einfach nicht gelten lassen. Er gesteht Marcial keine – doch wohl menschliche! – Affektreaktion zu, um daran anknüpfend den salvadorianischen Revolutionären der FPL und FMLN die Vertrauens- und damit auch die Unterstützungswürdigkeit gänzlich abzuspochen: „Der revolutionäre Anspruch,... auch in El Salvador eine neue Gesellschaft zu errichten, ist aus den Mündern der FPL-Führung ungläubwürdig geworden. Der Mord trifft auch die anderen Organisationen.“ Aber Herrschaften, das Auftauchen eines Verräters innerhalb eines revolutionären Führungsorgans ist doch nicht gleichzusetzen mit dem Verrat einer gesamten Führung an ihrer Sache und der ihres Volkes!

Bei soviel Anmaßung kann es kaum noch verwundern, daß die TAZ-Kriminalisten äußere Einwirkungen seitens imperialistischer Todfeinde der salvadorianischen Befreiungsrevolution, voran des CIA, nicht einmal als Möglichkeit in Rechnung stellen. Und das, obgleich diesbezügliche Untersuchungen seitens des nikaraguanischen Innenministeriums und seitens der FPL erklärtermaßen fortgesetzt werden, obgleich diese eine Einschleusung von Agenten in die FMLN bzw. FPL keineswegs ausschließen wollten.

Von den TAZ-Schreibern wird freilich der Verweis des nikaraguanischen Innenministeriums, beim Mord an Ana Maria sei die Handschrift des CIA zu erkennen, ignoriert, die Feststellungen in der offiziellen Erklärung des FPL-Zentralkommandos vom 20.4.1983 als „noch makabrerer Ungeheuerlichkeit“ abgetan: „Damit hat er (Bazzaglia; d. Verf.) sich den vom CIA angestifteten Diversionen manövern angedient... Wir rufen unsere Basis und das salvadorianische Volk auf, die Wachsamkeit zu erhöhen und sich nicht durch

die Maßnahmen des Feindes beirren zu lassen, der Mißtrauen zwischen der Führung der FPL und der FMLN auf der einen Seite und unserem Volk auf der anderen Seite säen will, um unser Ansehen zu untergraben. Wir rufen dazu auf, die Reihen zu schließen und den Manövern des Imperialismus eine Niederlage zu bereiten. Wir verdoppeln unsere Kampfkraft, die gegen die aggressive Politik des Imperialismus gerichtet ist, der in der Absicht die revolutionäre Bewegung aufzuhalten, Widersprüche sät und eine verdeckte psychologische Kriegsführung betreibt." (Barricada, 21.4.1983)

Daß der CIA seine Diversionstätigkeit im Auftrag Ronald Reagans gegenwärtig neben Nicaragua gerade gegen die siegesverdächtigen Befreiungsfronten El Salvadors, FMLN und Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR), konzentriert, pfeifen mittlerweile die Spatzen von den Dächern des Weißen Hauses. Jüngst wurde bekannt, daß man 1981/82 in diesem mittelamerikanischen Land allein 150 CIA-Agenten ausschwärmen ließ. Sie haben, abgesehen von ihrer Zuarbeit für die salvadorianischen Folter- und Massakerspezialisten, den klaren Auftrag, die FMLN/FDR zu infiltrieren, Mitglieder zu korrumpieren bzw. zu beeinflussen, von innen heraus ihre Spaltung voranzutreiben. Seit Februar/März d.J. präsentiert man den ehemaligen FMLN-Comandante Montenegro, der Mitte 1982 in Honduras verhaftet und vom CIA u.a. Geheimdiensten umgedreht wurde, in den westlichen Massenmedien als Papageien des salvadorianischen Völkermordregimes.

FMLN/FDR-Verpflichtung zur festeren Einheit

Und spätestens seit die New York Times das geheime Reagan'sche Programm für verdeckte Operationen in Mittelamerika vom April 1982 enthüllte, haben wir Gewißheit, daß eine Spezialgruppe des Nationalen Sicherheitsrats der USA damals ein Konzept erstellte für „konzertierte Anstrengungen“, den fraktionellen Streit unter den Guerillagruppen und ihren politischen Verbündeten in El Salvador zu vertiefen." (Zit. nach: International Herald Tribune, Paris/Zürich, 8.4.1983)

Nicht zuletzt gibt es in der jüngeren Geschichte des Befreiungskampfes genügend Vergleichsbeispiele: Der Gründer und Präsident der moçambiquanischen Befreiungsfront FRELIMO, Eduardo Mondlane, etwa wurde im Februar 1969 in Daressalam (Tansania) durch einen Bombenanschlag imperialistischer Geheimdienstler getötet. Ähnliche Attentate auf FRELIMO-Führer wie Marcelino dos Santos folgten. Kurz darauf entlarvte sich der FRELIMO-Mitbegründer Lazaro Kavandame als Verräter und lief im April 1969 zum portugiesischen Kolonialregime über.

Im Januar 1973 wurde in Conakry (Guinea) Amilcar Cabral, der Gründer und Generalsekretär der Befreiungsbewegung Guinea-Bissau und der Kapverden (PAIGC), von einer Gruppe von Verrätern erschossen. Die Täter waren gefangengenommene PAIGC-Mitglieder, die durch Foltermethoden und Versprechungen des portugiesischen Geheimdienstes PIDE umgedreht und wieder in die PAIGC-Guerilla eingeschleust worden waren. Zu großes Vertrauen und ungenügende Sicherheitsvorkehrungen hatten ihnen das Verbrechen erleichtert.

Der tragische Verlust dieser herausragenden Führungspersönlichkeiten konnte den Sieg der Befreiungskämpfer der FRELIMO und PAIGC nicht verhindern. Genauso wenig wird die Infiltration von Verrätern in die FPL und ihr Schüren von Differenzen, wird der Tod der Comandantes Ana Maria und Marcial den Vormarsch der salvadorianischen Guerilla aufhalten. Schon jetzt kann man feststellen, daß sich der Hintergedanke Bazzaglias und seiner – zur Stunde noch im Dunkeln verborgenen – imperialistischen Protégés, mit der April-Verschwörung von Managua die verbündeten Volkskräfte der FMLN/FDR auseinanderzudividieren, erst einmal als Bumerang erwiesen hat.

Am 20. April d.J. gaben die Führungsorgane der FMLN eine gebührende Antwort. Sie faßten den Beschluß, den Vereinheitlichungsprozeß der fünf FMLN-Mitgliedsorganisationen weiterzutreiben sowie gemeinsame Sicherheitsvorkehrungen zu ergreifen, um die Anfälligkeit gegenüber imperialistischen Infiltrationsversuchen zu mindern.

Am 20. April d.J. gaben die Führungsgremien der FMLN/FDR folgende gemeinsame Antwort auf die Tragödie von Managua, ein „Verbrechen, das seinem Wesen nach denen der nordamerikanischen Geheimdienstzentrale CIA gegen revolutionäre Führer in allen Teilen der Welt" entspreche:

„Erstens. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir als Revolutionäre und Führer des Befreiungskampfes des salvadorianischen Volkes imstande sein, es als unsere Pflicht und als grundsätzliche Verantwortung von allen und jeder einzelnen Organisation auffassen müssen, vor unserem Volk immer die Wahrheit zu sagen.

Zweitens. Wir werden all unsere Kraft daransetzen, die Konsequen-

zen aus den Ergebnissen der Nachforschungen über den Mord an der Comandante Ana Maria zu ziehen, damit daraus ein Zusammenhalt erwächst, der unsere Einheit und unsere Kampfkraft stärkt.

Drittens. Wir erklären, daß wir trotz des Schmerzes, den wir empfinden, in unserem Willen zum Kampf fest bleiben werden und daß nichts und niemand den revolutionären Erfolg unseres Volkes aufhalten kann. Diejenigen, die glauben, uns in dieser schmerzlichen Situation schwächen zu können, werden im Gegenteil sehen, wie unser revolutionärer Mut größer und unsere Einheit gestärkt werden wird.

Schließlich wiederholen wir vor unserem Volk, daß wir bereit sind, den Kampf auf allen Gebieten zu verstärken und daß kein imperialistisches Manöver gegenüber der unabänderlichen Entscheidung der FMLN und FDR mit unserem Volk zu siegen, Erfolg haben wird. Wir werden so auf seine höchsten Erwartungen antworten, unseren Helden und Märtyrern Ehre machen und Anerkennung für sie erlangen." (El Nuevo Píaria, 22.4.1983)

Gewiß, der tragische Tod der Comandantes Ana Maria und Marcial ist wohl der schmerzlichste Verlust der FMLN seit ihrer Gründung im Jahr 1980. Mit ihnen verlor die salvadorianische Befreiungsbewegung zwei ihrer erfahrendsten und profiliertesten Persönlichkeiten.

Sie hatten sich um den Aufschwung und die Radikalisierung der Volksbewegung gegen die militärisch-oligarchische Diktatur in den 60er/70er Jahren außerordentlich verdient gemacht, der Bäckerarbeiter S. Cayetano Carpio als unbeugsamer Gewerkschaftsführer und Generalsekretär der illegalen Kommunistischen Partei (PCS, 1964-70), die Lehrerin Melida Anaya Montes als Generalsekretärin der stärksten Lehrgewerkschaft ANDES 21. Juni und Führungsmitglied des Revolutionären Volksblocks (BPR).

S. Cayetano Carpio, der vormals die ersten Selbstschutzeinheiten der Arbeiterbewegung mitgeschaffen hatte, begann unmittelbar nach seinem Austritt aus der PCS im Jahr 1970 mit dem Aufbau der ersten Zellen der Guerilla in El Salvador. Sie wurden noch im gleichen Jahr in der politisch-militärischen marxistischen Organisation Volksbefreiungskräfte Farabundo Martí (FPL) zusammenge-



Grabstätte Ana Marias

faßt. Erster Verantwortlicher ihres Zentralkommandos wurde Comandante Marcial, seine Stellvertreterin Comandante Ana Maria, deren beider Identität erst 1981/82 bekanntgegeben wurde. Sie formulierten die FPL-Strategie des revolutionären Volkskrieges, dessen Träger vorrangig Arbeiter und Bauern sein sollten. Seit 1980 fungierte Marcial als einer der fünf Generalkommandanten der FMLN, Ana Maria als Mitglied der Vereinigten Revolutionären Leitung der FMLN.

Zu diesem Zeitpunkt hatten sie maßgeblich dafür gesorgt, daß sich die FPL zu der neben dem Revolutionären Volksherr (ERP, Vorsitz Joaquin Villalobos) stärksten Kraft der Guerilla, ihre Volksorganisation BPR zur größten revolutionären Massenorganisation des Landes entwickelte. Die beiden FPL-Führer waren ebenso maßgeblich am Zustandekommen der Vereinigung der salvadorianischen Linksorganisationen zur FMLN und an deren Kampffolgen, darunter am Ausbau der Volksmacht in den kontrollierten Zonen Chaltenangos und Guazapas, beteiligt.

Das Vermächtnis der Comandantes Ana Maria und Marcial ist das des aufopferungsvollen Kampfes für die revolutionäre Volkseinheit, für die soziale Befreiung der unterprivilegierten Massen El Salvadors, für den Sozialismus. Zum Zeitpunkt ihres tragischen Todes war der endgültige Sieg, wie S. Cayetano Carpio bei der Beisetzung Ana Marias in Managua erklärte, in Reichweite gerückt. W. Bröner

Richard Ward

Grenzen der außenpolitischen Korrekturen (2)



US-Flugzeuge für Taiwan: Streitpunkt zwischen Beijing und Washington

Kurz nach der Veröffentlichung des chinesisch-amerikanischen Vertrages über die Normalisierung im Dezember 1978 erklärte Richard Holbrooke, Staatssekretär für Ostasien in der Carter-Administration, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu China bedeute, daß „in strategischer Hinsicht“ die USA „in Asien stärker (seien) als jemals zuvor seit dem 2. Weltkrieg“.

Zum erstenmal wurde die Tatsache, daß militärische Fragen das Herzstück der amerikanischen Beziehungen zu Peking darstellen, öffentlich zugegeben. Die Prahlerei R. Holbrookes war Ausdruck seiner Überzeugung, daß die Position der USA durch die Annäherung an China gestärkt würde, was jedoch auf einer Überbewertung der Bedeutung der militärischen Beziehungen zu China durch die Carter-Administration beruhte.

Gab es nicht in der Tat schon während der chinesisch-amerikanischen Flitterwochen 1979 gravierende Unterschiede in der strategischen Einschätzung von jedem der beiden Partner? Die Carter-Administration betrachtete die Allianz mit China als ein Mittel, um die amerikanischen Trümpfe in der Auseinandersetzung mit der UdSSR zu vermehren, ohne dabei eine gefährliche Auseinandersetzung zu riskieren. China dagegen befürwortete 1979 durchaus noch eine amerikanisch-sowjetische Konfrontation, da zu dieser Zeit noch der maoistische Standpunkt galt, wonach China aus jedem globalen Konflikt Vorteile ziehe.

Am 31. Januar 1979 rief Deng Xiaoping nach einem Treffen mit Präsident Carter im Weißen Haus zu einer weltweiten Allianz gegen die Sowjetunion auf. „Was notwendig ist“, sagte er den Journalisten, „sind realistische, praktische Taten..., z.B. die Einheit zwischen den USA, China, Japan, Westeuropa und anderen Ländern, eine Einheit, die es erlaubt, dem globalen Hegemonismus die Stirn zu bieten. Wir sollten in jedem Teil der Welt versuchen, alles zu verhindern,

was die UdSSR tut, und sie von allem abbringen, was sie zu tun gedenkt.“ Deng behauptete sogar, daß die USA seine Einschätzung teilen.

Das Weiße Haus sah sich gezwungen, noch am gleichen Tag eine Erklärung zu veröffentlichen, in der die „unterschiedlichen Standpunkte“ Washingtons und Pekings zur Politik gegenüber der UdSSR unterstrichen wurden. Die Carter-Administration verstärkte jedoch das chinesische Militärpotential, indem sie dem Land fortgeschrittene Technologien durch den Verkauf eines begrenzten Arsenal von Waffen und militärischen Ausrüstungen zur Verfügung stellte, die man der UdSSR verweigerte.

In seinem 1981 veröffentlichten Bericht bestätigte Harald Brown, der Verteidigungsminister J. Carters, diesen Standpunkt der Administration zur Bedeutung der strategischen Beziehungen mit China, die seit 1972 entwickelt wurden: Es sei „eine neue, höhere Phase unserer Strategie in Südostasien“, schreibt H. Brown. „Sie bereitet den Weg für die Fortsetzung einer Politik parallel zu den sich annähernden Interessen der beiden Parteien... Ein greifbares Resultat der Normalisierung, die den Wunsch der USA und Chinas widerspiegelt, eine strategische Beziehung auf lange Sicht zu unterhalten.“

Zu Recht verweist H. Brown darauf, daß die strategische Zusammenarbeit zwischen Washington und Peking 1972 einsetzte, wenn auch die militärische Dimension erst 1979 ins Spiel kam. Die „parallele Politik“, die von H. Brown erwähnt wird, bezieht sich auf Situationen wie die in Indochina vor 1975, als Peking den Einsatz der US-amerikanischen Militärmacht nicht unterstützen konnte. Es befürwortete jedoch die Balkanisierung der Halbinsel, die nach chinesischer Vorstellung der US-amerikanischen Intervention folgen sollte. Dementsprechend konnten die USA die chinesische Unterstützung Pol Pots nicht offen billigen; sie teilten jedoch Pekings Ziel einer Destabilisierung Vietnams.

Strategische Zusammenarbeit auf lange Sicht?

Bis heute sind sich Peking und Washington darin einig, ihre Indochinapolitik damit zu rechtfertigen, daß sie Vietnam als Instrument Moskaus darstellen und sie infolgedessen berechtigt sind, den direkten Vorstoß der Sowjets, die angeblich ganz Südostasien bedrohen, abzuwehren.

Aber die Reagan-Administration hatte die chinesische Politik falsch eingeschätzt. Sie ging davon aus, daß China sich tatsächlich mehr mit der sowjetischen „Bedrohung“ beschäftigte als mit der Rückgewinnung Taiwans. Während eines Festessens in Shanghai, das der chinesische Premierminister Zhao Ziyang für den US-amerikanischen Vizepräsidenten George Bush im Mai 1982 gab, startete dieser einen heftigen Angriff gegen die Sowjetunion, ein Land, das „die Aggression, Subversion und Gewalt in Kambodscha und in

anderen Gebieten der Welt finanziert... Angesichts eines solchen Expansionsdrangs“, unterstrich Bush, „haben die USA und China eine lebensnotwendige Rolle zu spielen, um einen globalen Frieden durchzusetzen“.

Nach dieser offenkundigen Anspielung auf den chinesisch-amerikanischen Weltfrieden, auf den sich Präsident Nixon in derselben Stadt zehn Jahre zuvor berufen hatte, beschwor G. Bush die „Hoffnungen des amerikanischen Volkes, die (chinesisch-amerikanischen) Beziehungen mögen sich bis zum 21. Jahrhundert und darüber hinaus fortsetzen und entwickeln“. Statt sich mit den Tagesproblemen zu beschäftigen, zog es der US-amerikanische Vizepräsident offensichtlich vor, einen geistigen Sprung ins nächste Jahrhundert zu wagen. In Anbetracht der Meinungsverschiedenheiten in der Taiwan-Frage stellt sich allerdings eher die Frage, ob die chinesisch-amerikanische Zusammenarbeit das jetzige Jahrzehnt überdauern wird.

Ungereimtheiten um die Taiwanfrage

Der Eindruck eines US-amerikanischen Verrats und das Ausmaß der chinesischen Enttäuschung zeigt sich darin, daß Peking nicht mehr bereit ist, einen weltweiten antisowjetischen Kreuzzug zu unterschreiben, wie Deng Xiaoping ihn vor drei Jahren gepredigt hatte und der heute von der Reagan-Administration mit dem religiösen Eifer von Neubekehrten durchgeführt wird. Die US-amerikanischen Politiker konnten Peking infolgedessen auch nicht durch das Angebot einer stärkeren militärischen Bindung von der legitimen Entschlossenheit in der Taiwa-Frage abbringen.

Der ehemalige US-Außenminister Alexander Haig bot Peking im Juni 1981 den Zugang zu einem großen Arsenal amerikanischer Waffen an. Im Verlauf dieses Besuches kam es zu einem potentiellen Übereinkommen, das vorsah, daß der Generalstabschef der Volksarmee zwei Monate später nach Washington reisen sollte, um ausführliche Gespräche über den chinesischen Waffenbedarf zu führen. Eineinhalb Jahre später hat diese Reise noch immer nicht stattgefunden.

Peking wollte offenbar keine US-amerikanischen Waffen unter der Bedingung annehmen, die auf eine Befürwortung der amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan hinausgelaufen wäre. Die Reagan-Administration hat gleichwohl verkündet, daß sie bereit bleibt, in einem weit größeren Maßstab, als dies die Carter-Administration je vorgesehen hatte, Waffen an China zu liefern.

Aber die Mission und die Politik A. Haigs war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Er war tatsächlich fast der einzige auf der obersten Ebene der Reagan-Administration, der glaubte, die strategischen Beziehungen seien für China wichtiger als Taiwan. Während der 18 Monate seiner Amtszeit verpaßte er keine Gelegenheit, seine Meinung über die strategischen Beziehungen mit China zu verkünden. Er stieß jedoch auf taube Ohren und verstärkte noch seine Schwierigkeiten mit dem Weißen Haus.

Aus Angst, Peking verwechsle die Ansichten Haigs mit denen der US-amerikanischen Administration, mußte R. Reagan letztes Jahr seine Tochter Maureen zu einer Reise

nach Taiwan schicken, während A. Haig sich in China aufhielt.

Seitdem A. Haig von G. Shultz abgelöst wurde, ist die Diskussion über die strategischen Beziehungen mit China in Washington nahezu gänzlich verstummt. Statt zweier Arten Chinapolitik verfolgt Washington augenblicklich eine Politik der „zwei Chinas“, oder besser: „eines Chinas und eines Taiwans“ – genau das, worauf im chinesisch-amerikanischen Kommuniqué vom 17. August 1980 formell verzichtet wurde.

Als G. Shultz sich am 13. und 14. Juli 1982 dem außenpolitischen Ausschuß des Senats vorstellte, beruhigte er die Senatoren, indem er ihnen versicherte, er werde die Verpflichtung der USA zum Schutz Taiwans respektieren und nicht zulassen, daß Peking die US-amerikanische Politik diktiere. Sehr schnell beschuldigte Peking G. Shultz, daß er „gewisse Ungereimtheiten bezüglich Taiwan wiederhole“, die schon von gewissen Senatoren verkündet worden waren. Die Pekinger „Volkszeitung“ vom 18. Juli 1982 fuhr fort: „Ihr Verhalten zeigt ihre imperialistische und hegemonistische Natur.“

Ohne Zweifel war dies der autorisierte Ausdruck der Ansichten Pekings über die Reagan-Administration und nicht über eine Gruppe von Senatoren, die keinerlei Einfluß auf die Außenpolitik haben. Es ist dies nur einer unter zahlreichen, teilweise sehr ausführlichen Angriffen auf die amerikanische Taiwanpolitik, die seit letztem Jahr regelmäßig in der chinesischen Presse erscheinen.

„Die Gegebenheiten zwingen die USA, diplomatische Beziehungen zu China aufzunehmen und die strategischen Beziehungen zu entwickeln. Aber es gibt in den USA noch immer eine gewisse Anzahl von politischen Philistern, die sich hartnäckig gegen China stellen und versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen“, war in einer „Pekinger Wochenzeitung am 15. Februar 1982 zu lesen.

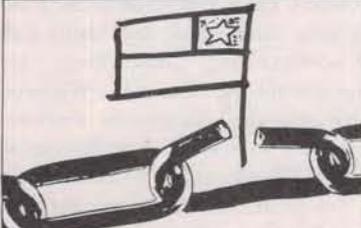
Ohne den US-amerikanischen Präsidenten direkt zu erwähnen, ist klar, daß Peking ihn und seinen Kreis für politische Philister halt, die sich rückwärts bewegen und die die Vereinbarungen mit früheren Präsidenten nicht anerkennen.

Die Fehleinschätzung der Reagan-Administration

Diese Art diplomatischer Beschimpfung könnte zu der Annahme führen, daß Peking seine Allianz mit den USA aufgegeben hat. Aber offensichtlich hat China mehr oder weniger die aktuelle Administration aufgegeben, nicht jedoch die Allianz als solche.

Die Kritik an der Reagan-Administration erreichte im März 1982 ihren Höhepunkt, als der „Kommentator“ der Presseagentur Neues China erklärte: „China hat immer den Standpunkt vertreten, daß es im Sinne einer Globalstrategie notwendig ist, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu entwickeln.“ Diese Art von Bemerkung scheint für die US-amerikanischen Kreise bestimmt zu sein, die die Politik R. Reagans ablehnen, um ihnen klar zu machen, daß China bereit ist, die strategische Zusammenarbeit, die vor Amtsantritt R. Reagans geplant war, wieder aufzunehmen.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 286/3.1.1983)

	<p>70. JAHRE MILITÄRDIKTATUR:</p> <h1>FÜR CHILES FREIHEIT</h1> <p>Kongreß gegen Militärdiktatur und Imperialismus in Chile und Lateinamerika</p> <h2>24.-26. Juni 1983 in Münster</h2> <p>In den Räumen der Päd. Hochschule, Friednerstraße.</p>	<p>ANMELDUNG SUM KONGRESS: Ich werde voraussichtlich von bis zum am Kongreß teilnehmen.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich bitte darum, mir für ... Nächte einen möglichst preiswerten Schlafplatz zu besorgen.</p> <p>Nach der schriftlichen Anmeldung wird ein Falzblatt mit dem ausführlichen Kongreß - Programm und eine Zahlungsaufforderung verschickt. Der Einzahlungsschein gilt als endgültiger Anmeldebefehl.</p> <p>ADRESSE: (Name) (Anschrift) (Telef.)</p> <p>ANMELDUNG AN: Kongreß - Büro "FÜR CHILES FREIHEIT" / Frauenstraße 3 - 7 4400 Münster Tel. 0251 / 45606</p>
---	--	--

Zwei Konferenzen haben kurz hintereinander die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die gefährliche Zuspitzung der Situation im Südlichen Afrika gelenkt. Vom 25.-27. März 1983 fand in Lissabon die Internationale Konferenz zur Solidarität mit den Frontstaaten statt, die von nichtstaatlichen Organisationen, Solidaritätsgruppen und gesellschaftlichen Organisationen getragen wurde (siehe AIB 5/1983, S. 67).

Die zweite Konferenz wurde zur Namibiafrage in Paris vom 25.-29. April d.J. von der UNO unter Beteiligung von 136 Staaten und 91 nichtstaatlichen Organisationen durchgeführt.

Die politischen Ergebnisse beider Konferenzen glichen sich in den wesentlichen Fragen: Verurteilung des Apartheidregimes, seiner Unterdrückungspolitik gegenüber der schwarzen Mehrheitsbevölkerung sowie seiner Aggressionspolitik gegenüber Namibia und den unabhängigen schwarzafrikanischen Staaten; Solidarität mit dem Befreiungskampf in Südafrika, in Namibia und mit den Frontstaaten. Die Kollaboration der USA und anderer westlicher Staaten sowie Israel mit den Rassisten wurde ebenso verurteilt wie der Reagan'sche Konfrontationskurs im Südlichen Afrika, insbesondere das von den USA hergestellte Junktim zwischen einer politischen Lösung für Namibia und der Forderung nach dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola. Die Abschlusserklärungen beider Konferenzen schätzen die Situation im Südlichen Afrika als sehr ernst ein und appellieren an die Weltöffentlichkeit, zu einer friedlichen und gerechten Lösung der Krise in dieser Region beizutragen.

Peter Wahl

Washington blockiert eine Krisenlösung

Wer gehofft hatte, daß nach der Unabhängigkeit Zimbabwes (1980) nun auch für Namibia eine zügige Verhandlungslösung gefunden werden könnte, muß sich nach den Entwicklungen der letzten Zeit enttäuscht sehen. Die Aussichten für einen politischen Ausweg aus der Krise im Südlichen Afrika sind zur Zeit ausgesprochen ungünstig. Die Situation scheint vollkommen blockiert. Die Reagan'sche Konfrontationspolitik zeigt damit auch in dieser Region deutlich ihre Auswirkungen.

Im Rahmen ihrer globalen Strategie des Roll back gegen das sozialistische Lager und die nationalen Befreiungsbewegungen besteht das Programm Washingtons für die Region des Südlichen Afrika im Kern aus drei Elementen:

1. Verstärkte Unterstützung und Zusammenarbeit mit dem Regime in Pretoria in allen Bereichen;
2. Destabilisierung der fortschrittlichen Staaten in der Region, vor allem Angolas und Moçambiques, durch ökonomischen Druck, politische Manöver und Unterstützung von Banden und Söldnertrupps sowie südafrikanische militärische Überfälle auf Nachbarterritorien;
3. Ausschaltung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) als relevantem Faktor für eine Lösung des Namibiaproblems.

Es ist nicht verwunderlich, wenn das südafrikanische Rassenregime den neuen Spielraum, den ihm die US-Politik verschafft, voll auszunutzen sucht. So hat Pretoria mit einer Kaltschnäuzigkeit ohnegleichen die Marionettenverwaltung der Demokratischen Turnhallenallianz des Dirk Mudge durch einen südafrikanischen Generaladministrator für Namibia ersetzt. So hat es zu verstehen gegeben, daß es nicht einmal mehr ein Feigenblatt für seine illegale Besetzung Namibias für nötig hält. Die Rassisten sind heute weniger denn je bereit, ihren Zugriff in Namibia zu lockern.

Gleichzeitig sind die Aggressionsakte der Rassisten gegen die Frontstaaten – und neuerdings auch gegen Lesotho – drastisch angestiegen; die illegale Okkupation von angolani-



schem Territorium hält an.

Durch die Verknüpfung ihrer Forderung nach Abzug der Kubaner aus Angola mit einer politischen Lösung für Namibia haben die USA ein unüberwindbares Hindernis für einen erfolgreichen politischen Prozeß geschaffen; und dies ist ja dann auch die Funktion dieses Junktims.

Es liegt auf der Hand, daß diese Forderung für Angola unannehmbar ist. Abgesehen davon, daß es die souveräne Entscheidung Luandas ist, wenn es in Übereinstimmung mit der UN-Charta Kuba um militärische Unterstützung bittet, liegen die Ursachen der Spannungen in der Region in der Aggressivität des Rassenstaates, in der völkerrechtswidrigen Okkupation Namibias und Südangolas und nicht in der Präsenz kubanischer Truppen.

Die mit großer Mehrheit angenommene Schlußerklärung der Pariser UN-Konferenz zu Namibia stellt dazu vollkommen richtig fest:

„Die Konferenz weist nachdrücklich die wiederholten Ver-

suche der Vereinigten Staaten und des südafrikanischen Regimes zurück, die Verwirklichung der Resolution 435 (1978) zu hintertreiben und ein Junktim oder eine Paralleltät zwischen der Unabhängigkeit Namibias und sachfremden und irrelevanten Gesichtspunkten, insbesondere dem Rückzug kubanischer Kräfte aus Angola, herzustellen und unterstreicht unzweideutig, daß die Fortführung solcher Versuche nicht nur den Entkolonisierungsprozeß in Namibia verzögert, sondern auch eine ungerechtfertigte und grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Angola darstellt."

Angesichts der Intensivierung der bilateralen Kollaboration zwischen den USA und Südafrika – die US-Propaganda betitelt diese Linie als „konstruktives Engagement“! – werden die Bemühungen der sog. Kontaktgruppe (USA, Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik, Kanada), die in Verhandlungen mit der SWAPO und mit Pretoria ein Konzept für die Unabhängigkeit Namibias erarbeiten wollte, zusehends überflüssig.

War es bereits die Funktion dieser Gruppe, die UNO aus dem Verhandlungsprozeß herauszuhalten, sowie als Gegengewicht zur SWAPO „gemäßigte“, d.h. proimperialistische Kräfte innerhalb Namibias als politische Partner für eine Verhandlungslösung hochzupäppeln, so mußte sie immerhin die SWAPO als politischen Faktor akzeptieren und der UNO bei möglichen Wahlen eine Rolle zugestehen.

Aber selbst das war Washington noch zu viel. Daher wurde die Kontaktgruppe faktisch kaltgestellt, und die USA haben die Zügel nun allein in die Hand genommen. Der französische Präsident F. Mitterrand, in seiner Afrikapolitik stets auf die Wahrung der eigenständigen Interessen Frankreichs bedacht, ließ deshalb auch seinen Außenminister, C. Cheysson, auf der Pariser Namibiakonferenz zu erkennen geben, daß die Franzosen gern aus der Kontaktgruppe aussteigen würden. Auf der Gegenseite hat SWAPO-Präsident Sam Nujoma jetzt zum erstenmal öffentlich die Auflösung der

Kontaktgruppe gefordert, da sie „den Interessen des namibischen Volkes bisher nur geschadet hat“.

Als Alternative zur Kontaktgruppe soll nun der UN-Sicherheitsrat wieder die Federführung bei der Suche nach einer politischen Lösung erhalten. Dieser Vorschlag wird von einer großen Mehrheit der UN-Mitglieder, darunter den Frontstaaten und der SWAPO, befürwortet. Allerdings ist nicht zu erwarten, daß damit die derzeitige Blockierung überwunden wird, zumindest nicht kurzfristig. Denn die USA können durch ihr Vetorecht jeden Beschluß, der nicht in ihrem Interesse liegt, verhindern.

Die Regierung Kohl/Genscher ist auch in ihrer Südafrikapolitik dabei, die „Wende“ einzuleiten. Auch hier wird die Tendenz sichtbar, sich dem globalen Konfrontationskurs R. Reagans anzuschließen.

Die haarsträubenden Vorschläge, die Franz-Josef Strauß in einem Positionspapier zur internationalen Politik machte (u.a. Wiedereröffnung des bundesdeutschen Konsulats in Windhoek, Einstellung jeglicher Unterstützung für die „terroristische SWAPO“, Ablehnung des Prinzips „ein Mann, eine Stimme“ für Südafrika), haben sich zwar noch nicht durchsetzen können, aber ein eindeutiger Rechtsruck ist auch hier sichtbar.

Die Zustimmung für einen Milliardenkredit des Internationalen Währungsfonds an Südafrika im November 1982, die Absicht, die Wirtschaftshilfe an antiimperialistisch orientierte Staaten (z.B. Moçambique) künftig einzustellen und Außenminister Genschers Einschwenken auf die US-Forderung nach Abzug der kubanischen Truppen aus Angola – all dies wirft ein bezeichnendes Licht auf den neuen Kurs.

Angesichts der komplizierter gewordenen Situation im Südlichen Afrika sind schnelle Fortschritte bei der Unabhängigkeit Namibias und erst recht bei der Beseitigung der Apartheid nicht zu erwarten. Man wird sich auf einen langwierigen und schwierigen Prozeß einstellen müssen. Der Widerstand der Rassisten und ihrer Verbündeten hat sich versteift und droht zukünftig noch aggressiver zu werden.

Erklärung der Lissabonner Solidaritätskonferenz mit den Frontstaaten

Zu Angola:

Die Konferenz verurteilt auf das Schärfste die wiederholten Aggressionsakte südafrikanischer Truppen gegen die Volksrepublik Angola und die fortgesetzte Okkupation eines Teils von Südangola. Die Konferenz fordert den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der südafrikanischen Truppen von angolanischem Territorium und ruft die internationale Gemeinschaft dazu auf, die materielle Hilfe und andere Formen der Hilfe für das Volk und die Regierung der Volksrepublik Angola zu erhöhen und ihr dabei zu helfen, ihre territoriale Integrität wiederzuerlangen und ihre hart erkämpfte Unabhängigkeit zu festigen.

Die Konferenz erkennt Angolas Recht an, sich gegen die Aggression zu verteidigen; dies schließt das Recht ein, Hilfe von anderen Staaten zu suchen und zu erhalten, wie es das Recht eines jeden souveränen und unabhängigen Staates gemäß internationalem Recht ist.

Zu Moçambique:

Die Konferenz drückt ihre tiefe Besorgnis über die Konzentration südafrikanischer rassistischer Truppen an der Grenze der Volksrepublik Moçambique aus. Sie verurteilt die wiederholten Aggressionsakte und die Verletzung der territorialen Integrität Moçambiques durch südafrikanische Truppen ebenso wie den Einsatz bewaffneter Banditen und Söldner als verlängerter Arm der südafrikanischen Armee. (...)

Zu Zimbabwe:

Die Konferenz bringt ihre Empörung über die ständigen unprovokierten Aggressions- und Subversionsakte gegen die Republik Zimbabwe seitens des südafrikanischen Regimes zum Ausdruck, das subversive Elemente und Dissidenten ausbildet, finanziert und in das Land einschleust. (...)

Zu Lesotho:

Die Konferenz stellt die fortgesetzten Akte der Sabotage und De-

stabilisierung fest, die das rassistische Minderheitsregime Südafrikas gegen das Königreich Lesotho begeht, und verurteilt auf das Schärfste die unprovokierte Invasion in Maseru im Dezember 1982 seitens rassistischer Truppen, die zu dem Massaker an mehr als 42 Zivilisten – Flüchtlinge des ANC und Staatsbürger Lesothos, einschließlich Frauen und Kindern – führte. (...)

Zu Namibia:

(...) Die Konferenz bekräftigt ihre Solidarität mit dem Kampf des namibischen Volkes unter der Führung der SWAPO, seinem einzigen authentischen und legitimen Vertreter, für die Schaffung eines unabhängigen Staates in Namibia.

Die Konferenz beglückwünscht die Volksbefreiungsarmee Namibias (PLAN), den dynamischen militärischen Flügel der SWAPO, zu ihrem heldenhaften Kampf, zu ihren täglichen spektakulären Siegen über die rassistische Okkupationsarmee von mehr als 100.000 Mann, sowie über andere paramilitärische Kräfte Südafrikas. (...)

Die Konferenz drückt ihre tiefe Sorge darüber aus, daß die Unabhängigkeit Namibias durch die Unnachgiebigkeit und die permanente Weigerung des rassistischen Regimes, die entsprechenden Resolutionen der UNO zu Namibia, insbesondere die Sicherheitsratsresolution 435 aus dem Jahre 1978, anzuerkennen, verzögert wird. Sie verurteilt auf das Schärfste die Versuche der Reagan-Administration, die Frage der Unabhängigkeit Namibias mit dem Rückzug kubanischer Truppen aus Angola zu verbinden. Die Konferenz unterstreicht, daß der Rückzug der internationalistischen Truppen aus Angola eine Angelegenheit Angolas als souveränem Staat ist und daß das Bestehen auf dieser Bedingung eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas sowie eine Erpressung des namibischen Volkes darstellt. (...)

(Quelle: International Conference in Solidarity with the Frontline States, Declaration, Lissabon o.D., hektographiert)

Jürgen Ostrowsky

Die Militarisierung Südafrikas

Südafrikas Verteidigungsausgaben haben sich im Laufe der Jahre dramatisch erhöht. Von 32 Mio Rand (R; 1 R = 2,20 DM; Stand Ende 1982) im Haushaltsjahr 1960/61 vervielfachten sie sich bis 1974/75. Ursache waren mehrere wichtige politische Ereignisse. So gingen die ersten drastischen Steigerungen z.B. auf die Sabotageakte zurück, die der Umkhonto We Sizwe (MK; Speer der Nation) nach dem Verbot der Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) Ende 1961 begonnen hatte.

Nach 1974 veränderte sich die Position Südafrikas in diesem geographischen Bereich grundlegend. Die Revolution in Portugal 1974, die Befreiung von Angola und Moçambique 1974/75, das Fiasko der südafrikanischen Invasion in Angola 1975/76, die Erhebung von Soweto 1976 – dies waren Faktoren, die dem Regime als Vorwände für eine Änderung seiner Politik dienten.

Die Verteidigungsausgaben schnellten bis 1982/83 auf 3.068 Mio Rand empor, was einem Anteil von etwa 4% am Brutto-sozialprodukt entspricht, gegenüber 2% 1970/71.¹

Von größerer Bedeutung noch ist indessen die Formulierung einer neuen Strategie. Sie wurde bekannt unter dem Namen „totale Strategie“ und im Weißbuch zur Verteidigungspolitik von 1977 entwickelt. Ihre Durchsetzung wurde begleitet vom Machtantritt der Generäle P.W. Botha (als Premierminister) und M. Malan (als Verteidigungsminister) im Herbst 1978. Die „totale Strategie“ ihrerseits ist Bestandteil einer allumfassenden Grundkonzeption mit dem Namen „Nationale Sicherheitsdoktrin“ (NSD). Diese ist die Grundlage für „Veränderungen“ innerhalb des Apartheidsystems, die mit dem Ziel erfolgen, eben dieses System grundsätzlich zu erhalten.

Die „totale Strategie“ markiert eine Verlagerung der Verteidigungspolitik, nämlich die Verschiebung von militärischer Macht und Kontrollausübung ins Zentrum des Entscheidungsprozesses, statt wie bis dahin nur eines von mehreren Elementen dieses Prozesses zu sein. Sie zielt auf militärische „Lösungen“ für alle Probleme ab, denen sich das rassistische System gegenübersteht. Sie bedeutet Militarisierung aller Lebensbereiche innerhalb Südafrikas und eine Hinwendung zu einer aggressiv-offensiven „Verteidigungspolitik“.²

Bedrohung durch die Frontstaaten?

Demgemäß stellte das Weißbuch für 1982 ausdrücklich fest, daß „die Möglichkeit eines konventionellen Krieges ernsthaft in Erwägung gezogen werden sollte“.³ Und die Mai-Ausgabe des Jahrgangs 1982 von Paratus, dem offiziellen Organ der Südafrikanischen Verteidigungstreitkräfte (SADF), gab aus einem Informationsgespräch eines höheren Geheimdienstoffiziers wieder: „Die Feinde der RSA (Republik Südafrika) werden versuchen, uns den 'Todesstoß' in Form eines konventionellen Schlages von einem oder mehreren Nachbarstaaten aus zu versetzen.“⁴

Das ist schlichter Unsinn. Selbst die vereinten Streitkräfte



Südafrikanische Militärs im Einsatz gegen den „inneren Feind“

aller Frontstaaten stellen für Südafrikas Militärmacht keinen ersten Gegner dar. Also bleibt nur eine Schlußfolgerung: Südafrika selbst bereitet einen konventionellen Krieg vor. Paratus: „Solch eine Invasion wäre nur möglich, wenn nicht jetzt Schritte unternommen würden, Moskaus Pläne zu vereiteln.“

Das Gegenstück zu dieser offensiven Doktrin bildet die innere Sicherheitspolitik. Beide sind eng miteinander verknüpft, wie aus Südafrikas Dogma hervorgeht, nach dem Widerstand im Inneren oder erst recht Guerillatätigkeit und vorgebliche Aggression lediglich das Werk der „bolschewistischen Bedrohung“ sind.

Die Militarisierung im Lande stützt sich auf ein weiteres jüngst entwickeltes Konzept, „Area Defence“ („Gebietsverteidigung“) benannt, die Antwort der SADF auf verstärkte MK-Guerillaaktivitäten, auf Streiks und Demonstrationen. Das Konzept erläutert General Viljoen, Befehlshaber der SADF: „Wenn wir dem unter Einsatz unserer Berufstreitkräfte begegnen müßten (dem „Permanent Force“ (PF) genannten Berufsmeeiteil der SADF; d. Verf.), wären die Anforderungen an das System zu groß. Aber wir begegnen dem, indem wir die 'Area Defence' einsetzen: Das bedeutet, daß wir die Verteidigungsfähigkeit aller Leute zu erhöhen beabsichtigen. Die Leute, die in einem bestimmten Gebiet leben, müssen so organisiert werden, daß sie sich selbst verteidigen können. Sie müssen die erste Verteidigungslinie darstellen. Unsere Berufarmee muß eine Reaktionsstreitmacht sein. Die erste Verteidigungslinie wird jeden terroristischen Angriff unter Kontrolle halten, und dann werden besser aus-

gerüstete und ausgebildete Reaktionsstreitkräfte sich um die Eindringlinge kümmern."⁵

Dies bedingt die Höherstufung sowie die Vervollkommnung des Kommando-Netzes und der Infrastruktur der Zivilverteidigung. Früher stellten die Kommando-Einheiten eine Art freiwillige Miliz dar; 1981 umfaßte sie 140.000 Männer. Die Planung nach dem „Area-Defence“-Konzept sieht eine Verdopplung dieser Zahl bis 1985 und eine Erhöhung auf 400.000 1987 vor.

Um die zahlenmäßigen Anforderungen dieses Konzepts abzudecken, wurde im Juli letzten Jahres ein neues Gesetz verabschiedet. Es sieht eine Verdreifachung der Zeit vor, die Wehrpflichtige nach ihren zwei Jahren im „National Service“ (NS; Pflichtwehrdienst) in der „Citizen Force“ (Reserve) abzuleisten haben: Von 240 Tagen über 8 Jahre hinweg auf nunmehr 720 Tage über 12 Jahre.

1977 war bereits der Pflichtwehrdienst von 12 auf 24 Monate erhöht worden. Die neuen Gesetzesvorschriften machen überdies für alle weißen Männer bis zu 55 Jahren, die nie Wehrdienst geleistet haben, den Dienst in den genannten Kommando-Einheiten verpflichtend. Zudem werden diesen in größerer Zahl Wehrpflichtige zugeteilt. Zusammengekommen würde 1987 die Gesamtstärke von „Permanent Force“, „National Service“, „Kommandos“ usw. 908.000 Mann betragen – von einer weißen Bevölkerung von derzeit etwa 4,5 Mio.⁶

Die neue Doktrin hat in der Bewaffnung der SADF zu beträchtlichen Veränderungen geführt. Innerhalb des traditionellen „Counter-Insurgency“-Konzepts (Aufstandsbekämpfung) verfügten die SADF bereits über moderne Transportsysteme. Diese schließen Unimog-Geländetransporter aus der Bundesrepublik und schwere Klöckner-Humboldt-Deutz-Transportfahrzeuge ebenso ein wie den in Südafrika gefertigten gepanzerten Truppentransportwagen „Ratel“ (im Dienst seit 1977, heute mit einer Zahl von über 600).

Die Luftwaffe verfügt über Transporter wie die älteren Lockheed C-130 und die Transall (eine Koproduktion BRD-Frankreich, 1969/70 geliefert) sowie über große Hubschrauber wie den französischen SA-321L „Super Frelon“. Schließlich erwarben die SADF Kampfhubschrauber wie die französischen „Alouette“ und „Puma“ oder die hochmodernen BO-105 aus der Bundesrepublik.⁷

Selbstversorger bei fast allen Waffensystemen

Unzweifelhaft kann diese Ausrüstung auch innerhalb einer konventionellen Militärstrategie Verwendung finden. Dasselbe gilt natürlich für Jagdbomber wie die „Mirage III“, die in Südafrika nach französischer Lizenz gebaut wird, und den „Kfir“-Jagdbomber, der aus Israel eingekauft wurde und Atombomben transportieren kann.

Aber Südafrikas eigener militärisch-industrieller Komplex hat in den vergangenen Jahren selbst einige erstaunliche Waffensysteme hervorgebracht, die teilweise auf ausländischen Waffensystemen basieren, so z.B.:

- eine auf Jeeps montierte Version der „Cactus“-Boden-Luft-Rakete, die dieser vorher stationären Defensivwaffe offensive Eigenschaften verleiht;
- einen 127-mm-Mehrfach-Raketenwerfer;
- den „Olifant“-Kampfpanzer, vom Prinzip her der ältere britische „Centurion“, jedoch „mit einer israelischen Verpackung“, wie es ein Magazin formulierte;
- den „Ratel ALVS“ (ein gepanzertes Transportnachschubfahrzeug), der es motorisierter Infanterie ermöglicht, fast sieben Tage lang bis zu 1.000 km von ihrer logistischen Hauptbasis entfernt zu operieren;
- das G-6 155-mm-Selbstfahrgeschütz (-haubitze), das aus dem G-5-Geschütz besteht (eine südafrikanische Version des



Südafrikanische Militärparade (L) – Stärkedemonstration nach außen; Premierminister Botha

illegal ins Land gelangten US-amerikanischen GC 45-Geschützes), welches auf ein „Ratel“-Chassis montiert ist. Seine Geschwindigkeit: bis zu 90 km/h, sein Operationsradius: 400 km. Kommentierte ein Korrespondent der britischen Financial Mail: „Weit eher geeignet für, sagen wir, eine Beschießung Beiruts wie durch die Israelis, als für den Busch im nördlichen Namibia.“⁸

Es braucht nicht ausgeführt werden, daß Südafrikas nukleares Potential gleichfalls allein offensiven Zwecken dienen kann. Südafrika hat seine Nachbarn wiederholt damit bedroht, Atomwaffen zu gebrauchen und es besitzt alles, was für den Einsatz solcher Waffen benötigt wird: Flugzeuge ebenso wie z.B. das G-5-Geschütz, um Atomgranaten abzufeuern.

Wie die Entwicklung der südafrikanischen Nuklearindustrie und -forschungseinrichtungen erkennen läßt, verfügt das Rassenregime heute über eine hochentwickelte Industriestruktur. Wenn auch noch nicht völlig von ausländischer Technologie unabhängig, so ist es doch in der Lage, moderne Waffensysteme selbst herzustellen. Das betrifft nicht allein die Selbstversorgung mit den meisten Grundwaffensystemen, wie Gewehre, Munition, Fahrzeuge und Bomben (einschließlich Napalm).

Südafrika stellt heute Waffensysteme her, die – wie einige der erwähnten – auf ausländischen Lizenzen basieren, und solche, die auf eigenen Entwürfen beruhen. Jüngst wurde der Vorwurf erhoben, daß ARMSCOR (die staatliche Waffenentwicklungs- und Produktionsbehörde) gegenwärtig die Entwicklung des weitestentwickelten Typs von Nervengasartilleriegranaten (Kaliber 155 mm, also geeignet für das G-5) betreibe, ein sog. binäres Nervengas-Projektil. Darüber hinaus lasse die SADF Forschungen an einer biologischen „Rassenwaffe“ durchführen, für die Schwarze stärker empfänglich seien als Weiße.⁹

Südafrika ist eifrig dabei, seine Möglichkeiten auf dem Gebiet militärischer „Fortschritte“ zu verbessern. Es wird dabei von den westlichen Ländern unterstützt, die die Ausbildung von SADF-Personal zulassen, sowie von den multinationalen Konzernen, die in Südafrika hochentwickelte „hard- und software“ produzieren, wie etwa elektronische Bauteile. Andererseits haben südafrikanische Unternehmen Tochtergesellschaften internationaler Konzerne übernommen, die auf solchen Gebieten aktiv sind.

Zudem setzt Südafrika die Produktion nach Lizenzen ungeachtet des UN-Waffenembargos von 1977 fort. Und es führt gründliche Untersuchungen ausländischer Erwerbungen durch. Bei der Luftwaffe besteht z.B. ein Team, das ständig solche Objekte im Hinblick auf die Möglichkeit der Eigenproduktion untersucht. Auf diese Weise werden mittlerweile



4.000 Einzelteile, die früher importiert werden mußten, in Südafrika angefertigt. Andere Entwicklungen werden vom Nationalen Institut für Verteidigungsforschung vorgenommen und intensiviert.

Im Prozeß der Militarisierung kommt ARMSCOR, 1964 zusammen mit dem Armaments Board (vornehmlich mit Waffenbeschaffung befaßt) gegründet, eine zentrale Rolle zu. 1968 betrug der ARMSCOR-Umsatz magere 32 Mio Rand. Heute macht die Waffenproduktion und -beschaffung über 1.000 Mio Rand aus.

ARMSCOR kontrolliert neun staatliche Fertigungsbetriebe und vergibt Aufträge an über 1.200 private industrielle Vertragspartner und Subunternehmer. Damit nimmt ARMSCOR eine Schlüsselposition im NSD-Konzept ein, das die Integration des privaten Wirtschaftssektors in das Militarisierungsschema notwendigerweise nach sich zieht.

Den Ansatzpunkt bildete die Abhängigkeit einer großen Anzahl privater Unternehmen von ARMSCOR. ARMSCOR selbst beschäftigt etwa 30.000 Menschen, aber über 100.000 sind abhängig von Kontrakten mit ARMSCOR bzw. deren Tochtergesellschaften. Über 400 private Firmen sind zu einem beträchtlichen, wenn nicht entscheidenden Grade abhängig von Verteidigungsaufträgen.

Ein weiterer einflußreicher Faktor ist die Stellung der südafrikanischen quasi-staatlichen Gesellschaften wie ESCOM (Elektrizität und Kernkraft), ISCOR (Eisen und Stahl), SENTRACHEM (Chemieprodukte) oder SASOL (Benzinherstellung aus Kohle). Im August 1979 kündigte Premierminister Botha an, daß der Staatssicherheitsrat (SSC) seine Befugnisse so ausweiten wolle, daß er alle wichtigen Entscheidungen solcher Gesellschaften kontrollieren könne.

Seither wurden z.B. einflußreiche Industrielle in den vormals von Beamten kontrollierten Ausschuß für die Öffentlichen Dienste berufen, der für die Oberaufsicht über die Staatsausgaben zuständig ist. Und im Mai 1979 wurde John Maree, ein geschäftsführendes Direktoriumsmitglied von Barlow Rand, einem von Südafrikas größten Konzernen, für drei Jahre als geschäftsführender Direktor an die Spitze von ARMSCOR berufen.¹⁰

Eine straffere Regierungs- und Militärkontrolle über Industriebetriebe, die – wie SASOL – als strategisch wichtig erachtet werden, wird nach einem neuen Gesetz ausgeübt werden, dem „National Key Point Act“ (etwa: Gesetz über die nationalen Schlüsselindustrien). Nach diesem wird die Mitgliedschaft in der Südafrikanischen Vereinigung für Sicherheit (SASA) verpflichtend und damit die Kommunikation mit sowie die Kontrolle durch SADF und SAP verstärkt. Außerdem zwingt das Gesetz alle Betriebe, die als derart bedeutend erachtet werden, einen Betriebsschutz ein-

zusetzen.

Das Kernstück des südafrikanischen militärisch-industriellen Komplexes bildet der Staatssicherheitsrat (SSC). Gebildet 1972, bestand seine ursprüngliche Funktion darin, der Regierung beratend zu dienen. Unter der Regierung Botha stieg der SSC zum Schlüsselement eines „Sicherheits-Management-Systems“ auf. Nach dem Weißbuch von 1977 nahm er bereits die Funktion einer interministeriellen Koordinierungsstelle ein; im Weißbuch von 1979 schließlich wurde er sogar dahingehend aufgewertet, den nationalen strategischen Planungsprozeß zu „leiten“.

Formal nur einer von mehreren Regierungsausschüssen, hat der Staatssicherheitsrat nunmehr faktisch das Kabinett als letztlich entscheidendes Organ abgelöst. Die wichtigsten Mitglieder des SSC waren 1980: Premierminister Botha, Verteidigungsminister Malan sowie der Befehlshaber der SADF, der Polizeiminister, der Polizeipräsident, die Minister der Justiz und des Äußeren, der Chef des Geheimdienstes NIS (des früheren berüchtigten BOSS) und ein Generalleutnant der SADF als Sekretär des SSC. Nach den Vorschlägen des Premierministers für eine „Verfassungsänderung“ aus dem Jahre 1982 ist klar, daß der SSC innerhalb des vorgesehenen Präsidialsystems „das wichtigste funktionale Element werden“ würde.¹¹

Seinem Wesen nach faschistisch, erhält das südafrikanische Regime immer noch eine gewisse formale Demokratie für seine weiße Minderheit aufrecht. Der Trend der Militarisierung beinhaltet schwerwiegende Konsequenzen sogar für diese Überbleibsel.

Im März 1977 stellte General Malan fest, daß es einander widersprechende Erfordernisse zwischen „einer totalen Strategie“ und „dem demokratischen Regierungssystem“ gebe. Im folgenden Jahr wurde General J. Dutton, damals Stabschef der SADF, deutlicher: „Die Erfordernisse der Anwendung der totalen Strategie dürften ein System vereinter Befehlsgewalt, vereinter zentraler Planung begünstigen... Konventionelle Organisationsstrukturen in demokratischen Systemen kommen üblicherweise diesen Vorgehensweisen nicht entgegen. Deshalb dürften sich organisatorische Veränderungen als unumgänglich erweisen.“¹²

Mit alledem fügt sich Südafrika in die Globalstrategie des Imperialismus unter Führung der USA ein. All diese Entwicklungen wären nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung des Imperialismus und seiner „Juniorpartner“ wie Israel: politisch, wirtschaftlich, in Form von Waffenhandel wie Technologietransfer, selbst im Rahmen des Kulturaustauschs.

Die südafrikanische Militärdoktrin sieht Südafrika als regionale Macht im Rahmen der imperialistischen Globalstrategie. So heißt es im offiziellen Jahrbuch von 1975: „Südafrika ist der Schlüssel zu Afrika südlich des Sambesi, einschließlich Angola und Moçambique.“¹³

Anmerkungen:

- 1) Zahlen nach: Fact Paper on Southern Africa, London, Nr. 8/1980; Süddeutsche Zeitung, 14.8.1981; African National Congress (ANC), Informationsbulletin, Bonn, Nr. 7/1982; South Africa 1975. Official Yearbook, Pretoria 1975, S. 319
- 2) Vgl. Sechaba, London, Nr. 6/1982
- 3) Africa Now, London, Februar 1983
- 4) Resister, London, Nr. 21/August-September 1982
- 5) Resister, Nr. 18/Februar-März 1982
- 6) Resister, Nr. 19/April-Mai 1982; Focus, London, Nr. 44/Januar-Februar 1983
- 7) Nach: Fact Paper, a.a.O.
- 8) Nach: New African, London, November 1982; Africa Now, a.a.O.; The Star, Johannesburg, 23.12.1982; Resister, Nr. 22/Okttober-November 1982
- 9) Resister, Nr. 23/Dezember 1982 - Januar 1983
- 10) Fact Paper, a.a.O.; Der Spiegel, Nr. 43/1982
- 11) Focus, Nr. 44/Januar-Februar 1973
- 12) Zit. nach: Fact Paper, a.a.O.
- 13) Official Yearbook, a.a.O., S. 316

AIB-Prämienangebot

Abonnenten werben Abonnenten

Wir bitten unsere Leser um Unterstützung bei der Werbung neuer Abonnenten. Jeder AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, bekommt von uns eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl aus dem unten aufgeführten Titelangbot. Erfolgreiche Werber erhalten die gewünschte Prämie umgehend zugesandt, wenn sie selbst Abonnenten sind und der neue Abonnent das Abo bezahlt oder die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt hat.

Prämien für 1 geworbenen Abonnenten:

Wolfram Bröner/Heinz-Jürgen Nieth
Der Kampf um El Salvador.
Volkserhebung und Intervention
260 Seiten, Pahl-Rugenstein Verlag 1982

Guatemala.
Der lange Weg zur Freiheit
255 Seiten, Peter Hammer Verlag 1982

Jan Metzger/Martin Orth/Ch. Sterzing
Das ist unser Land — Westbank und Gazastreifen unter israelischer Besatzung
320 Seiten, Lamuv Verlag 1980

Hans van Ooyen (Hrsg.)
Der Reagan Report.
Weltmacht USA in Nöten
204 Seiten, Weltkreis Verlag 1982

Autorenkollektiv
AFRIKA. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden
Band 1 oder 2
372 bzw. 297 Seiten, Pahl-Rugenstein 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan
Die Türkei — Republik unter Wölfen
240 Seiten, Lamuv 1981

Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten, Peter Hammer 1981

Peter Schütt
Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.
Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?
264 Seiten, Weltkreis 1981

Günter Giesenfeld
Land der Reisfelder.
Vietnam, Laos, Kampuchea
220 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Ana Guadalupe Martinez
Die geheimen Kerker El Salvadors.
Das Zeugnis der Comandante Guerrillera
205 Seiten, Lamuv 1982

Marianne Cornevin
Apartheid
Mythos und Wirklichkeit
192 Seiten, Hammer 1981

Aufstehen!
Für den Frieden
158 Seiten, Lamuv 1982

Dieter Boris/Renate Rausch (Hg.)
Zentralamerika
Guatemala, El Salvador, Honduras
Nicaragua, Costa Rica
405 Seiten, Pahl-Rugenstein 1983

Ernesto Cardenal
In Kuba. Bericht von einer Reise
388 Seiten, Hammer 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)
Befreiungsbewegungen in Afrika.
Politische Programme . . .
532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez
Viva Sandino! Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
157 Seiten, Peter Hammer 1981

Fritz Noll/Lionel van der Meulen (Hg.)
Buenos Dias Cuba
Reiseführer
190 Seiten, Lamuv 1982

AKAFRIKA/DEAE (Hg.)
Südafrika-Handbuch
Südafrika, Namibia und Zimbabwe
437 Seiten, Jugenddienst 1982

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
Südafrika.
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Frederik Vahle
Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt
240 Seiten, Lamuv 1981

Horst-Eckart Gross/Klaus-Peter Wolf
CHE. Meine Träume kennen keine Grenzen
218 Seiten, Weltkreis 1982

Gabriel Garcia Márquez
Die Geiselnahme
112 Seiten, Hammer 1982

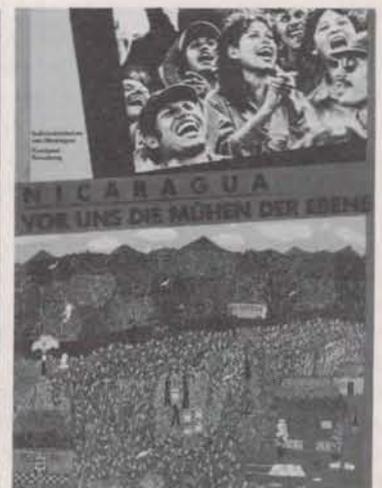
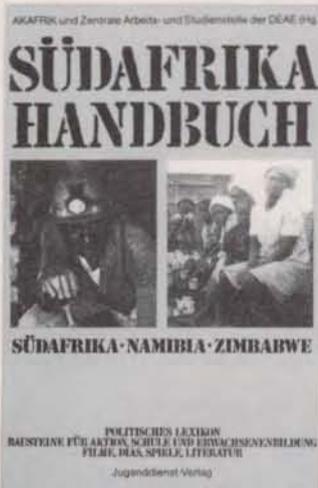
Prämien für 2 geworbene Abonnenten:

Peter Krieg
Der Mensch stirbt nicht am Brot allein.
Lesebuch zum Film „Septemberweizen“
192 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1981

Ernesto Cardenal
Unser Land mit den Menschen die wir lieben
Gedichte. Mit Bildern aus Solentiname und dem neuen Nicaragua
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

C. Rincon/K. Tebbe (Hrsg.)
Nicaragua.
Vor uns die Mühen der Ebene
224 Seiten, Hammer Verlag 1982

Autorenkollektiv
Länder der Erde.
Politisch-ökonomisches Handbuch
7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981





Für Abos und Einzelbestellungen

Ich abonniere das AIB ab Nr. _____/ab sofort.*

Ich bestelle AIB-Sonderheft Nr. _____

(Thema: _____)

Ich bestelle AIB, Nr. _____

Vorname, Name

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr.

BLZ

*Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM; Luftpost: Europa 35,— DM, übrige Länder 50, DM; Förderabo (50,— DM oder mehr): _____ DM. Kündigungen frühestens nach 1 Jahr; Kündigungsfrist 1 Monat.



Zur Weiterempfehlung des AIB

Folgende Leute sollten das AIB auch einmal kennenlernen. Schicken Sie unverbindliche Probeexemplare an:

1. _____
(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

2. _____
(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

3. _____
(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

4. _____
(Name)

_____ (Straße/Hausnummer)

_____ (Ort)

5. _____ (Name)

_____ (Straße/Hausnummer)

_____ (Ort)

6. _____ (Name)

_____ (Straße/Hausnummer)

_____ (Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag
 Liebigstr. 46
 3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag
 Liebigstr. 46
 3550 Marburg 1

**Bestelliste**

Stück	Artikel	Einzel-Preis	Gesamt-Preis
_____	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	12,00	
_____	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00	
_____	Graphikmappe, Rafael Cabrera, (ab 10 Ex. 8,00 DM)	10,00	
_____	Schallplatte „Por la Paz“ der Salvadorianischen Gruppe Banda Tepevani	16,50	
_____	Broschüre „Eine neue interameri- kanische Politik für die 80er Jahre“. Geheimdokument des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, DIN A5, 48 Seiten (ab 10 Exemplare 2,70 DM)	3,00	
_____	T-Shirt, weiß mit Aufdruck „FMLN-EI Salvador vencera“ und einem FMLN-Kämpfer Größen 4, 5 und 6	15,00	
_____	Anhänger ASK-Taube aus Silber	14,00	
_____	Anhänger ASK-Minitaube aus Silber	9,00	
_____	Silberkettchen , dazu passend	7,00	
_____	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen m. Stecker, Paar	27,50	
_____	Ohrstecker ASK-Taube aus Silber, Paar	19,80	
_____	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Silberbügel, Paar	23,00	
_____	Anstecker ASK-Taube aus Silber	19,00	
_____	Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau	5,00	



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**

**1
Pfund
12,-DM**

Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:

Four vertical lines for the sender's address on the postcard.

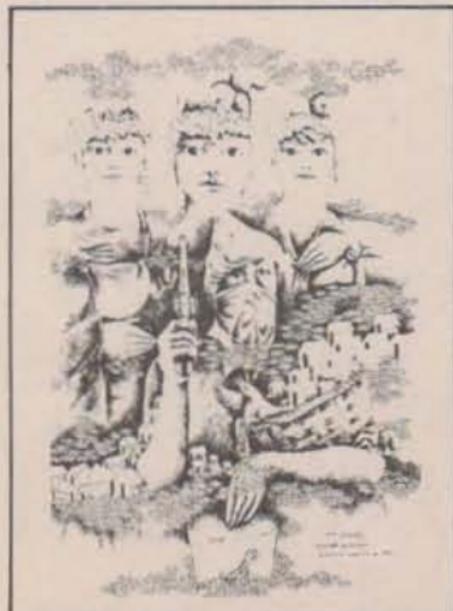


An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1



Plakatmappe „Nicaragua Libre!“
mit 15 Plakaten aus dem freien
Nicaragua, DIN A3, alle Plakate
mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadoriani-
schen Künstlers Rafael Cabrera,
5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Ge-
dichten von Neruda, Cardenal,
Vega, DIN A4 Überformat, s/w,
Stück 10,— DM, ab 10 Ex. 8,— DM



Anhänger ASK-Taube aus Silber,
Stück 14,— DM



Orhänger ASK-Taube aus Silber,
an Kettchen mit Stecker,
Paar 27,50 DM

Anhänger ASK-Taube aus Ton,
braun oder blau, Stück 5,— DM



Die Kampagne gegen Bothas Verfassungsreform ist eine der ANC-Aufgaben im Jahr 1983

Oliver Tambo

Die Aufgaben des ANC 1983

Innerhalb des Apartheidsystems gibt es keinen Ausweg aus der Krisensituation. Die wahre Lösung liegt im Sieg der revolutionären Kräfte, im Abbau der Apartheidmaschinerie und in der Übertragung der politischen und ökonomischen Macht an die demokratische Mehrheit. In dem Maße, wie unsere Kräfte gegen den Feind vorrücken, wird dieses unser langgehegtes Ziel mit jedem Jahr klarer und greifbarer. (...)

Letztes Jahr erklärten wir, daß unsere Bewegung nicht nur ein Gegner des Apartheidregimes ist, sondern tatsächlich zu einer alternativen Macht geworden ist, die die bewußte und aktive Unterstützung der Mehrheit unseres Volkes für sich gewonnen hat. Die Gültigkeit dieser Einschätzung ist durch die Ereignisse voll bestätigt worden.

Indem sie darauf beharren, ihre rassistische Herrschaft zu zementieren und Superprofite aus dem Schweiß schwarzer Arbeiter zu ziehen, mißdeuten die herrschenden Rassisten weiterhin die Lehren aus der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit. Aus diesem Grunde sind sie entschlossen, unsere Gesellschaft in die schlimmste aller menschlichen Katastrophen zu stürzen.

Im scharfen Gegensatz zur gegnerischen Strategie rassistischer und ethnischer Zergliederung treten der ANC und seine Verbündeten weiterhin kämpferisch für das Ideal einer ungeteilten, nicht rassistisch definierten und demokratischen Gesellschaft für alle unsere Menschen, schwarz und weiß, ein. Das Dokument unserer Politik, die 1955 angenommene Freiheitscharta (Wortlaut in: AIB-Sonderheft 1/1977, S. 4-5), hat nicht nur die Prüfungen der Zeit bestanden, sondern gewinnt die Herzen und die Hirne einer wachsenden Zahl unserer Menschen – einschließlich ehrlicher Patrioten und Demokraten auch in der weißen Gemeinschaft.

Aus diesem Grunde hat das Botha/Malan-Regime eine Gegenoffensive gestartet, um den ANC politisch zu vernichten, seine Führer zu liquidieren, seine Aktivisten und Helfer zu vernichten und möglichst schon den Mut zur Freiheit zu zerstören sowie unserer breiten Bewegung zur nationalen Befreiung den größtmöglichen Schaden zuzufügen. (...)

Im Mittelpunkt dieser Gegenoffensive steht – typisch für alle Kolonialisten und Unterdrückerklassen – die schmut-

zige politische und ideologische Kampagne zur Diskreditierung unserer Strategie und Politik innerhalb und außerhalb des Landes, unter Ausnutzung der staatlichen Propagandamaschinerie.

Selbstverständlich gehen die diese ideologische Offensive begleitenden Verhaftungen, Inhaftierungen, körperlichen und seelischen Folterungen von Anti-Apartheid-Aktivisten und Demokraten wie auch deren Ermordung unvermindert weiter. Einige der jüngsten Fälle, in denen Patrioten von der faschistischen Polizei in der Haft umgebracht wurden, sind die von Moabi Dipale, Neil Aggett u.a.

Auffällig an dieser Strategie des Feindes ist auch die Benutzung des Attentats als Waffe. Zu einigen der Opfer gehören unsere teuren Genossen Joe Gqabi in Harare/Zimbabwe, Griffiths Mxenge in Durban, Petrus und Jabu Nyaose in Swasiland und Ruth First in Moçambique.

Angesichts dieser entschlossenen feindlichen Gegenoffensive müssen wir mit unserer ganzen Stärke zurückschlagen und dabei sicherstellen, daß die Millionen unseres Volkes sich im Kampf engagieren. Zur Erhöhung unserer Offensivkraft müssen wir

- das Volk zu einer starken demokratischen Massenorganisation zusammenfassen;
- alle Revolutionäre in Untergrundeinheiten des ANC organisieren;
- alle Kämpfer in Einheiten des Umkhonto we Sizwe organisieren;
- alle demokratischen Kräfte in einer nationalen Befreiungsfront organisieren.

Weite Teile unseres Volkes sind noch unorganisiert. Wir sollten diese Situation nicht länger zulassen. Es ist eine wesentliche Voraussetzung für unseren Sieg, daß die Massen unseres Volkes als bewußte und geeinte Kraft in den Kampf eintreten. Das erfordert, daß diese Massen ihre eigenen demokratischen Organisationen haben müssen, die sie mobilisieren, leiten und durch die sie ihrem eigenen Standpunkt selbst Gehör verschaffen können.

Bislang ist erst eine kleine Minderheit der schwarzen Arbeiter in Gewerkschaften organisiert. Es ist die Aufgabe der

bestehenden demokratischen Gewerkschaftsbewegung, sicherzustellen, daß die unorganisierten Arbeiter tatsächlich organisiert werden. Dieser Organisierungsschub muß auch die Arbeiter in den Bergwerken und der Landwirtschaft umfassen. Wir müssen unbedingt alle Anstrengungen darauf richten, zu gewährleisten, daß jeder Arbeiter einer demokratischen Gewerkschaft angehört.

Daher richten wir mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft einen besonderen Appell an die demokratische Gewerkschaftsbewegung, erneut zusammenzukommen und dann mit Erfolg einen Plan für die einheitliche Aktion der demokratischen, nichtrassistischen Gewerkschaftsbewegung zu entwerfen und zu verabschieden. Es gibt kein Hindernis, das so groß wäre, daß es uns von der Erreichung dieses Zieles abhalten könnte.

Auch die Situation auf dem Lande verlangt nach kühnen und schnellen Maßnahmen zur Errichtung oder Stärkung der Volksorganisationen unter den ländlichen Massen, die auf eine Weise und in einem Maße leiden, die nicht zu beschreiben sind. (...)

Zusammen mit dem Volk die Probleme lösen!

Während die Aufgabe, die demokratische Massenbewegung aufzubauen, auf den Schultern der patriotischen Kräfte unseres Landes in ihrer Gesamtheit liegt, haben die Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses dabei eine besondere Verantwortung. (...)

Die Menschen erwarten von uns, daß wir sie zum Siege führen. Sie erwarten, daß wir die Frage beantworten, gemeinsam mit ihnen, im Kampf und in der Aktion – nämlich die Frage: **Was tun?**

Wir müssen uns daher selbst die Frage vorlegen: Sind wir organisiert genug, stark genug, diszipliniert und engagiert genug, um unseren Verpflichtungen gegenüber dem Volk nachzukommen?

Laßt uns alles dies an diesem 71. Jahrestag unserer Organisation offen und ehrlich beantworten, um alle früheren Fehler zu korrigieren und aus unserer Erfahrung zu lernen mit dem Ziel, den ANC im Lande zu einer gewaltigeren organisierten Kraft aufzubauen, als er heute ist.

Der Afrikanische Nationalkongreß ist eine Bewegung von Patrioten. Er führt die Massen im Kampf zur Zerstörung des Rassistenregimes, zur Übertragung der Macht an das Volk und zur Verwirklichung der in der Freiheitscharta enthaltenen Ziele. Er vertritt eine Strategie, die die revolutionäre politische Massenaktion mit dem bewaffneten revolutionären Kampf verbindet.

Als Mitglieder des ANC müssen wir, zusammen mit dem Volk, in der Tat helfen, alle Probleme zu lösen, die geeignet sind, den Fortschritt des Kampfes zu verlangsamen, eine klare Perspektive dafür entwickeln, wie es weitergehen soll, und diese Perspektive in ein konkretes Aktionsprogramm umsetzen.

In diesem Jahr werden wir den 20. Jahrestag der Verhaftungen von Rivonia begehen. Aufgrund eines Beschlusses der Vollversammlung der Vereinten Nationen wird die internationale Gemeinschaft diesen Jahrestag begehen, indem sie die Kampagne zur sofortigen und bedingungslosen Freilassung aller südafrikanischen politischen Gefangenen weiter intensiviert. Wir, das Volk von Südafrika, müssen millionenfach in der vordersten Front dieser Kampagne stehen.

Aber wir müssen diesen Jahrestag auch begehen, indem wir dem Beispiel nachzueifern suchen, das uns diese hervorragenden revolutionären Patrioten gesetzt haben, die schon seit zwei langen Jahrzehnten in Gefangenschaft sind. Ihnen nachzueifern heißt, daß wir für jeden Mandela, Sisulu,

Mbeki, Kathrada, Goldberg, für jeden Motsoaledi, Gwala, Nyembe oder Hogan, den der Feind gefangen genommen hat, 1.000 andere schaffen müssen, die ihre Stelle einnehmen.

Wir haben die Pflicht, selbst Opfer in dem Kampf zu bringen, dem sie ihr Leben widmeten. Wir müssen in ihre Fußstapfen treten, von ihren Erfahrungen lernen, von ihrem Mut beseelt werden und uns von derselben Liebe zum Volk und derselben Hingabe an die Sache der Freiheit inspirieren lassen, die ihre Namen nicht nur in Südafrika, sondern in der ganzen Welt allgemein bekannt gemacht haben.

Der Feind verläßt sich entscheidend auf die Anwendung von Gewalt, um sich zäh an der Macht zu halten. Wir müssen seinem mörderischen Ansturm begegnen, indem wir den bewaffneten Kampf verstärken. Unsere Aufgabe ist es deshalb, die Kampffähigkeit des Umkhonto we Sizwe (bewaffneter Arm des ANC; d. Red.) innerhalb Südafrikas weiter zu stärken, mit dem unmittelbaren Ziel, unsere Offensive zu eskalieren. Die Massen unseres Volkes müssen Teil dieser großen revolutionären Armee Umkhonto we Sizwe werden und sein. (...)

Schlüsselemente in der Überlebensstrategie des Feindes und der Zementierung des Apartheidsystems bilden die Vorschläge, die vom sog. Präsidialrat unterbreitet wurden. Kernstück dieses Planes ist die Kooptierung (Einbeziehung) der sog. Gemeinschaften der Farbigen und Inder unserer Bevölkerung als Werkzeuge, die zur Festschreibung der weißen Minderheitsherrschaft benutzt werden sollen. Es beginnt der weißen Minderheit zu dämmern, daß sie allein, ohne Hilfe, nicht in der Lage ist, die Lebenszeit der Apartheid zu verlängern.

Der jüngste Beschluß der Südafrikanischen Arbeiter-Partei (SALP), die Pläne des Präsidialrates zu unterstützen und bei ihrer Ausführung mitzuwirken, muß deshalb vorbehaltlos verurteilt werden. Der Afrikanische Nationalkongreß ruft alle unsere Menschen in der sog. Farbigengemeinschaft auf, diesen Beschluß zurückzuweisen und allen Versuchen eine Abfuhr zu erteilen, sie in das Lager des Unterdrückers zu ziehen, sie gegen die Mehrheit des Volkes von Südafrika auszuspielen, sie einzusetzen gegen die Völker des Südlichen Afrika und des gesamten Kontinents, sie gegen die internationale fortschrittliche Gemeinschaft zu stellen.

Die Kampagne zur Zurückweisung und Vereitelung der konterrevolutionären Verfassungspläne des Feindes ist Aufgabe aller patriotischen Südafrikaner: Afrikaner, Inder und demokratischer Weißer – über die Menschen in der Farbigengemeinschaft hinaus. Es kann keine Lösung des südafrikanischen Problems ohne die Übertragung der Macht in die Hände der Mehrheit geben.

Im Laufe dieses Jahres wird das Botha-Regime versuchen, seine Gesetzesvorlage zur sog. ordnungsgemäßen Um- und Ansiedlung schwarzer Personen zu verabschieden und zur Ausführung zu bringen. Mit dieser Vorlage wird beabsichtigt, den Völkermord in einem neuen und nie dagewesenen Ausmaß zu legalisieren.

Sie zielt darauf ab, die afrikanischen Arbeiter wie nie zuvor zu versklaven, und wird im Endergebnis, in Verfolgung des widerwärtigen Planes, Südafrika weiß zu machen, die Deportation von Millionen unseres Volkes in Bantustans bedeuten. Wir müssen eine sorgfältig abgestimmte Kampagne in Gang setzen, um diesen Nazi-Gesetzentwurf mit seinen Absichten zu Fall zu bringen. Es muß ihm im nationalen Maßstab mit jedem möglichen Mittel Widerstand entgegengesetzt werden. (...)

(Quelle: Oliver Tambo, Statement of the National Executive Committee of the African National Congress on the Occasion of the 71th Anniversary, Lusaka, 8.1.1983; hektografiert)

Bilanz der südafrikanischen Guerilla

(...) Vor 21 Jahren, am 16. Dezember 1961, gab der Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation; MK) erstmals durch organisierte Sabotageakte in größeren Städten Südafrikas seine Entstehung bekannt. Bald ging aus der Untergrundpresse und später aus der Aussage von Nelson Mandela als Hauptangeklagtem im Rivionaprozeß (1964; d. Red.) gegen Führer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) hervor, daß der MK, wie der bewaffnete Arm im Volke genannt wird, in der Tat von der revolutionären Allianz unter Führung des ANC ins Leben gerufen worden war und unter ihrer politischen Leitung steht.

Der Kreis der Geschichte hatte sich geschlossen – aber zu einer anderen Zeit und unter veränderten Bedingungen. Der bewaffnete Widerstand, die Hauptform des afrikanischen Widerstands gegen den holländischen wie auch gegen den britischen Kolonialismus während mehr als 2 1/2 Jahrhunderten, wurde als entscheidendes Element im Kampf für politische Freiheit in Südafrika wieder aufgegriffen.

Das südafrikanische Volk hatte keine Wahl. Das Manifest des MK erklärte es so: „Im Leben jeder Nation kommt die Zeit, da nur zwei Möglichkeiten bleiben – unterwerfen oder kämpfen. Diese Zeit ist in Südafrika nun gekommen.“

Es ist unmöglich, hier alle Ereignisse zu behandeln – und noch weniger, all das zu besprechen, was während der letzten 70 Jahre passiert ist. Wir werden uns hier auf die bedeutenderen Ereignisse konzentrieren und sie verallgemeinern, um die Grundlage der gegenwärtigen Entwicklung aufzuzeigen.

Die Wahl zwischen Unterwerfung und Kampf

Der Aufstand von Soweto 1976 führte zum Massaker an über 1.000 jungen Menschen, zu Verhaftungen, Morden in der Haft und vielem anderen mehr.

Am 19. Oktober 1977 unternahm das Regime einen weiteren Schritt gegen das südafrikanische Volk. Das unterschiedslose Verbot von 19 schwarzen Organisationen – Wohlfahrts- und Kirchengruppen, Schriftstellerverbänden, Journalisten- und Frauenorganisationen, kulturellen und Schwarze-Bewußtseins-Organisationen und zweier schwarzer Zeitungen – zeigte klar, daß das rassistische Regime nicht bereit war, irgend etwas, selbst die friedfertigen Stimmen und Formen kulturellen und nationalen Ausdrucks, zu tolerieren, die sich das Volk frei ausgesucht hatte. Sie betrachteten das als die „Endlösung“ der Krise.

Wenn wir bedenken, daß sich zwischen Januar 1977 und Oktober 1982 mindestens 150 Fälle bewaffneter Aktivitäten ereigneten, die vom MK angeregt oder ausgeführt wurden, wird diese „Endlösung“ zur reinen Selbsttäuschung. Diese Periode hat die anhaltendste und, was sein Ausmaß betrifft, die eindrucksvollste organisierte gewaltsame Auflehnung in Südafrika nach dem Kriege gesehen.

Es ist unmöglich, genaue Details und exakte statistische Angaben zu machen. Die Einschätzungen sind, entsprechend der Lage der Dinge in Südafrika, vorsichtig, weil sie Zeitungsberichten und öffentlichen Gerichtsverfahren entnommen wurden. Die Tatsache, daß die Nachrichten über das Stattfinden einiger der Angriffe erst zwei oder drei Jahre, nachdem sie passierten, (im Verlaufe von Gerichtsverhandlungen) durchsickerten, läßt vermuten, daß die Behörden

manchmal die weniger allgemein auffälligen Aktionen von MK-Guerilleros verschweigen.

Als Ergebnis der Empfehlungen der Steyn-Kommission über die Medien (der 1982 dem Parlament vorgelegte Bericht empfahl eine stärkere Kontrolle der Medien; d. Red.) wurden die Journalisten von der Regierung angewiesen, von Guerillaaktivitäten „nicht in sensationeller“ Weise zu berichten – was auch wiederum zu verschiedenen Formen von Zensur führen kann. Einige Gerichtsprozesse werden gar nicht in der Presse behandelt.

Es ist schwierig, das Ausmaß der Verheimlichung zu beurteilen. Die Behörden geben auch andere Erklärungen für bestimmte Vorfälle, die Sabotage sein könnten, und es gibt keine Möglichkeit, die Richtigkeit dieser Erklärungen zu überprüfen – außer man fragt den ANC.



Z.B. wurde ein Feuer im Kernkraftwerk Koeberg auf einen „Unfall“ oder eine „technische Panne“ zurückgeführt. Offizielle Geheimhaltung wird öfter praktiziert, wenn Soldaten oder Verteidigungseinrichtungen in Vorfälle verwickelt sind, sowie bei Angriffen, die in verlassenen oder abgelegenen Gegenden auf dem Lande stattfinden.

Die MK-Angriffe zwischen Januar 1977 und Oktober 1982 konzentrierten sich auf viele verschiedene Ziele. Einige davon sollen hier aufgelistet werden. So ist **Sabotage von Eisenbahnverbindungen** eine der Kampfformen gewesen. Während der genannten Zeit gab es 33 gemeldete Zwischenfälle.

Eisenbahnverbindungen zwischen Stadtzentren und afrikanischen Townships (ausschließlich schwarze, gettoähnliche Vorstadtsiedlungen; d. Red.) waren das häufigste Ziel von



Joe Slovo Den Volkskrieg entwickeln

Joe Slovo, Witwer der im August 1982 durch eine Briefbombe des südafrikanischen Geheimdienstes ermordeten Journalistin Ruth First, ist eine der führenden Persönlichkeiten des bewaffneten Arms des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation). In einem Interview machte er kürzlich zum Charakter des Volkskrieges, seinen militärischen und politischen Aspekten, folgende Ausführungen:

Ich freue mich, daß Sie den Begriff „Volkskrieg“ gebrauchen, denn es sind genau diese Worte „Krieg des Volkes“, die unsere Aufgaben bei der weiteren Entfaltung des bewaffneten Kampfes bestimmen. Unsere Aufgabe ist es, das Volk mehr und mehr wirklich aktiv in den Kampf einzubeziehen und nicht bloß als sympathisierende Betrachter, nicht als Leute, die die mutigen Taten unserer Kader bejubeln und die trauern, wenn einige von ihnen vom Feind gefangen und vernichtet werden. Wenn wir vom Krieg des Volkes in einem Sinne reden, wie wir es tun, bedeutet die Aufgabe der Entfaltung des Kampfes, diese Worte Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Geduld des Volkes ist nicht endlos

Es ist uns möglich geworden, unser Handeln so zu verändern, daß es den Worten „Krieg des Volkes“ sehr viel näher kommt... Wir wissen, daß der bloße Erfolg von Aktionen durch die Anwendung eines spezifischen Bündels von Taktiken die Situation ändert und neue Aufgaben wie auch neue Taktiken hervorbringt. Präsident Oliver Tambo ... hat in seinen letzten Reden klargemacht,

daß wir in eine neue Phase eintreten, in der wir die mörderischen und terroristischen Taktiken des Feindes gegen Zivilisten, Frauen, Kinder und unbewaffnete Flüchtlinge durch mehr beantworteten müssen, als nur durch Schläge gegen wirtschaftliche Ziele.

Wir waren sehr geduldig. Das entspricht der Geschichte des ANC, den einige kritisiert haben, er hätte überreichlich Geduld. In den ersten 50 Jahren seiner Existenz hatte er die Geduld zu hoffen und das Volk in dem Versuch zu organisieren, den Wandel ohne illegale Handlungen und ohne Gewalt herbeizuführen.

In der ersten Phase unseres bewaffneten Kampfes (ab 1961; d. Red.) gab es – und wir sind dafür gelobt worden – die Geduld, unsere Aktivitäten so anzulegen, daß der Verlust unschuldigen Blutes möglichst niedrig blieb. In der Tat hat uns diese Begrenzung, die wir uns selbst auferlegt haben, von der Vollbringung größerer Taten abgehalten.

Es gibt kein Beispiel, auf das der Feind verweisen könnte, daß wir eine weiße Frau oder ein weißes Kind getötet oder ermordet hätten, wie sie es in Maseru getan haben. Es gibt kein Beispiel, auf das der Feind verweisen könnte, daß wir bei unseren Aktionen wahllos in Häuser gefeuert hätten, ohne zu durchschauen, wer sich in ihnen befindet oder ob die Leute darin gar etwas mit dem Feind zu tun haben. So haben wir uns verhalten.

Aber, wie es das Manifest des Umkhonto we Sizwe formuliert, ist die Geduld des Volkes nicht endlos. Jetzt ist endgültig der Zeitpunkt erreicht, an dem wir unseren Kampf auf eine qualitativ höhere Ebene heben müssen.

(Quelle: Sechaba, London, April 1983)

Saboteuren. Ein interessanter Aspekt dieser „Eisenbahnkriegsführung“ ist, daß sie an die alltäglichen Nöte des Volkes anknüpft: Im letzten Bericht über solche Aktivitäten ging es um eine Bombe, die die Polizei entschärfen konnte und die an einer Brücke über den Oranjefluß bei Upington gelegt worden war. Dies ist eine Bahnlinie, die Südafrika mit Namibia verbindet, und dieser Zwischenfall kündigt möglicherweise weitere Versuche an, diese Schlüsselstrecke für Truppenbewegungen zu unterbrechen.

Andere Ziele sind **Industrieanlagen** – 25 Vorfälle. „Lieblings“ziele sind bislang Elektrizitätswerke und Öltanks gewesen, z.B. die SASOL-Ölraffinerie.

Es gab auch **Morde und Attentate auf Einzelpersonen** – afrikanische Sicherheitspolizisten, Gemeinderäte und ehemalige ANC-Mitglieder, die als Zeugen der Anklage in politischen Prozessen aufgetreten waren oder in der einen oder anderen Art die Organisation verraten hatten. Insgesamt gab es 35 solcher Fälle. Der ANC hat in solchen Fällen, wie ein afrikanischer Elefant, ein Langzeitgedächtnis bewiesen.

Der Krieg kommt in die Städte

Die Behörden haben 19 Fälle von **Zusammenstößen zwischen MK-Kämpfern und Polizei- oder Armeeeinheiten (Soldaten)** zugegeben. Neuerdings hat sich der Ort solcher Konflikte mehr in die größeren städtischen Townships verlagert. Die Berichterstattung über solche Vorfälle wird durch die Gesetzgebung zur Landesverteidigung eingeschränkt.

Jedoch wurde eine nicht näher genannte Zahl von Feuergefechten eingeräumt, die im Juni 1979 im Nordtransvaal und in Boputhatswana zwischen Sicherheitskräften und MK-Kämpfern stattgefunden haben. Dabei halfen L. Mangopes („Präsident“ des Bantustans Boputhatswana; d. Red.)

Soldaten, MK-Guerilleros aufzuspüren und auch zu töten.

Es wurde auch von 15 Zwischenfällen berichtet, bei denen **Bomben in Stadtzentren, Einkaufsvierteln, öffentlichen Gebäuden und Vergnügungszentren** gelegt wurden. Sie waren normalerweise zeitlich so eingestellt, daß sie außerhalb der normalen Geschäftszeit explodierten.

Ferner gibt es **Angriffe auf Verwaltungsgebäude**. Es wurden über 14 **Angriffe auf Regierungsbüros** berichtet, **Gebäude, die zu den regionalen Verwaltungskörperschaften gehören (Körperschaften, die für die Verwaltung der afrikanischen Townships verantwortlich sind)**.

Als eine Bombe im Obergericht von Langa in Kapstadt gelegt wurde, war das Ziel, die Zuwanderungskontrolle durch Vernichtung von Akten zu behindern. Haß und Unmut sind tief in der afrikanischen Bevölkerung verwurzelt.

Die Angriffe auf diese Regierungseinrichtungen wurden begleitet von Anschlägen gegen jene Institutionen, die den Anschein einer Zusammenarbeit Schwarzer mit Weißen wecken oder ein gewisses Maß davon aufweisen. Der Angriff auf den städtischen Selbstverwaltungsrat von Soweto im Dezember 1978 und den Bürokomplex des Präsidentsrats (Kapstadt, 1982; d. Red.) scheinen das zu belegen. Wieder einmal hat sich der MK durch diese Angriffe mit den Sorgen der Leute vor Ort verbunden gezeigt.

Ein weiteres Beispiel dafür war die Bombardierung des Gemeindezentrums von Orlando, eine Aktion, die durch einen Mietstreik in diesem Stadtteil angeregt wurde. Das Zentrum beherbergte die Mieteinzugsbüros der Verwaltungskörperschaft des West-Rand-Gebietes.

Seit 1979 waren **Polizeistationen** das Ziel von Guerillaanschlägen mit hochentwickelter Bewaffnung – alles in allem 13 Vorfälle. Raketenerwerfer (des Typs RPG-7) sind seit dem Angriff auf Booysens benutzt worden. Die Ziele lagen durchweg entweder in afrikanischen Townships oder in den

Bantustans – nur bei einer Gelegenheit war die Aktion gegen eine Polizeistation in einem weißen Wohngebiet gerichtet, im Arbeitervorort Booyens zwischen Johannesburg und Soweto im April 1980.

Seitdem werden Polizeistationen, vor allem auf dem Lande, mit Sandsäcken und schußsicheren Glastrennwänden abgesichert. Obwohl es nur drei **Angriffe auf militärische Anlagen** gab, hat der Raketenangriff auf die Militäranlage von Vortrekkerhoeft bei Pretoria überzeugend die wachsende technologische Sachkenntnis der ANC-Guerilleros und die Qualität ihrer Organisation bewiesen.

Es hat in den Stadtzentren auch vom ANC und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) geworfene Flugblattbomben gegeben. Wir können diese Vorfälle mit den folgenden Worten verallgemeinern: der größte Anteil der berichteten Vorfälle fand in afrikanischen Townships statt, gefolgt von denen in Hauptgeschäftsbezirken großer Städte und schließlich einer kleineren Zahl auf dem Lande. Die Angriffe konzentrierten sich hauptsächlich auf Johannesburg und Durban, also auf Transvaal und Natal.

Die Angriffe belegen ein feines Gespür von Seiten des MK gegenüber den lokalen Bedingungen: ein Angriff auf eine Polizeistation in Sokmeaar im Nordtransvaal zielte darauf ab, den bewaffneten Kampf mit dem Widerstand des Batlokwalvolkes zu kombinieren oder in Verbindung zu bringen, die gegen die Vertreibung bzw. gewaltsam erzwungene „Umsiedlung“ anzukämpfen.

Es scheint im ANC derzeit einen Überlegungsprozeß über die nächste Phase oder Form des verschärften Angriffs zu geben. Oliver Tambo, der Präsident des ANC und Vorsitzende des Revolutionsrats, drückte diese Überlegungen aus, indem er in Harare/Zimbabwe sagte: „Wir gehen von Sabotageakten dazu über, den Feind von Angesicht zu Angesicht anzugreifen.“

Was waren die Auswirkungen dieser Angriffe? Es sind keine Gesamtangaben erhältlich, aber ein paar Beispiele dienen dazu, die Folgen einiger dieser Angriffe zu illustrieren.

Die Instandsetzung des Umspannwerkes in Larmontville bei Durban nach seiner Beschädigung durch Minen kostete 2 Mio Rand (1 Rand = 2,20 DM; Stand Ende 1982). Der Schaden an den Automobilausstellungshallen in Durban im Juli 1981 betrug mehr als 250.000 Rand (Sunday Express, Johannesburg, 21.8.1981), und die Angreifer eines Militärlagerquartiers in Durban zerstörten ein Jahr später Ausrüstungen im Wert von 100.000 Rand (...)

Laut Sunday Express vom 21. Mai 1980 gab der Landwirt-

schaftsverband von Transvaal bekannt, daß nahezu 1.000 Farmen zwischen Zeerust im Süden und Messina im Norden leerstehen; in der Gegend zwischen Messina und Zoutpansberg, direkt an der Grenze zu Zimbabwe und Moçambique, sind fast 45% der Farmen geräumt.

Und die Londoner Sunday Times vom 17. November 1982 berichtete: „Weiße Farmer verlassen die guerillabedrohten nördlichen Gebiete Südafrikas in solcher Zahl, daß das Kabinett Pieter Bothas erwägt, ein Gesetz einzubringen, das Besitzer zwingt, mindestens eine weiße Person auf jeder Farm zu lassen, die an Zimbabwe, Botswana und Moçambique grenzt. Die Regierung plant auch, Gelder freizugeben, um mehr Menschen und Industriebetriebe in die Grenzgebiete zu ziehen und sie schließlich in ein Verteidigungsnetzwerk mit den Farmen einzubeziehen.“

Hauptangriffe in Johannesburg und Durban

Hendrik Schoemann, ein früherer Landwirtschaftsminister, verblüffte Parlamentsmitglieder kürzlich mit einer Warnung, derzufolge „ein Terrorist vom Limpopofluß schnurstracks bis Pietermaritzburg marschieren könnte, ohne seinen Fuß auf eine Farm setzen zu müssen, die von Weißen bewohnt ist.“

Viele verlassene Farmen sind als Wochenenddomizile von reichen Johannesburger Geschäftsleuten übernommen worden, die an Wochenenden Safaris veranstalten, aber während der Woche den Besitz in den Händen afrikanischer Verwalter zurücklassen. An der Grenze zu Botswana liegen zur Zeit 43% der Farmen brach, an der Grenze zu Zimbabwe 39% und an der zu Moçambique 14%.

Übergriffe von ANC-Guerilleros sind hauptsächlich Überfälle kleinerer Gruppen auf ausgewählte Ziele gewesen. Aber die Zahl ist gewachsen: mehr als 40 Sabotageakte in den ersten 9 Monaten dieses Jahres (1982; d. Red.) im Vergleich zu 10 im Jahre 1980. Das sind die Angaben eines Feindes, dem es widerstrebt, das steigende Maß und den Grad der voranschreitenden Revolution zuzugeben. Die Erfahrung lehrt, daß diese Zahlen um ein Vielfaches erhöht werden müssen, um der Wirklichkeit nahe zu kommen.

Dies sind einige der Leistungen des ANC und des Umkhonto we Sizwe in den letzten Jahren. Da der Kampf intensiver wird, kann man schon in naher Zukunft mit noch größeren Leistungen rechnen.

(Quelle: ICSA-Bulletin, London, Nr. 22/Dezember 1982)



... heißt der Titel eines Heftes, daß die Informationsstelle Südliches Afrika e.V. in Bonn als Dezember-Ausgabe ihrer Monatszeitschrift vor kurzem herausgebracht hat.

Das Heft spricht die verschiedenen Bereiche schwarzer Kultur an und läßt neben beschreibender und analytischer Stellungnahme vor allem die schwarzen Künstler selbst zu Wort kommen. So finden sich Gedichte von James Matthews neben einem Interview mit der Autorin Miriam Masoli Tlali. Eindrücke und Beobachtungen vom Symposium "Kultur und Widerstand", das im Sommer 1982 in Botswanas Hauptstadt Gaborone stattfand, sind ebenso anzutreffen wie Bilder aus der Befreiungsoper "Kalahari" des Pianisten Abdullah Ibrahim, bei uns eher bekannt als Dollar Brand. Ein Interview mit dem Maler und Bildhauer Gerald Sekoto, der seit 1947 im Pariser Exil lebt, steht neben einem Bericht über Musik unter dem Apartheid-System.

Dieses Einzelheft 12 '82 ist für 5 DM bei issa zu beziehen

ABONNEMENT

DM 10,00 Einzelpersonen In- u. Ausland
DM 60,00 Institutionen und Förderer
DM 55,00 Luftpost

issa - informationsstelle südliches afrika
Blücherstraße 11
5300 Bonn 1

Name

Straße

Ort

Datum

Unterschrift



Rainer Falk

UNCTAD VI und die Verschuldungskrise

Schon vor Beginn der VI. Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), die vom 6.-30. Juni 1983 in Belgrad stattfindet, ist klar: Die Lage der Entwicklungsländer ist wesentlich schlimmer als vor der letzten UNCTAD 1979 (siehe AIB 7-8/1979, S. 70-72). Die Aussichten für konsequente Gegenmaßnahmen sind noch schlechter als damals.

Die Ursachen sind vor allem in der tiefen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft und ihren Konsequenzen für die Dritte Welt zu suchen. UNCTAD VI will dieser Situation dadurch gerecht werden, daß sie das Thema „Die Lage der Weltwirtschaft und die Entwicklung“ an die erste Stelle der umfangreichen Tagesordnung gesetzt hat.

Darüber hinaus stehen drei Hauptfragen im Mittelpunkt der Debatte: die Lage auf den Rohstoffmärkten, der ausufernde Protektionismus der kapitalistischen Industrieländer gegen die Fertigwareneinfuhren aus der Dritten Welt und nicht zuletzt Währungs- und Finanzfragen, vor allem die immer bedrohlicher werdende Verschuldung der Entwicklungsländer.

Während viele Kommentatoren hierzulande in UNCTAD VI wieder einmal eine „letzte Chance“ für den Dialog zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern sehen, hat die Gruppe der 77 (der aus inzwischen über 120 Ländern bestehende wirtschaftliche Zusammenschluß der Dritten Welt) auf ihrer Vorbereitungstagung in Buenos Aires (5.-9. April 1983) in eindringlichen Worten darauf hingewiesen, daß „die Spannungen und die sozialen Konflikte in dem Maße zunehmen und den Weltfrieden gefährden werden, wie sich die Krise vertieft“.

Sie fordert die Industrieländer auf, „gemeinsam mit den Entwicklungsländern Formeln für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung zu suchen, die eine wirksame Wiederbelebung der Weltwirtschaft und raschen Fortschritt der Entwicklungsländer zu bewirken geeignet sind“.¹

Letzte Chance für den „Nord-Süd“-Dialog?

Unter dem Aspekt der Bewältigung der Krise und ihrer Auswirkungen in der Dritten Welt scheinen die Zentralthemen von UNCTAD VI richtig gewählt. Aber selbst diese Tagesordnung kam gegen die Stimme der USA zustande. Und die Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den Entwicklungsländern beginnen schon bei der Diagnose des gegenwärtigen Zustands.

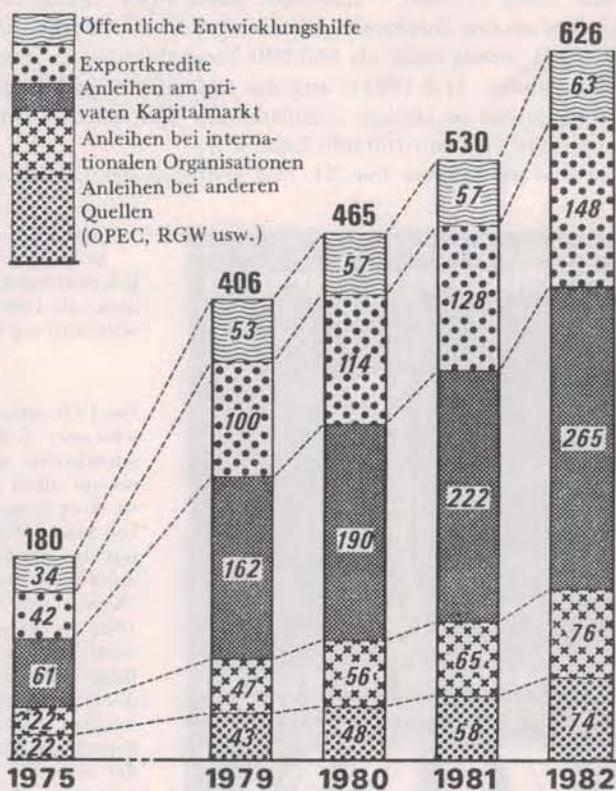
Im Sog der kapitalistischen Krise ist das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer jetzt auf 1,5% (1982; vorläufige Schätzung) zurückgegangen. Bei einem anhaltend hohen Bevölkerungswachstum bedeutet dies für nahezu alle Länder der Dritten Welt (mit gewissen Ausnahmen bei den „Schwel-

lenländern“) einen realen Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens. Bei einigen, besonders lateinamerikanischen, Ländern nahm dies 1982 dramatische Ausmaße an: Chile und Uruguay z.B. verzeichneten einen Rückgang ihres Pro-Kopf-Einkommens um 14,3% bzw. 10%.²

Der spektakulärste Ausdruck der Krise der Dritten Welt war im vergangenen Jahr ihre wachsende Auslandsverschuldung, die bei einigen Entwicklungsländern zur vorübergehenden Zahlungsunfähigkeit führte. Seit 1979 ist die Zahl der Fälle, in denen einzelne Länder um multilaterale Umschuldungsverhandlungen nachsuchen mußten, sprunghaft gestiegen, und zwar von 4 auf ca. 22 Fälle 1982. Das infragestehende Umschuldungsvolumen stieg von 4,9 Mrd auf ca. 40 Mrd Dollar.

Die aufsehenerregendsten Fälle waren Mexiko, Brasilien und Argentinien, auf die allein fast 30% der gesamten Auslands-

Schaubild 1
Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer
1975-82 (in Mrd Dollar)



(Quelle: OECD-Angaben nach: Le Monde, Paris, 21.12.1982)

verschuldung der Dritten Welt entfallen. Chile sah sich Ende Oktober 1982 zu Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) gezwungen; Nigeria suchte im Februar 1983 sein Heil in der fragwürdigen Ausweisung aller Ausländer; und selbst Kuba hat um die Umstrukturierung seiner Auslandsschuld (siehe AIB 1/1983, S. 12-14) nachgesucht. Bei einigen Großschuldnerländern wie Venezuela, Jugoslawien und den Philippinen spitzte sich die Lage gefährlich zu.³

Wenngleich durch das erstaunlich schnelle Krisenmanagement der privaten Großbanken, der westlichen Zentralbanken und Regierungen die akute Krise des Weltfinanzsystems, die infolge des gleichlaufenden Auftretens von Liquiditätsschwierigkeiten mehrerer Länder Ende 1982 entstanden war, inzwischen abgewendet werden konnte, bleiben die Probleme, vor allem für die betroffenen Entwicklungsländer. Für viele von ihnen haben die Umschuldungsmaßnahmen lediglich einen zeitlichen Aufschub der Zahlungsverpflichtungen gebracht. Oder sie mußten sich den sozial- und massenfeindlichen „Anpassungsprogrammen“ des IMF beugen, was zwar in der Regel zur mittelfristigen Verringerung ihrer Zahlungsbilanzdefizite führen dürfte, aber um den Preis weiterhin rückläufiger Wachstumsraten und wachsender sozialer Konflikte. Insbesondere hat sich an den Dimensionen der Auslandsverschuldung und der damit verbundenen Abhängigkeit der Entwicklungsländer von internationalen Finanzinstitutionen und kapitalistischen Industrieländern nichts geändert, im Gegenteil.

Die Gesamtheit aller Auslandsschulden der Entwicklungsländer belief sich Ende 1982 nach OECD-Schätzungen auf 626 Mrd Dollar (siehe Schaubild 1). Da hierin eine Reihe von Zahlungsverpflichtungen nicht enthalten sind, dürfte es realistisch sein, von einer Gesamtverschuldung der Dritten Welt von über 700 Mrd Dollar auszugehen.

Gegenüber 1971 haben sich die Schulden der Entwicklungsländer damit versiebenfacht, gegenüber 1975 mehr als verdreifacht. Der Schuldendienst, d.h. die jährlich notwendigen Aufwendungen für Zinsen und Rückzahlungen, hat sich seit Mitte der 70er Jahre sogar verfünffacht (siehe Schaubild 2). Besonders prekär wird die Lage für viele Entwicklungsländer dadurch, daß ein immer größerer Anteil der Exporterlöse durch den Schuldendienst aufgezehrt wird. Die drei Spitzenreiter unter den Schuldnerländern der Dritten Welt, Brasilien, Mexiko und Argentinien, mußten z.B. 1982 117%, 126% bzw. 153% ihres Exporteinkommens für Zinsen und Rückzahlungen aufwenden (siehe Tabelle 1).

Wenngleich gemessen an ihrer absoluten Höhe nicht so bedeutend, schafft die Verschuldung auch für kleinere Länder enorme Probleme. Hier – z.B. bei Mauretanien, Nordjemen, Guyana oder der Volksrepublik Kongo – übertrifft die Summe der Auslandsschulden bereits den Wert des in einem Jahr erwirtschafteten Bruttosozialprodukts, also die Gesamtheit aller Güter und Dienstleistungen des betreffenden Landes.

In den Fängen des internationalen Finanzkapitals

Dies bedeutet, daß die betreffenden Länder immer neue Kredite aufnehmen müssen, allein um die Verpflichtung aus früheren Krediten erfüllen zu können. Bleiben dann, wie es in den letzten Monaten des Jahres 1982 der Fall war, sowohl die Exporterlöse als auch die neuen Kredite aus, schnappt die Schuldenfalle zu: Es bleibt dann meistens nur noch der Canossa-Gang zum IMF.

Die Ursachen, die zur Zuspitzung des Verschuldungsproblems führten, sind zugleich die Faktoren, die für die verschärfte Krisenentwicklung der Dritten Welt überhaupt verantwortlich sind. Dazu gehören:

1. Der ungleiche Tausch im kapitalistischen Welthandel, der sich in den beiden letzten Jahren besonders in einem horren den Verfall der Rohstoffpreise bemerkbar gemacht hat. Nach Berechnungen der UNCTAD fielen die Preise für Rohstoffe, die vornehmlich durch Entwicklungsländer exportiert werden, 1981 und 1982 um 16% bzw. 17%. Dies bedeutete eine weitere Verschlechterung der Terms of Trade (Verhältnis zwischen Im- und Exportpreisen) der Dritten Welt, die sich bereits 1977-80 um 25% verschlechtert hatten.

Von 1980 auf 1981 sind der Entwicklungswelt durch diesen Preisverfall allein 8 Mrd Dollar verlorengegangen, den direkten und indirekten Profittransfer durch multinationale Konzerne und andere Ausbeutungspraktiken nicht mitgerechnet. Die Rohstoffpreise haben jetzt den niedrigsten Stand seit dem Ende des 2. Weltkrieges erreicht. Und selbst das einstmals schlagkräftige Kartell der Erdölexportierenden Länder (OPEC) zeigt Abbröckelungs- und Aufweichtendenzen.⁴

2. Die zurückgehende Nachfrage in den kapitalistischen Industrieländern infolge der Krise, die zu stagnierenden oder negativen Wachstumsraten im Welthandel und zu wachsendem Protektionismus auf Kosten der Entwicklungsländer führte. 1981/82 registrierte das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) eine merkliche Zunahme der gegen seine Statuten verstoßenden informellen Handelsbeschränkungen, z.B. in Form von Marktordnungsvereinbarungen oder „freiwilligen“ Selbstbeschränkungen bei den Exportquoten. So war den Entwicklungsländern der normale Ausweg zur Deckung ihrer prekären Zahlungsbilanzengpässe, nämlich die Ausweitung der Exporte, weitestgehend versperrt. Dies trieb sie geradezu in die Arme der Kreditgeber.

3. immer härteren Bedingungen des internationalen Kreditmarktes ausgesetzt. Hier wurde die Lage der Entwicklungs-

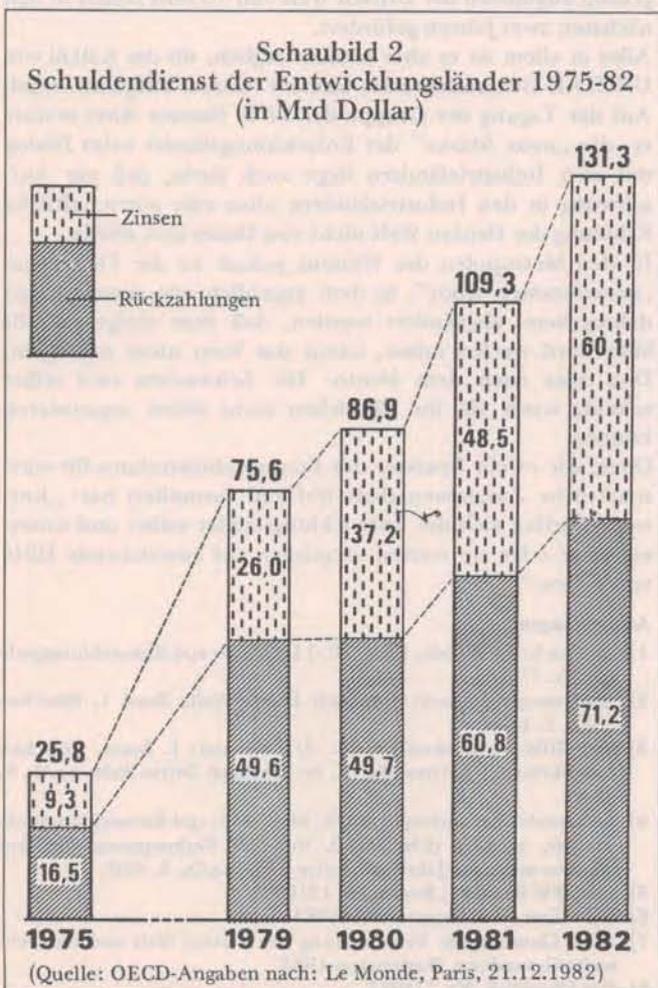


Tabelle 1
Schulden ausgewählter Entwicklungsländer Ende 1982

	Bestand Mrd Dollar	Anteil in %	Schulden- dienst 1983 in Mrd Dollar	Schulden- dienst/ Export in %
Brasilien	90	12	30,8	117
Mexiko	80	11	43,1	126
Argentinien	45	6	18,4	153
Südkorea	35	5	15,7	49
Venezuela	30	4	19,9	101
Israel	25	4	15,2	126
Indonesien	25	3	—	20
Indien	20	3	—	18
Algerien	20	3	—	40
Ägypten	20	3	6,0	46
Alle Entwick- lungsländer	730	100	—	—

(Quellen: DIW-Wochenbericht, Nr. 4/1983; Time, Washington, 10.1.1983)

länder vor allem durch drei Tendenzen verschlimmert. Erstens kam es seit Mitte der 70er Jahre (teilweise als Folge des Devisenüberschusses der OPEC-Staaten) zu einer einmaligen Ausweitung des Eurokreditmarktes, d.h. jener Bankplätze, an denen meist kurzfristige Mittel in Fremdwährung angelegt und mittelfristig weiterverliehen werden, teilweise an extraterritorialen Spekulationsplätzen wie Luxemburg, den Bahamas oder Panama. Allein zwischen 1976 und 1981 verdoppelte sich die Kreditinanspruchnahme auf diesen Märkten.⁵

Im Gefolge dieser nach profitabler Verwertung suchenden Liquiditätsüberschüsse des internationalen Finanzkapitals und des kurzfristigen, spekulativen Charakters dieser Geldgeschäfte veränderte sich die Verschuldungsstruktur der Dritten Welt in gravierender Weise: Etwa die Hälfte der Auslandsschulden entfällt heute auf private Bankkonzerne; 1971 waren dies noch 25%.

Wie der Krise begegnen?

Gleichzeitig hat der Anteil der kurzfristig zurückzuzahlenden Schulden (Fälligkeit bis zu einem Jahr) beträchtlich zugenommen; dies betrifft etwa die Hälfte aller Schulden der Entwicklungsländer am privaten Kapitalmarkt. Nach Berechnungen der UNCTAD mußten die Entwicklungsländer schon 1981 für Tilgungen und Zinsen auf alte Kredite mehr Geld aufbringen, als sie durch neue Kredite erhalten haben. Weiter hat die Sparpolitik in den USA und anderen führenden westlichen Industrieländern einen Rückgang, mindestens aber eine reale Stagnation der staatlichen Mittel für Entwicklungshilfe zur Folge gehabt, deren Bedingungen wesentlich günstiger als die der privaten Banken sind. In den USA betrug dieser Rückgang 1981, im ersten Jahr der Reagan-Administration, sogar 26%.⁶

Schließlich muß die Hochzinspolitik der Reagan-Administration erwähnt werden. Die von den USA betriebene und von den meisten anderen westlichen Ländern mitverfolgte Politik des knappen Geldes trieb die durchschnittlichen Zinssätze am Eurokreditmarkt von 12% im Jahr 1979 auf 17-20% in den Jahren 1981/82 in die Höhe.

Wie der Präsident der Weltbank, A.W. Clausen, kürzlich in einer Rede ausführte, bedeutet ein zusätzliches Prozent bei den Zinssätzen z.B. für Mexiko, Argentinien und Brasilien 1,2 Mrd Dollar Mehrkosten pro Jahr.⁷

Wie kann der Krise mit ihren fatalen Konsequenzen für die Dritte Welt begegnet werden?

Die Konzepte, die die Gruppe der 77, die Bewegung der Nichtpaktgebundenen (siehe AIB 4/1983, S. 4-11), das UNCTAD-Sekretariat und zuletzt auch die Nord-Süd-

Kommission (siehe AIB 4/1983, S. 38-39) vorgelegt haben, reichen nicht sehr weit. Sie richten sich bestenfalls auf die Abmilderung der schlimmsten Krisensymptome, denen die Entwicklungsländer heute ausgesetzt sind. Und sie haben sich der Substanz nach von der einstigen Radikalität der Forderung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung ziemlich weit entfernt, wohl auch unter dem Druck und der Unnachgiebigkeit der größten kapitalistischen Industrieländer.

Zur Stabilisierung der Lage auf den Rohstoffmärkten hofft das UNCTAD-Sekretariat darauf, daß der im Rahmen des **Integrierten Rohstoffprogramms** beschlossene gemeinsame Fonds bis zum 1.1.1984 in Kraft treten kann. Doch bis heute haben zwar 91 Staaten das Vertragswerk unterzeichnet, erst 41 ratifiziert. Zur Inkraftsetzung sind aber mindestens 90 Ratifikationen nötig. Und von seinem Volumen her (400 Mio statt der auf UNCTAD IV 1976 in Nairobi geforderten 10 Mrd Dollar) reicht die Interventionskraft des Fonds beileibe nicht aus, um tatsächliche Preisstabilisierungen am Markt durchzusetzen.

Zu seiner Ergänzung hofft das Sekretariat jetzt auf die Bewilligung eines 10-Mrd-Dollar-Programms zum Aufkauf der gegenwärtigen Angebotsüberschüsse auf den Rohstoffmärkten, um damit ein System von Ausgleichsfinanzierungen im Falle von Exporterlöseinbußen der Entwicklungsländer, das das STABEX-System der Europäischen Gemeinschaft ergänzt, finanzieren zu können.

Zur **Eindämmung des Protektionismus** schlägt das UNCTAD-Sekretariat die Einigung auf klare Prinzipien zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vor, und zwar über Maßnahmen zur Handelsliberalisierung, einen Strukturwandel in bestimmten Wirtschaftszweigen und eine entwicklungslandfreundlichere Welthandelspolitik. Zur **Eindämmung des Schuldenproblems** wird ein Finanzierungsprogramm zugunsten der Dritten Welt von 70 Mrd Dollar in den nächsten zwei Jahren gefordert.

Alles in allem ist es aber höchst fraglich, ob das Kalkül von UNCTAD-Generalsekretär Gamani Corea aufgehen wird. Auf der Tagung der Gruppe der 77 in Buenos Aires meinte er, die „neue Stärke“ der Entwicklungsländer beim Dialog mit den Industrieländern liege auch darin, daß ein Aufschwung in den Industrieländern ohne eine wirtschaftliche Erholung der Dritten Welt nicht von Dauer sein werde.

In den Metropolen des Westens jedoch ist die These vom „gemeinsamen Boot“, in dem angeblich alle sitzen, längst dahingehend abgeändert worden, daß man einige notfalls über Bord werfen müsse, damit das Boot nicht untergeht. Dies alles nach dem Motto: Die Schwachen sind selbst schuld, wenn sie ihr Überleben nicht selbst organisieren können.

Oder, wie es ein Beamter des Bonner Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit treffend formuliert hat: „Entweder helfen sich die Entwicklungsländer selbst und untereinander oder sie warten vergeblich auf ausreichende Hilfe von außen.“⁸

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Le Monde, Paris, 10.-11.4.1983; epd-Entwicklungspolitik, Nr. 7/1983
- 2) Zahlenangaben nach: Jahrbuch Dritte Welt, Band 1, München 1983, S. 11
- 3) Vgl. DIW-Wochenbericht, Nr. 4/1983 und: J. Beetz, Verschuldungskrise der Dritten Welt?, in: Jahrbuch Dritte Welt, a.a.O., S. 30ff.
- 4) Le Monde Diplomatique, Paris, Mai 1983; epd-Entwicklungspolitik, Nr. 5/1983; H.W. Maull, Von der Verknappungskrise zur Ölschwemme, in: Jahrbuch Dritte Welt, a.a.O., S. 45ff.
- 5) Vgl. IPW-Berichte, Berlin, Nr. 12/1982
- 6) Vgl. Time, Washington, 13.9.1982
- 7) A.W. Clausen, Die Verschuldung der Dritten Welt und die weltweite Gesundung, Washington 1983
- 8) Der Überblick, Nr. 1/1983

Jutta Weber

Verschuldung im Großformat

Der am 4.7.1982 gewählte und seit dem 1.12.1982 amtierende Präsident M. de la Madrid Hurtado hat ein schweres Erbe angetreten. Die Wirtschaft Mexikos steckt in der tiefsten Krise seit dem 2. Weltkrieg. Die Auslandsverschuldung ist nach der Brasiliens die zweithöchste der Welt. Und als viertgrößter Erdölproduzent der Erde muß sich Mexiko dem Austeritätsdiktat (Austerität = energische Sparpolitik; d. Red.) des Internationalen Währungsfonds (IMF) beugen.

Wie kam es zu dieser Krise? Welche Konsequenzen hat dies für die Entwicklung der mexikanischen Wirtschaft, Innenpolitik und die in weiten Teilen antiimperialistische Außenpolitik?

Seit dem durch den 2. Weltkrieg ausgelösten Boom zeichnete sich Mexiko bis in die 60er Jahre durch ein nahezu ungebrochenes Wirtschaftswachstum aus. Dabei wurde konsequent die Entwicklung einer nationalen Industrie vorangetrieben, die frühere Konsumgüterimporte überflüssig machte.

Bereits in dieser Phase spielte der Staat eine bedeutende Rolle. Er baute die notwendige Infrastruktur auf. Mittels der Steuerpolitik, staatlicher Finanzierungsgesellschaften oder Unternehmen in privatwirtschaftlich vernachlässigten Branchen (Erdöl!) lenkte man die Investitionen in bestimmte Bereiche und suchte die stark von den USA abhängige Wirtschaft vor völliger Fremdbestimmung zu bewahren. Das in den 40er Jahren erlassene Dekret zur Beschränkung der ausländischen Direktinvestitionen wurde 1973 durch zusätzliche Auflagen erweitert, darunter um die Auflage einer Mehrheitsbeteiligung mexikanischer Kapitals.

Mit einigen Sozialprogrammen insbesondere für die anwachsende Industriearbeiterschaft suchte man allzu große soziale Spannungen zu verhindern. In diesem Zusammenhang spie-

len auch die Integration der Bauernschaft und der städtischen Arbeiterklasse in getrennte Sektoren der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), die seit 1929 regiert, und die Einbindung der offiziellen Dachgewerkschaft Arbeiterkonföderation Mexikos (CTM) in den politischen Herrschaftsapparat eine nicht zu unterschätzende Rolle. Das gleiche gilt für die Aufrechterhaltung der Ideologie der mexikanischen Revolution (1910-17).

Bereits in der 2. Hälfte der 60er Jahre machten sich erste Krisenmomente dieses kapitalistischen Industrialisierungsmodells bemerkbar: Durch die extrem ungleiche Einkommensverteilung war auf dem Binnenmarkt wenig kaufkräftige Nachfrage für neue Produkte vorhanden. Die transnationalen Konzerne, die u.a. zwecks Umgehung der Importzölle ins Land geströmt waren, hatten sich zwar in teils noch dynamisch wachsenden Industriebranchen niedergelassen. Doch sie schufen aufgrund der kapitalintensiven Technologie kaum neue Arbeitsplätze. Bei einem Großteil der ausländischen Direktinvestitionen handelte es sich zudem um Aufkäufe bereits existierender nationaler Firmen (im Fall der US-Investoren traf dies 1971-72 auf 75% aller Niederlassungen zu), die mit Rationalisierungsmaßnahmen verbunden waren und daher eher zur Freisetzung von Arbeitskräften führten.

Die jahrzehntelange Vernachlässigung des Agrarsektors rächte sich nun bitter. Erstmals reichten die im Land produzierten Nahrungsmittel nicht mehr aus, um den Grundbedarf der Bevölkerung zu decken. Die Ernährung konnte nur noch mittels enormer Importe an Grundnahrungsmitteln gewährleistet werden, die die knappen Devisenvorräte verschlangen und dem Industriesektor das für Neuinvestitionen benötigte Kapital entzogen.



Seit dem 1. 12. 1982 im Amt: Mexikos Präsident de la Madrid (l.); Slum in Mexiko-Stadt

Tabelle 1
Anteil des Erdöls an den gesamten Exporterlösen in %

1977	1978	1979	1980	1982
22	30,5	42,8	64,5	73(1)

(Quelle: R. Godau; Wirtschaftlicher Kollaps in Mexiko, in: Jahrbuch Dritte Welt 1, hrsg. vom Deutschen Übersee-Institut Hamburg, München 1983, S. 170-184, hier: S. 177)

Daß der Staat nach einer Phase verstärkter Kreditaufnahme im Ausland bis Anfang der 70er Jahre versuchte, die Wirtschaftspolitik mittels einer restriktiven Geldpolitik zu gewährleisten, hatte ein weiteres Absinken des Wirtschaftswachstums zur Folge. Die Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts waren kaum höher als der Bevölkerungszuwachs.¹ Ein künftiges Wirtschaftswachstum aber schien unumgänglich angesichts der sinkenden Reallöhne in der Industrie, der Zunahme der Verelendung der Kleinbauern, der Arbeitslosigkeit und der innenpolitischen Protestbewegung, die der Staat 1968 durch ein Massaker an demonstrierenden Studenten noch zusätzlich angeheizt hatte.

Die hierfür erforderlichen Investitionen im Agrarsektor, vor allem aber in den Basissektoren der Industrie und im Infrastrukturbereich mußten angesichts des internen Kapitalmangels weitgehend vom Staat getätigt und über eine stetig anwachsende Auslandsverschuldung finanziert werden.

Um die Schwierigkeit einer begrenzten Expansionsfähigkeit des Binnenmarktes zu umgehen und der Devisenknappheit wenigstens teilweise entgegenzuwirken, sollte nun der Schwerpunkt auf eine Exportorientierung der Wirtschaft gelegt werden. Die Industrie konnte mit der Politik verstärkter Staatsausgaben wieder wesentliche Produktionssteigerungen erzielen. Doch die Exportorientierung schlug weitgehend fehl, da die mexikanischen Industrieerzeugnisse auf dem Weltmarkt wenig konkurrenzfähig waren und der Protektionismus der entwickelten kapitalistischen Staaten ein übriges tat.

Die Agrarproduktion blieb hinter dem Bevölkerungswachstum zurück und ihre Ausrichtung auf Exportgüter hatte ein weiteres Ansteigen der Importe an Grundnahrungsmitteln zur Folge. In den Jahren 1973/74, der Zeitpunkt der Ölpreissteigerungen, stieg zudem die Inflation sprunghaft an, auf jährlich über 20%. Und im Verein mit der Vertiefung der Wirtschaftskrise, der Devisenflucht und der Auslandsverschuldung führte dies dazu, daß am 1.9.1976 nach 22 Jah-

Tabelle 2
Auslandsverschuldung in Mrd US-Dollar

Jahr	öffentliche Verschuldung			Schulden des Privatsektors ¹		
	kurzfr.	langfr.	insges.	insges.	davon Banksektor	Gesamt-schuld
1976	3,7	15,9	19,6	6,5	1,6	26,1
1977	2,7	20,2	22,9	6,8	1,8	29,7
1978	1,2	25,5	26,2	7,2	2,0	33,4
1979	1,4	28,3	29,7	10,5	2,6	40,2
1980	1,5	32,3	33,8	16,9	5,1	50,7
1981	10,8	42,2	53,0	21,9	7,0	74,9
Aug.82	8,7	48,7	57,4	20,5	6,7	77,9
Sept.82			64,1 ²	13,8	-	77,9
Dez.82						83,0 ³

1) Die Auslandsschuld des Privatsektors teilte sich bis 1979 in praktisch gleichgroße kurz- und langfristige Teile. Von dann an beginnt die kurzfristige Verschuldung vorzuherrschen: im August 1982 waren z.B. von den 20,5 Mrd Dollar 11,2 Mrd kurzfristige Verschuldungen.

2) Die Regierung ist weiterhin – trotz der Gesetzesänderungen die eine „Entstaatlichung“ bis zu 34% der Aktien gestatten – für die Schulden des ehemaligen Banksektors verantwortlich.

3) Vorläufige Schätzungen

(Quelle: R. Green, México: crisis financiera y deuda externa. El imperativo de una solución estructural y nacionalista, in: Comercio Exterior, México, D.F., 18. Jg., Nr. 2/Februar 1983, S. 99-107; hier: S. 105)

ren erstmals eine Abwertung des mexikanischen Peso vorgenommen werden mußte.

In dieser Situation kam es wie gerufen, daß in den Folgejahren, als das Rohölpreinsniveau relativ hoch war, riesige Ölvorkommen in Mexiko entdeckt wurden.

Ende der 70er Jahre gründete sich die Wirtschaftspolitik immer stärker auf den Erdölsektor. Mit enormer Geschwindigkeit wurden die neu entdeckten Ölvorräte abgebaut. Und entgegen allen Absichtserklärungen, diesen nationalen Naturreichtum zur Diversifizierung der Wirtschaft zu nutzen, setzte man auf das Erdöl bald als wichtigste und neben der Auslandsverschuldung fast einzige Devisenquelle. Mexiko ist damit, wie Tabelle 1 zeigt, weitgehend von einem Exportprodukt abhängig geworden.

Die negativen Folgen der Abhängigkeit vom Öl wurden sichtbar im Anstieg der Inflation (von 1978 noch 16,2% auf 98,8% im Jahr 1982),² im trotz der enormen Ölexporte bestehenden Leistungsbilanzdefizit und im enormen Importbedarf und Kapitalaufwand, der vor den Investitionen in diesem Bereich verschlungen wurde³ und zu weiterer Auslandsverschuldung führte.

Vermeintliches Zaubermittel Erdöl

Diese negativen Folgen der Ölabhängigkeit wurden vor allem deutlich, als im 2. Halbjahr 1981 die Ölpreise fielen und sich das Exportvolumen Mexikos verminderte. Zudem ging der Ölpreisverfall mit einer ungünstigen Preisentwicklung auf dem Weltmarkt für die übrigen mexikanischen Exportprodukte einher. Als Folge erhöhte sich, wie Tabelle 2 veranschaulicht, die Auslandsverschuldung gewaltig.

Ogleich der für 1982 vorgelegte Haushalt bereits auf staatliche Ausgabenminderung abgestellt war, sah sich die mexikanische Zentralbank – aufgrund des drastischen Rückgangs der Devisenvorräte, einer anhaltenden Kapitalflucht und des starken Zahlungsbilanzdefizits – Anfang Februar 1982 zu einer Freigabe des Wechselkurses gezwungen. In deren Ergebnis wurde der Peso gegenüber dem US-Dollar um ca. 42% abgewertet.⁴

Auch zwei von der Regierung verfügte Sparprogramme konnten dem Abwertungsdruck nicht standhalten. Am 6.8.1982 folgte eine erneute Abwertung um etwa 75%. Es wurde ein gespaltener Wechselkurs eingeführt. Und ebenfalls im August 1982 mußte das zahlungsunfähig gewordene Mexiko mit seinen internationalen Gläubigerbanken ein 90tägiges Schuldenmoratorium bis zum 2.1.1982 vereinbaren. Es wurde später bis zum 22.3.1983 verlängert.

Am 1.9.1982 verkündete der damalige Präsident J. López Portillo die Verstaatlichung des Bankwesens. Gleichzeitig traten eine staatliche Devisenbewirtschaftung und eine strikte Außenhandelskontrolle in Kraft.

Diese Maßnahmen stellten weniger eine Reaktion auf den politischen Druck der Oppositionsparteien und der sozialen Bewegungen dar. Sie waren vielmehr das einzige Mittel, die chaotische Wirtschaftsentwicklung wieder einigermaßen unter Kontrolle zu bringen und der anhaltenden Kapitalflucht Einhalt zu gebieten.⁵

Von allen demokratischen Kräften, von der Arbeiterbewegung und den Linksparteien, die dies seit Jahren zu einer zentralen Forderung erhoben hatten, wurde die Verstaatlichung der Banken als ein Akt der Stärkung der mexikanischen Souveränität begrüßt. J. López Portillo hatte sich damit am Ende seiner Amtszeit zu einem Nationalhelden gemacht und wurde bisweilen mit Lázaro Cárdenas verglichen, der 1938, freilich unter gänzlich anderen Voraussetzungen, die Erdölindustrie verstaatlicht hatte.

Die Vereinigte Mexikanische Sozialistische Partei (PSUM) wies in ihren Stellungnahmen darauf hin, daß es nun gelte,

die dem Staat damit zugefallene Kontrolle über weite Bereiche der Wirtschaft (z.B. über Aktienanteile der Banken an den Industriegesellschaften und über die Kreditvergabe) auch aktiv wahrzunehmen. Sie warnte vor der Gefahr einer schleichenden Reprivatisierung. Zudem machte sie auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der staatlichen Devisen- und Außenhandelskontrolle aufmerksam.

Von reaktionären Gruppierungen innerhalb der mexikanischen Bourgeoisie und bestimmten Kreisen des internationalen Finanzkapitals wurden die eingeleiteten Maßnahmen freilich sogleich als „Dirigismus“ und „Einschränkung der Unternehmerfreiheit“ verteufelt. Trotz mehrfachen Loyalitätsbekundungen der mexikanischen Militärs gegenüber der



Olanlage in Mexiko

Regierung wurde in dieser Zeit in Mexiko viel über einen möglicherweise bevorstehenden Militärputsch gesprochen. Die Verstaatlichung der Banken, die staatliche Außenhandelskontrolle und Devisenbewirtschaftung verzögerten zunächst die Verhandlungen Mexikos mit der bereits zu dieser Zeit im Land befindlichen Kommission des IMF.

Letztlich war aber auch das internationale Finanzkapital an einer Lösung des Verschuldungsproblems interessiert. Eine Zahlungsunfähigkeit Mexikos, gegebenenfalls gefolgt von der Brasiliens, Argentiniens oder anderer ähnlich hoch verschuldeter Länder, könnten einen Zusammenbruch des gesamten internationalen Bankensystems und damit eine weltweite Wirtschaftskrise bisher ungekannten Ausmaßes auslösen.

Am 10.11.1982 wurde schließlich die 29-Punkte-Absichtserklärung der mexikanischen Regierung⁶ bekanntgegeben. Sie diente für die Einigung mit dem IMF im Dezember 1982 auf eine Kreditzusage von 3,9 Mrd Dollar für die nächsten 3 Jahre als Grundlage und enthält u.a. folgende Punkte:

- Senkung des Staatshaushaltsdefizits zwischen 1982-85 von 16,5% des Bruttoinlandsprodukts auf 3,5%;
- Revidierung des Preissystems für staatliche Güter und Dienstleistungen, im Klartext also Preissteigerungen;
- Die staatliche Devisenbewirtschaftung gilt nur vorübergehend;
- „Verbindung des Lohnniveaus mit den Beschäftigungs-

zielen, der Erhaltung des Lebensstandards der Arbeiterklasse und ihrer angemessenen Beteiligung am Einkommens- und Produktivitätswachstum innerhalb des Rahmens des Wirtschaftsprogramms der Regierung.“ Flexible Handhabung von Preiskontrollen zwecks Gewährleistung vernünftiger Profitspannen;

- Rationalisierung (d.h. Kürzung) der Subventionen für Produktion und Konsum;
- Revidierung des Systems der direkten und indirekten Besteuerung usw.

Das Programm läßt außer Acht, daß die enorme Kapitalflucht gerade durch die freie Konvertibilität (Recht des Umtausches; d. Red.) der Währung ermöglicht worden war. Es vernachlässigt, daß durch die Verminderung der Staatsausgaben die bisherige Rolle des Staates als Motor zur Ankerbelung der Wirtschaft geradezu aufgegeben und eine weitere Senkung der Realeinkommen den Binnenmarkt nochmals schrumpfen lassen wird.

Das Abkommen mit dem IMF, das Mexiko im Rahmen eines Paketes (u.a. 6,35 Mrd Dollar von internationalen Banken) bis Ende 1983 über voraussichtlich mehr als 12 Mrd Dollar verfügen läßt, reicht wahrscheinlich nicht einmal aus, die bis dahin auf 14 Mrd Dollar geschätzten fälligen Zinsen zu zahlen.

Möglicherweise könnten sich durch eine Senkung des Zinsniveaus Einsparungen ergeben, doch wird dieses Abkommen die strukturellen Wirtschaftsprobleme nicht lösen können. Erste Auswirkungen des Austeritätsprogramms machten sich sogleich nach dem Amtsantritt von M. de la Madrid im Dezember 1982 bemerkbar:

- Die neue Regierung brachte unverzüglich einen Gesetzentwurf ein, nach dem bis zu 34% des Kapitals der verstaatlichten Banken reprivatisiert werden können.
- Mit Wirkung vom 1.1.1983 wurden die staatlichen Preiskontrollen für 2.200 Produkte gänzlich aufgehoben und für weitere 2.500 Produkte stark gemildert, so daß nur noch 300 Güter des Grundbedarfs dieser Kontrolle unterliegen.
- Anfang Januar 1983 wurde eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns um 25% vorgenommen und eine weitere Erhöhung um 12,4% soll Mitte d.J. folgen. Diese Lohnerhöhung reicht bei weitem nicht aus, die Preissteigerung, die 1982 fast auf 100% anstieg und weiter anhält, auszugleichen.

Für das Jahr 1983 wird zwar die Eindämmung der Inflation auf 50-60% angestrebt, doch rechnen inzwischen auch offizielle Stellen schon mit ca. 80%. Der mexikanische Finanzminister J. Silva Herzog kündigte denn auch offenherzig an, daß die Mexikaner 1983 mit einer Einschränkung ihres Lebensstandards zu rechnen hätten.

- Das Mitte der 70er Jahre eingeleitete Mexikanische Ernährungssystem (SAM), das auf die Wiederherstellung der Eigenversorgung bei Grundnahrungsmitteln zielte, wurde außer Kraft gesetzt.

● Trotz staatlicher Hilfsprogramme und des für Importe geltenden Präferenzwechsellurses sind zahlreiche Firmen, aufgrund des Währungsverfalls und der Importkontrollen, in Schwierigkeiten geraten. Einige Industriezweige arbeiten mit einer Kapazitätsauslastung von nur 60%.⁷

Nachdem die neue Regierung zunächst alles getan hat, das Vertrauen der Unternehmer zu gewinnen, hat sie im Februar 1983 ein Beschäftigungsprogramm verkündet, das etwa 700.000 arbeitslosen Mexikanern Arbeit bringen soll.

Selbst die offiziellen Gewerkschaften sehen dieses Programm als unzureichend an. CTM-Führer Fidel Velázquez forderte eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 56 auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich.

Die unabhängigen Gewerkschaften kritisieren, daß das Beschäftigungsprogramm nicht einmal ausreicht, um den

900.000 Arbeitslosen des Baugewerbes Beschäftigung zu geben, daß die projektierten Arbeitsplätze (Verkehrswege, Wohnungsbau, Infrastruktur, Sozialdienste usw.) unproduktiv seien und nur eine zeitweilige Beschäftigung bieten.⁸ Wengleich das bislang größte Linksbündnis, die Nationale Front gegen die Austerität und für die Verteidigung des Lohnes, die im September 1982 von Linksparteien und ca. 100 anderen Organisationen gegründet wurde, der Regierungspolitik bisher wenig entgegenzusetzen vermochte, dürfte die Unzufriedenheit zunehmen.

Angesehene Wirtschaftswissenschaftler prognostizieren, daß von den 1983 neu auf den Arbeitsmarkt kommenden Personen mehr als die Hälfte keinen Arbeitsplatz finden werden. Eine 5köpfige, vom Minimallohn abhängige Familie in Mexiko-Stadt, so berechnete die PSUM, hat nach Abzug der Ausgaben für Kleidung, Miete, Transport usw. täglich statt der benötigten 150 lediglich 58 Pesos für Nahrungsmittel übrig.⁹

Wenn die Regierung Madrid ernsthaft versuchen will, die durch Reallohnsenkung, Preissteigerungen, zunehmende Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung entstehenden sozialen Spannungen abzubauen, muß sie künftig mehr als dieses dürftige Wirtschaftsprogramm, mehr als die Kampagne gegen die weit verbreitete Korruption durchführen müssen. Auch wird sich die Opposition, wie dies von den Linksparteien im Hinblick auf die geplante Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 1986 zu verstehen gaben, nicht mit „Spielen“ besänftigen lassen. „Das Volk braucht Brot, nicht Spiele!“ lautet ihre Devise.¹⁰

Mit dem auferlegten Austeritätsprogramm nehmen in Mexiko nicht nur die innenpolitischen Spannungen zu. Durch die Abhängigkeit von Zahlungsaufschub und Fremdkrediten wächst auch die Gefahr der politischen Erpreßbarkeit von außen, insbesondere seitens der USA.

So ist die von Mexiko traditionell verfolgte antiimperialistische Außenpolitik den USA seit langem zuwider. Bereits seit Jahren wird auf Mexiko Druck ausgeübt, dem Internationalen Zoll- und Handelsabkommen GATT beizutreten, der Organisation Erdölexportierender Staaten (OPEC) fernzubleiben. Die guten Beziehungen zu Kuba werden mit Argwohn beobachtet. Und mehr noch sind Mexikos positive Haltung gegenüber den Revolutionsprozessen in Mittelamerika und seine Initiativen zu Verhandlungslösungen der Reagan-Administration ein Dorn im Auge.

So überreichte Mexiko im Januar 1981 dem UN-Sicherheitsrat eine Erklärung zu El Salvador, in der zu einer Verhandlungslösung aufgerufen und die Befreiungsfronten FMLN/FDR als repräsentative Kraft anerkannt wurden. Im Februar 1982 legte der mexikanische Präsident J. López Portillo einen regionalen Friedensvorschlag zur Lösung der Krise in Mittelamerika und der Karibik (El Salvador, Nicaragua, Kuba-USA) vor, in dem sich Mexiko bereit erklärte, als Vermittler bei Verhandlungen zu fungieren.¹¹ Im September 1982 wandte sich J. López Portillo gemeinsam mit seinem venezolanischen Amtskollegen L. Herrera Campins, in Briefen an die Regierungen von Honduras, Nicaragua und der USA, in denen sie Vorschläge zur Entschärfung des Konflikts in Mittelamerika unterbreiteten.¹²

Auf einen Vorstoß Mexikos ging auch ein Treffen auf der Karibikinsel Contadora (Panama) im Januar 1983 zurück, mit dem sich Vertreter aus Kolumbien, Panama, Venezuela und Mexiko als Vermittler einer Verhandlungslösung für Mittelamerika anboten (siehe Beitrag von W. Brönnner).

Von den US-Medien geht in letzter Zeit eine feindselige Kampagne gegen die illegal in den USA lebenden mexikanischen Arbeiter aus. Immer mehr Zuwanderer werden von der US-Grenzpolizei abgefangen und wieder abtransportiert. Damit vermag Washington Mexiko ebenso unter Druck zu

setzen wie mit derzeitigen systematischen Behinderungen mexikanischer Exporte in die USA.

Dessen ungeachtet erbrachte der Mexiko-Besuch des US-Außenministers Shultz vom 17.-20. April 1983 hinsichtlich der Mittelamerika-Politik kein Abgehen Mexikos von seinen antiinterventionistischen Positionen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. R. Godau, Wirtschaftlicher Kolaps in Mexiko, in: Deutsches Übersee-Institut Hamburg (Hrsg.): Jahrbuch Dritte Welt 1, München 1983, S. 170-184
- 2) Daten nach: CEPAL (Hrsg.), Notas sobre la economía y el desarrollo de América Latina, Santiago/Chile, Nr. 373/Januar 1983 und Latin America Weekly Report (LAWR), London, 18.3.1983
- 3) Vgl. D. Nohlen/V.G. Lehr: Mexiko, in: Handbuch der Dritten Welt, hrsg. von D. Nohlen und F. Nuscheler, Bd. 3, Mittelamerika und Karibik, S. 119-151, hier: S. 132. 1978, auf dem Höhepunkt des Ölbooms, entfielen 70% der industriellen Investitionen auf den Erdölbereich, die staatliche Erdölfirma PEMEX hatte 1980 mit 23% den höchsten Anteil an den Auslandsschulden.
- 4) Nach: Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Januar 1983, S.2
- 5) Nach konservativen Schätzungen setzt sich die mexikanische Kapitalflucht folgendermaßen zusammen: 14 Mrd US-Dollar auf Eurobanken, 12 Mrd in Fremdwährung innerhalb Mexikos, 25 Mrd, die in den USA vornehmlich in Immobilien angelegt sind. Vgl. NACLA, Report on the Americas, New York, Januar-Februar 1983, S. 40-44
- 6) Wortlaut des „letter of intention“ in: BANCOMER (Hrsg.): Economic Report on Mexiko, Mexiko D.F., Nr. 11/1982
- 7) Daten nach: Comercio Exterior, Mexiko D.F., Nr. 2/1983, S. 104; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 3. und 31.1.1983; LAWR, 18.3. und 21.1.1983; Le Monde, Paris, 22.2.1983
- 8) Laut: Le Monde, 11.2.1983
- 9) Vgl. El Día, Mexiko D.F., 22.2. und 14.1.1983
- 10) Nach: LAWR, 25.3.1983
- 11) Wortlaut beider Erklärungen in: W. Brönnner/H.J. Nieth, Der Kampf um El Salvador, Volkserhebung und Intervention, Köln 1982, S. 230f. und 253ff.
- 12) Wortlaut des Schreibens an Honduras in: AIB 1/1983, S.6

Zeitschriftenschau

Solidarität, Nr. 77/Mai 1983

Schwerpunkt: Entwicklungsmodell VR China • Einst vielgepriesenes Vorbild – heute umstritten • „Vertrauen auf die eigene Kraft“ contra Modernisierung • Beziehungen zur Dritten Welt – Konzepte und ihre Irritationen • Das Problem mit den Minderheiten – der Fall Tibet • Entwicklungsmodell Tansania: Geshelert? • Peru nach der Redemokratisierung: Probleme mit den Menschenrechten • Zum Papstbesuch in Nicaragua: Kein guter Hirte • Dossier Schweiz – Trikont • Entwicklungspolitisches Märchen • Frontstaatenkonferenz in Lissabon
Einzelpreis 2,50 sFr; Abo 25 sFr
Bezug: SKAAL, Postfach 2009, CH-4001 Basel

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 1/1983

DDR und Dritte Welt • Artikel über Ideologie und Praxis der DDR-Politik, militärische und ökonomische Kooperation, FDJ-Freundschaftsbrigaden und Solidaritätsorganisationen • Auszüge aus DDR-Schulbüchern • Dokumente und Interviews, Schaubilder und Tabellen
Einzelpreis 4 DM; Abo 22 DM
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

ila-info, Nr. 65/April 1983

Schwerpunktthema: Konkurrenzkampf unter Landsknechten? – Surinam zwischen Revolution und Konterrevolution • Berichte und Hintergründe: Die Karibikinsel Grenada: Die Sperre der US-Propaganda • Invasion in Nicaragua: Wie weit werden die USA noch gehen? – „Sie haben nur noch die Freiheit, ihren Namen zu nennen“ – Die Südfrent in Costa Rica • Der Pyrrhussieg des Rios Montt – Wo steht die Revolution in Guatemala heute? • Vorurteile, aber auch Widerstandstraditionen – Die guatemalteutsche Frau im Befreiungskampf • Brasilien/Bahia: Die Dürre verschärft die Gewalt der Armut im Sertao • Itaparica-Stausee: Landarbeiter setzen sich zur Wehr • Gefangen auf El Frontón – Ein Beispiel für Repression und Schikanierung der Landbevölkerung in Peru • Argentinien: Nach zehn Jahren Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie • Ländernachrichten: Chile: Arbeitskämpfe und Entlassungen – Werden die U-Boote doch geliefert? • Kuba: Umschuldungsverhandlungen weitgehend abgeschlossen • Solidaritätsbewegung: „Wir freuen uns, wenn wir zu zweit auf dieses Maß kommen.“ Zwei junge Frauen aus der Bundesrepublik bei der Kaffee-Ernte in Nicaragua • Nachruf auf Marianella • Trauer um eine große Frau • Tag der Solidarität mit Nicaragua • „Landesarbeitsgemeinschaft Dritte Welt“ der Grünen in NRW gegründet • Einladung vom Kirchentag 1983 in Hannover (8.-12. Juni) • Leserbrief zum Papstbesuch in Mittelamerika: „Ich trete aus der Kirche aus“ • Buchbesprechungen: „Nein, wir hassen hier die Yankees, aber nicht die Deutschen“ • „Jesus, der Maria und Severino heißt“
Einzelpreis 2,50; Abo 25, 30 bzw. 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 114/April 1983

Frieden in Mitteleuropa – Krieg in Mittelamerika • NICARAGUA: „Dem Volk das Wort geben“ • Der geheime Krieg kocht über – oder wie eine Schweinebucht vorbereitet wird • EL SALVADOR: Marianella und Ana-Maria Presente • GRENADA: Die kleine Karibikinsel als große Bedrohung der USA • HAITI: Jean-Paul II besucht Jean Claude Duvalier • GUATEMALA: Hinrichtungen in Guatemala • KOLUMBIEN: Interview mit M-19 (2. Teil) • CHILE: Die Bürgerliche Opposition formiert sich • Rückblick: Chile vor 10 Jahren – Die Monate vor dem Putsch
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 40 bzw. 65 DM
Bezug: FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Latein- und Mittelamerika

Ein Kontinent im Aufbruch



Wilfried Huismann
Dieser Augenblick rückt näher
Reportagen aus Chile
Etwa 200 Seiten, 14,80 DM

Chile. Ein Schwarzbuch
Hrsg.: H.-W. Bartsch, G. Stuby,
M. Buschmann, E. Wulff
3., unveränderte Auflage
228 Seiten mit 200 teilw. ganzseitigen
Abbildungen
Großformat 16,80 DM

O. Puccio
Ein Vierteljahrhundert mit Allende
Erinnerungen seines Privatsekretärs
432 Seiten mit 48 Fotos. Leinen mit
Schutzumschlag 19,80 DM

K. Schnelle
José Martí
Apostel und Märtyrer der Freiheit
124 Seiten mit 70 Abb.
Leinen mit Schutzumschlag. 14,80 DM

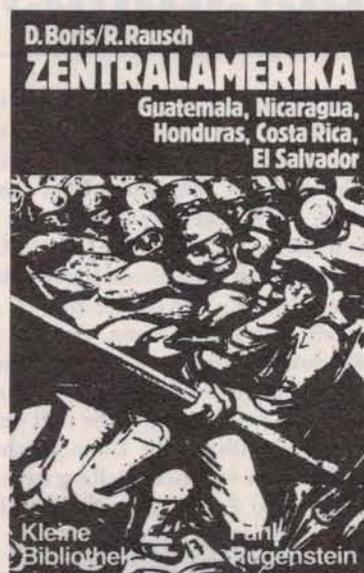
D. Boris/P. Hiedl
Argentinien
Geschichte und politische Gegenwart
210 Seiten, 14,80 DM

M. von der Heydt-Coca
Die Bolivianische Revolution von 1952
Hochschulschriften. Band 108
ca. 300 Seiten, ca. 40,- DM



W. Bröner/H. J. Nieth
Der Kampf um El Salvador
Volkserhebung und Intervention
180 Seiten, 10,- DM

S. Arce-Martinez
Lateinamerika
Hinterhof des US-Imperialismus
86 Seiten, 7,80 DM



D. Boris/Renate Rausch (Hrsg.)
Zentralamerika
El Salvador, Guatemala,
Nicaragua, Honduras, Costa Rica
220 Seiten, 14,80 DM

L. Lawrezky
Simón Bolívar
Eine Biographie
494 Seiten mit zahlreichen
Illustrationen. Leinen mit Schutzumschlag 19,80 DM

U. Krüger
Erwachsenenbildung in Kuba
Beispiel einer integrierten Bildungspolitik
Hochschulschriften. Band III
ca. 300 Seiten, ca. 35,- DM

N. Guillén
Cuba, Lyrik, Revolution
Eine Auswahl seiner Gedichte
Hochschulschriften. Band 43
342 Seiten, 35,- DM

Pahl-Rugenstein Verlag

Gottesweg 54 5000 Köln 51, Tel. (02 21) 36 40 51

Ayse Dilan

Nazim Hikmet – Symbol des Widerstands und Internationalismus

Im Juni 1983 jährt sich der Todestag Nazim Hikmets, des türkischen Dichters und Friedenskämpfers von Weltformat, zum 20. Mal. Wegen des universellen Zuschnitts und der Volkstümlichkeit seiner Dichtkunst sind seine Aussagen aktuell geblieben. N. Hikmet wurde von den prominentesten Schriftstellern seiner Ära, von J.P. Sartre bis zu A. Miguel Asturias, als einer der ganz Großen gewürdigt. Der Chilene Pablo Neruda urteilte: „Der größte Dichter, der für die ganze Welt schrieb. Der große Mann, der der ganzen Welt gehört. Der Patriot, der in seiner Heimat unterdrückt wurde. Es gibt keinen zweiten Nazim im Gedicht des Jahrhunderts. Für mich ist er das Zeichen der Liebe und des Kampfes!“

Der türkische Journalist Ayse Dilan zeichnet Leben und Werk Nazim Hikmets in einem Beitrag nach, der zugleich in der Zeitschrift *New Perspectives* (Helsinki) veröffentlicht wurde.

Am 20. Januar 1902 wurde Nazim Hikmet in Saloniki geboren. Seit Generationen bekleideten Mitglieder seiner Familie hohe Verwaltungsposten (sein Großvater war Pascha; d. Red.). Seine frühen Gedichte spiegeln seinen Protest gegen die ausländischen Invasoren wider, die nach dem 1. Weltkrieg Teile der Türkei besetzten. Seither ist er der bedeutendste Dichter der Türkei.

1921 verläßt N. Hikmet die besetzte Stadt Istanbul und begibt sich nach Anatolien, wo gerade die erste nationale Regierung unter Mustafa Kemal (Atatürk) gebildet wird. Diese Reise durch das hungernde und kämpfende Anatolien hat seine politische Entwicklung entscheidend geprägt.

In einem seiner Romane schreibt er darüber: „Weder Bücher, noch mündliche Propaganda, noch meine soziale Lage haben mich zu dem Standpunkt gebracht, den ich heute einnehme. Zu diesem Standpunkt hat mich Anatolien gebracht. Anatolien, das ich nur flüchtig betrachten konnte. Mein Herz hat mich dorthin gebracht.“

„Bin ich doch Asiat, Afrikaner“

In Anatolien wird er auch mit türkischen „Spartakisten“ bekannt, die aus Deutschland zurückgekehrt waren und die sich mit den anatolischen Befreiungskräften vereinigt hatten. Die Gründung der Kommunistischen Partei der Türkei (1920) in Baku durch Mustafa Suchi und der Abschluß des türkisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages (1921) schaffen die Voraussetzungen für das wachsende Interesse N. Hikmets an den Ereignissen der Oktoberrevolution in Rußland und an den Schriften von Marx und Engels.

Er geht 1922 nach Moskau und studiert dort an der „Universität der Völker des Ostens“. Hier kommt er in Kontakt mit Revolutionären aus allen Teilen Asiens und lernt die futuristische und konstruktivistische Kunst von Bagritski, Selwinski, Majakowski und Meyerhold kennen. Der Internationalismus, den er sich durch sein Studium und seine Freundschaften zu eigen macht, prägen sein ganzes Leben lang sein poetisches Werk und seine politische Arbeit.



In dem 1962 entstandenen Gedicht „An die Schriftsteller Asiens und Afrikas“ kommt diese Grundeinstellung zum Ausdruck:

„Sind meine Haare auch blond
bin ich dennoch Asiat,
sind meine Augen auch blau,
bin ich doch Afrikaner.
Auch bei uns können achtzig Prozent nicht schreiben,
die Gedichte fliegen als Lieder von Mund zu Mund
und werden manchmal Fahnen,
genau wie bei euch.“

Nach seiner Rückkehr in die Türkei 1928 bestimmt er für ein Jahrzehnt das intellektuelle Leben in seinem Land. Zusammen mit anderen sozialistischen Schriftstellern schafft er mit neuen künstlerischen Formen und Inhalten die Grundlagen für eine neue türkische Literatur.

In dieser Zeit entstehen Werke, die den internationalen Klassenkampf zum Thema haben, wie zum Beispiel „Warum hat Benerjee sich umgebracht“ (1930-32). Hier wird vom Kampf des indischen Volkes gegen den britischen Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit berichtet. Hauptheld des Werkes ist Benerjee, den Hikmet in Moskau kennengelernt hatte und dem er 1930 eines seiner schönsten Gedichte („Mikrokosmos“) gewidmet hat.

1935 entsteht das Werk „Briefe an Taranta Babu“, das eine Mischung aus Lyrik und Prosa darstellt. Es enthält 15 Briefe, die ein Äthiopier, der zum Studium der Malerei nach Italien gekommen ist, an seine Frau schreibt.

N. Hikmets Ausgangspunkt sind die politischen Ereignisse in Italien, das Entstehen des Faschismus, die krassen Klassenwidersprüche, die Vorbereitung auf den imperialistischen

Überfall auf Äthiopien. Nazim Hikmet gelingt es, in dieser Aktualität das Universelle begreifbar zu machen. Im „Siebenten Brief an Taranta Babu“ heißt es:

„Eine solch erstaunliche Welt
ist es hier,
daß sie mit der Fülle stirbt,
mit der Not lebt.

In den Vorstädten gehen kranke Menschen
wie hungrige Wölfe umher,
die Kornspeicher sind verschlossen,
die Kornspeicher sind voller Weizen.

Die Maschinen können den Weg
von der Erde bis zur Sonne
aus seidnem Stoff weben.
Die Menschen sind nackt,
die Menschen gehen barfuß.

Eine solch erstaunliche Welt
ist es hier, daß,
während die Fische Kaffee trinken,
die Kinder keine Milch finden.
Die Menschen füttern sie mit Worten,
die Schweine mit Kartoffeln...“

1937 organisiert Nazim Hikmet in der Türkei das Hilfskomitee für das republikanische Spanien und verfaßt über den spanischen Bürgerkrieg das Gedicht „Es schneit in der Nacht“.

1938 wird er unter der Anschuldigung, mit seinen Werken Militärschüler zur Meuterei aufgehetzt zu haben, verhaftet und 1939 zu insgesamt 28 Jahren und vier Monaten Haft verurteilt. Bis heute bleibt die Bestrafung des unschuldigen Dichters ein Schandfleck in der Justizgeschichte der Türkei. Im Gefängnis bleibt Nazim Hikmet seinen Überzeugungen treu. Die Versuche der herrschenden Klasse, ihn zum Schweigen zu bringen und seine Kampfkraft zu brechen, mißlingen.

„Ich starb in Hiroshima“

Erst 1950 können ihn die nationale und die internationale Solidaritätsbewegung, die von weltbekannten Künstlern wie Picasso, Aragon, Sartre und Neruda geleitet wird, freikämpfen. Als man ihn in der Türkei umbringen will, flieht er in die Sowjetunion.

Von 1950 bis zu seinem Tode am 3. Juni 1963 gehört Nazim Hikmet zu den bedeutendsten Vertretern der internationalen Friedensbewegung. Aus dieser Zeit stammen auch seine schönsten Gedichte für den Frieden und gegen den Atomkrieg.

Der erste Atombombenabwurf über Hiroshima im Jahre 1945 und seine verheerenden Folgen, der die weltweite Friedensbewegung nach dem Ende des 2. Weltkrieges prägte, ist auch Gegenstand mehrerer Gedichte Hikmets: „Der Japanische Fischer“, „Laßt die Wolken nicht die Menschen töten“ und andere, die zum größten Teil noch nicht übersetzt sind. Zu den eindrucksvollsten Gedichten dieser Thematik gehört „Das kleine tote Mädchen“ (1955), das in jüngster Zeit und im Zusammenhang mit der wachsenden Friedensbewegung gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen in Europa vertont und einem breiten Publikum bekannt wurde:

„Ich bin's, die an die Türen klopft,
– bei wieviel Türen ich schon war! –
Wenn mich auch keiner sehen kann,
denn die Toten sind unsichtbar.

Ich starb in Hiroshima
das ist zehn Jahre her.
Ich bin ein Mädchen von sieben Jahren,
tote Kinder wachsen nicht mehr.

Zuerst fing mein Haar Feuer,
dann sind mir die Augen verbrannt.
Ich wurde zu einer Handvoll Asche,
die der Wind mit sich nahm.

Für mich selber wünsche ich nichts von euch,
denn nicht mal Bonbons kann essen ein Kind,
das wie Papier verbrannt!

Ich klopfe an eure Türen,
Tanten, Onkel, gebt eure Unterschrift,
daß nie mehr Kinder verbrennen,
und daß sie auch Bonbons essen können.“

Nazim Hikmet hat Gedichte, Erzählungen, Theaterstücke, Romane, Märchen und Kritiken verfaßt, aber vor allem ist er ein Dichter. Die Themen seiner Werke umfassen alle Bereiche des menschlichen Lebens, private wie gesellschaftliche.

Im Gefängnis in Bursa entstehen seine schönsten Liebesgedichte – sie sind an seine Frau Piraye gerichtet. „Bis ich Deine Mutter kennenlernte“, gesteht er seinem Stiefsohn Memet Fuat in einem Brief, „war ich in puncto Inhalt eine Art Sektierer. Zum Beispiel schrieb ich nicht über die Liebesbeziehungen zwischen den Menschen. Nachdem ich Deine Mutter kennenlernte, befreite ich mich auch davon mit Hilfe ihres schöpferischen Einflusses. Ich liebe und respektiere ein Liebesgedicht, aber ein echtes Liebesgedicht, so wie ein Kampfgedicht.“

Die Säuberung des General Evren

Die Klassenkämpfe in der Türkei der damaligen Zeit stellt N. Hikmet in ihrer erbarmungslosen Härte dar.

Gedichte wie „Die Tore auf dem Beyazit-Platz“ oder „Über den Sieg“ haben gerade heute, unter der Militärdiktatur, beklemmende Aktualität:

„Die Tage sind schwer
und schwarz von Todesnachrichten.
Der Feind ist hinterhältig und ohne Erbarmen.
Unsre Menschen sterben im Kampf
wie hätten sie das Leben verdient,
unsre Menschen sterben, es fallen so viele,
als ob sie an einem Festtag
mit Liedern und Fahnen
zu einer Parade gezogen wären,
sorglos und lebensfroh!“

In der türkischen Literatur war Nazim Hikmet der erste, der sich mit den Themen der Arbeiterklasse und der Bauern befaßte. Dadurch, daß er sein künstlerisches Genie mit seinem politischen Engagement verband, ist er für Generationen von Schriftstellern und Dichtern bis zum heutigen Tag Vorbild und für die demokratische Bewegung der Türkei Symbol.

Daher überrascht es nicht, daß ihn die Junta fast 20 Jahre nach seinem Tod fürchtet und verdammt. General Kenan Evren, der Chef der Militärdiktatur, erklärte am 19. November 1980: „In den Amtsgebäuden einiger Provinzen hängen Bilder und Gedichte von Nazim Hikmet an den Wänden... Diese werden wir beseitigen. Wir werden euch dieses Land wieder sauber wie zu Atatürks Zeiten übergeben.“

Aber Nazim Hikmet läßt sich nicht aus den Köpfen und Herzen der Menschen „verbannen“. Zu seinen Lebzeiten wurden seine Gedichte, die von 1938 bis 1964 verboten waren, durch handschriftliche Kopien verbreitet. Heute sind viele seiner Gedichte vertont und werden als Kampflieder gesungen. Die besten stammen von dem in Westberlin lebenden türkischen Komponisten Tahsin Incirci, unter dessen Leitung auch der erste Arbeiterchor in der Musikgeschichte der Türkei entstand.

20 Jahre „Polemik über die Generallinie“

Der Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) wird neuerdings nachgesagt, sie wolle eine neue Art Marxismus erarbeiten. Deshalb habe sie u.a. Kontakt zur Friedrich-Ebert-Stiftung gesucht.

Die Vorgeschichte dieser Entwicklung geht auf eine Auseinandersetzung zurück, die am 14. Juni 1963 ihren Höhepunkt erreichte mit der Publikation „Vorschlag zur Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung“, einer Antwort des Zentralkomitees der KPCh auf einen Brief des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Ihre inhaltliche Konsequenz war der Bruch der chinesischen Parteiführung unter Mao Zedong mit eben dieser Bewegung.

Die bürgerliche Kommunismus-Astrologie zehrt bis heute von diesem Ereignis, aber auch innerhalb der revolutionären Bewegung stiftete es Verwirrung und hatte verhängnisvolle Auswirkungen.

Noch auf dem VIII. Parteitag der KPCh 1956 hatte es geheißen: „...die Sowjetunion hat uns beim sozialistischen Aufbau eine große Unterstützung geleistet; auch die volksdemokratischen Länder in Europa und Asien... Diese Solidarität und die Freundschaft weiter zu festigen und zu verstärken, das ist unsere höchste internationale Aufgabe.“ In diesem Sinne hatte die KPCh etwa auf den internationalen Beratungen vorbeigehend da sie voluntaristisch angelegt war (siehe AIB 5/1979, S. 4-12). Zugleich gewann ein aggressiver Nationalismus Oberhand, der sich auf die alte Größe des „Reichs der Mitte“ bezog. Im von China gegen Indien geführten Grenzkrieg schlug sich das in Erklärungen wie dieser nieder: „Die chinesisch-indische Grenzfrage gehört zu den wichtigen prinzipiellen (!) Differenzen zwischen uns und den Führern der Sowjetunion“, so das Parteiorgan Jen-min Jih-bao am 2. November 1963.

Doch unterdessen setzte sich in der KPCh die Richtung Mao Zedongs durch. Sie führte das Land innenpolitisch schon 1958/59 in das Fiasco der Aufbauphase des „Großen Sprungs“, die an den realen Bedingungen vorbeigehend da sie voluntaristisch angelegt war (siehe AIB 5/1979, S. 4-12). Zugleich gewann ein aggressiver Nationalismus Oberhand, der sich auf die alte Größe des „Reichs der Mitte“ bezog. Im von China gegen Indien geführten Grenzkrieg schlug sich das in Erklärungen wie dieser nieder: „Die chinesisch-indische Grenzfrage gehört zu den wichtigen prinzipiellen (!) Differenzen zwischen uns und den Führern der Sowjetunion“, so das Parteiorgan Jen-min Jih-bao am 2. November 1963.

Die Führung der KPCh begann auf nahezu allen Gebieten der Strategie und Taktik eine Auseinandersetzung, deren Tonart sie zusehends verschärfte. Sie wurde als „Polemik über die Generallinie“ auf traurige Weise bekannt. In ihrem „Vorschlag“ vom 14. Juni 1963 setzte die KPCh selbst den Maßstab: „Die Generallinie ... kann nur die revolutionären Theorien des Marxismus-Leninismus über die historische Mission des Proletariats zu ihrer Richtschnur nehmen, darf aber niemals von dieser Richtschnur abweichen.“

Die kommunistischen Parteien, darunter die KPCh, hatten den Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus als Hauptinhalt unserer Epoche, das sozialistische Lager neben der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder und den revolutionären Befreiungsbewegungen als Hauptkraft der Revolution definiert. Nun postulierte die KPCh:

Die „heute wichtigsten Sturzcentren der Weltrevolution“ befanden sich in Asien, Afrika, Lateinamerika; diese Aufstandsgebiete, von Lin Biao „Weltdörfer“ genannt, kreisten die imperialistischen „Weltstädte“ ein, versetzten ihnen durch den Verlust ihrer neokolonialen Positionen den Todesstoß. Da die „Weltdörfer“ die gleichen „grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ... wie im alten China“ aufwiesen, müsse ihre Kampfform auch der „Volks-

krieg“ nach chinesischem Muster sein. Sie und die „internationale sozialistische revolutionäre Bewegung“ seien „die zwei (!) gewaltigen historischen Strömungen unserer Zeit“.

War zu Beginn des Vorschlags noch von der „Mission des Proletariats“ die Rede gewesen, so kam dieses nun als eigenständige Kraft nicht mehr vor. Dem sozialistischen Lager blieb lediglich die Aufgabe, die Kämpfe „der geknechteten Massen und der unterdrückten Nationen ... aktiv zu unterstützen“.

Nun war und ist es offenkundig, daß die entscheidende Auseinandersetzung der Systeme (Kapitalismus und Sozialismus) zwischen den Hauptkräften beider Lager stattfindet und ihr Brennpunkt in Europa liegt. Doch die These von den „neuen“ Zentren kam nicht von ungefähr. Verbunden mit der Dogmatisierung der eigenen Erfahrung zum allgemeingültigen Vorbild sollte die Überschätzung der Kämpfe in der „Dritten Welt“ den Hegemonieanspruch Chinas begründen. Am 18. Juni 1966 sollte Jen-min Jih-bao schließlich schreiben: „Die Geschichte der proletarischen Revolution hat uns in die Arena der Weltrevolution gestellt und Peking zum Zentrum der Weltrevolution gemacht.“

Begleitet von leeren Bekenntnissen zu marxistischen Grundsätzen wurden im Rahmen der Polemik immer wüstere „Revisionismus“-Vorwürfe gegen die sowjetische Partei erhoben. Zur Frage der Eroberung der politischen Macht befand Lin Biao bündig: Die Mao-These „die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen“ gelte „wohl allgemein, für China und für alle anderen Länder“.

Er berief sich dabei auf Karl Marx: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.“ Die Position der KPdSU, den „friedlichen“ Weg „maximal auszunutzen, gleichzeitig für den nichtfriedlichen Weg ... vorbereitet zu sein“, wurde ignoriert und diffamiert. Nur: Weder hatte K. Marx den Gewaltbegriff je auf Waffengewalt verkürzt – das Zitat ging gar weiter: „Sie (die Gewalt) selbst ist eine ökonomische Potenz“ –, noch hatte er die Möglichkeit des „friedlichen“ Weges ausgeschlossen (Rede über den Haager Kongreß, 1872).

Neben abenteuerlichen Einschätzungen – z.B. der Imperialismus sei ein „Papiertiger“ – und anderen grundlegenden Widersprüchen entwickelte die KPCh unter Mao vor allem die erstaunliche „Theorie“ von den „Supermächten“ USA und Sowjetunion, die um die Beherrschung des Rests der Welt, die „Zwischenzonen“, rivalisierten. Schließlich war für die KPCh-Führer die aktive Koexistenz- und Spannungspolitik der KPdSU gar nur mehr Verrat am revolutionären Kampf und Kollaboration: „Sie (die SU) berauscht sich am Gedanken zweier Super-Großmächte, die ihre Einflusßphären in der ganzen Welt festlegen.“

Ihren Tiefpunkt erreicht die von Peking geführte „Polemik“ mit dem sog. IX. Parteitag 1969. Die Sowjetunion wurde endgültig zum Hauptfeind ernannt. Der heimlich abgehaltene X. Parteitag 1973 bekräftigte diese Linie. Der Maoismus, die mit blumigen Bauernweisheiten versetzte „Theorie“ der KPCh, zunächst eine Abweichung, erwies sich als dem Marxismus-Leninismus völlig fremde kleinbürgerlich-nationalistische Ideologie.

Der Bankrott dieser Politik ist eine Tatsache. Ihre ehemaligen Adepten sind verstummt, die einst zahlreichen maoistischen Sekten kümmern dahin oder verschieden leise. Doch damit erschöpfte sich die Wirkung des Maoismus nicht.

Das immer weitere Abrücken von den Prinzipien des Antimperialismus mündete schließlich in die aktive Bekämpfung von Befreiungsrevolutionen ein – im Verein mit den USA. Die VR China biederte sich bei Chiles Pinochet-Regime an. Sie unterstützte die Völkermordclique Pol Pots gegen das Volk Kampuchea sowie die sog. afghanischen „Rebellen“. Sie stand 1975/76 zusammen mit dem CIA und dem faschistischen Südafrika im Lager der Konterrevolution gegen Angolas Befreiungsbewegung MPLA. Sie überfiel schließlich 1979 Vietnam, das Jahrzehnte für seine Freiheit gekämpft hatte.

Die in jüngster Zeit von der chinesischen Führung eingeleitete Revision des Maoismus ist ein ebenso wichtiger Beleg für die Realitätsferne, die Unhaltbarkeit dieser Konzeption. Die aktuellen Korrekturen der chinesischen Politik sprechen für sich: Was im Innern die Rückbesinnung auf die materielle Interessiertheit und auf andere Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Wirtschaftsentwicklung ist, kommt in der Außenpolitik in verschiedenen neuen Ansätzen (siehe Beitrag R. Wards in: AIB 3 und 5/1983 ff.), so im teilweisen Abgehen von der Allianz mit den USA, der Wiederhinwendung zur Dritten Welt bzw. zu einigen Befreiungsbewegungen oder in ersten Normalisierungsschritten gegenüber der Sowjetunion, zum Ausdruck.

J. Ostrowsky



Chinesische Führer neben Mao in der Kulturrevolution (v. r. n. l.): sein designierter Nachfolger Lin Biao, Tschoou En-lai, Tschiang Tsching, Kang Scheng

Symposium „Umweltgerechte Entwicklungspolitik“

Nur einmal drohte der um Konsens bemühten Tagungsleitung des Symposiums über „Umweltgerechte Entwicklungspolitik“, das der Deutsche Naturschutzring (DNR) am 2./3. Mai 1983 in Bonn veranstaltete, das Heft aus der Hand zu gleiten. Als aus der Arbeitsgruppe 6 (Entwicklungshilfe und Einsatz von Pestiziden in der Dritten Welt) gefordert wurde, den Export von Pflanzenschutzmitteln in die Entwicklungsländer durch einen rechtsverbindlichen Verhaltenskodex einzuschränken und teilweise (im Falle besonders giftiger Stoffe) ganz zu verbieten, erhoben die drei anwesenden Vertreter der Chemie- und Pharmagiganten, die Herren Ahrens (Bayer AG), Hieppo (BASF) und Hüttenbach (Hoechst AG), heftigen Protest.

Die betreffenden Konzerne hätten viel zu verlieren. Immerhin ist die Bundesrepublik der größte Pestizid-Exporteur der Welt. Und inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, daß die im Zuge der „Grünen Revolution“ (landwirtschaftliche Ertragssteigerungspolitik in den 60er und 70er Jahren) massiv in der Dritten Welt zum Einsatz gekommenen Pestizide das Hungerproblem noch verschärft haben.

Die vom DNR gewünschte Deklaration kam trotz dieses Mißklanges dennoch zu Stande und enthält jetzt so bedeutungsschwangere Forderungen wie:

- die Entwicklungspolitik muß die Grundbedürfnisse der Bevölkerung in der Dritten Welt befriedigen;
- die Entwicklungspolitik muß die ökologischen Bedingungen berücksichtigen, mindestens umweltverträglich sein und eine nachhaltige Nutzung durch den Menschen sicherstellen;
- die Entwicklungspolitik muß die kulturelle Identität und das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen respektieren;
- jede Entwicklungspolitik, die überwiegend den wirtschaftlichen Interessen der Industrieländer dient, ist aufzugeben.“

„Ökologiebewußter“ Köhler (CDU)

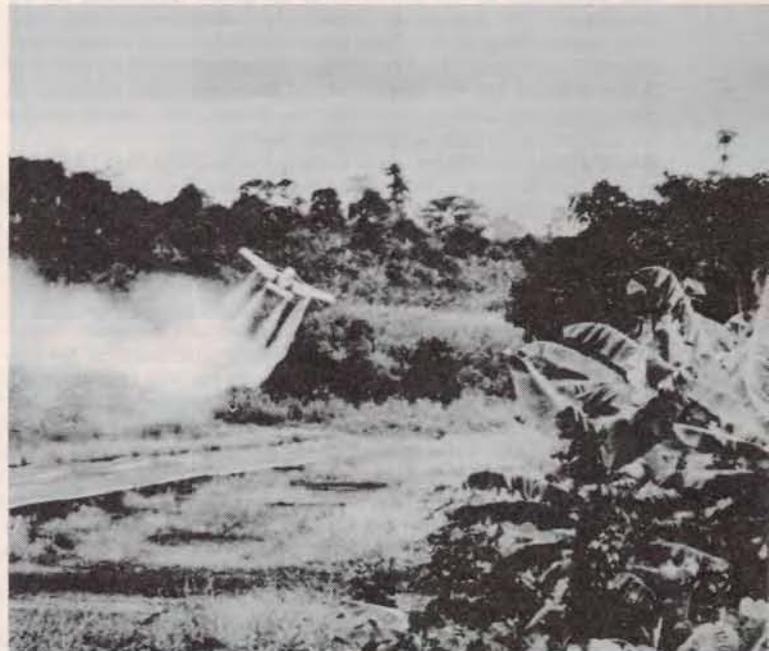
Die gleichfalls geforderte „Umorientierung der nationalen und internationalen Entwicklungspolitik“ scheint vielen Platz zu bieten. Da fiel es selbst dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Volkmar Köhler (CDU), leicht, sein Haus als besonders ökologiebewußt darzustellen. Auf der abschließenden Podiumsdiskussion des Symposiums gab V. Köhler den Anwesenden – nicht ohne ein gewisses Maß an Stolz – zur Kenntnis, daß das BMZ „unter der neuen Leitung“ im Januar 1983 erstmals eine „Umweltverträglichkeitsprüfung“ für alle von ihm geförderten Entwicklungsprojekte eingeführt habe. Ein exakter Kriterienkatalog, auf dessen Grundlage die Prüfung erfolgen kann, soll allerdings erst erarbeitet werden. Generös lud der Staatssekretär dabei den DNR zur Mitwirkung ein.

Erhard Eppler, von 1968-74 Entwicklungsminister der sozialliberalen Koalition, der ebenfalls an der Podiumsdiskussion teilnahm, war so viel Unverbindlichkeit und Hang zu Allgemeinplätzen schon weniger geheuer. Nicht ohne Süffisanz stellte er fest, daß eine solche Deklaration auch schon vor zehn Jahren hätte verabschiedet werden können. Die Aussagen der Deklaration griffen ihm schon im Ansatz zu kurz. Denn die Entwicklungspolitik und noch mehr die Entwicklungshilfe spiele im Zusammenhang des Gesamteinflusses, den die Industrieländer über den Handel, die Multis usw. auf die Dritte Welt ausübten, nur eine nebensächliche Rolle. Die Zerstörung des sozialen, ökologischen und Bevölkerungsgleichgewichts in den heutigen Entwicklungsländern sei Resultat von deren Einbeziehung in „unser wirtschaftliches Entwicklungssystem“.

Das schlimmste Überbleibsel des Kolonialismus – so E. Eppler weiter – sei der Export „unserer Leitbilder“. Solange „wir“ folglich nicht durch neue Leitbilder hier bei uns ganz andersartige „Imitationseffekte“ in der Dritten Welt ermöglichen, führe deren Entwicklung notwendigerweise in immer neue fatale Sackgassen.

Auch damit war der Kern des Problems bestenfalls angetippt. Denn die Forderung nach neuen Leitbildern muß eine illusionäre Hoffnung bleiben, wenn sie nicht mit der Entwicklung und praktischen Umsetzung radikaler gesellschaftsverändernder Strategien einhergeht. Auch Umweltfragen sind letztlich Machtfragen. Und wenn sich die immer alarmierendere Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen im Kern auf das dahinterstehende Profitinteresse (z.B. an der Abholzung des tropischen Regenwaldes in Brasilien) zurückführen läßt, dann ist es zumindest notwendig, diejenigen sozialen Klassen und Gruppen auszumachen, die ein Interesse an der Beendigung dieses Raubbaus haben.

Derartige Zusammenhänge wurden auf dem Bonner Symposium jedoch bestenfalls ansatzweise sichtbar. Interessengegensätze wurden meistens in den Bereich der Ideen verwiesen. So konstatierte Kurt Egger (Botanisches Institut der Universität Heidelberg) einen Konflikt „zwischen herkömmlicher ökonomisch-technologischer Rationalität und einer diese in Frage stellenden ökologischen Rationalität“, um dann nichtsdestoweniger festzustellen: „Es besteht mehr und mehr Konsens darüber (zwischen wem? ; d. Verf.), daß Entwicklungshilfe vielmehr ein Anreiz zur differenzierten Eigenentfaltung kultureller Identität mit Hilfe produktiver und nachhaltiger Systeme des Landbaus, der Industrie, des Handels und der Infrastruktur sein sollte, die sich im Einklang mit dem bewußt gesetzten Ziel langfristiger Erhaltung gut funktionierender und reichhaltiger Ökosysteme vollzieht.“



Pestizid-Einsatz per Flugzeug in Kamerun

Für die westlichen Industrieländer mag es noch angehen, daß sich das Kapitalinteresse den Umweltschutz als neues Verwertungsfeld erschließt und auf diese Weise technokratische Lösungen gefunden werden, um mindestens die Reproduktionsgrundlagen des bestehenden Wirtschaftssystems zu erhalten. Die sich in der Dritten Welt abzeichnende Umweltkatastrophe weist indessen solche Dimensionen und Verflechtungen mit anderen Lebensfragen (Hunger, Analphabetismus, schlechte soziale Versorgung usw.) auf, daß technokratische Ansätze wie Tropfen auf den heißen Stein wirken dürften.

Bis heute besteht darüber hinaus noch ein großes Mißverhältnis zwischen dem Wissen um die Ausmaße des Problems und bereits ausgearbeiteten Lösungsvorschlägen einerseits und dem (nicht)vorhandenen politischen Willen der Verantwortlichen zum Handeln andererseits, wie u.a. Arnim Bechmann (Institut für Landschaftsökonomie der Technischen Universität Berlin-West) an Hand des Berichts „Global 2000“ (siehe AIB 4/1982) aufzeigte.

Die konkreten Konzepte, die in Bonn vorgestellt wurden, waren durchweg auf der Projektebene angesiedelt. Sie bewegten sich fast alle im Rahmen des seit längerem propagierten Konzepts der kleinen und arbeitsintensiven Technologie. Daß derartige Kleinprojekte nur teilweise geeignet sind, um den Entwicklungsproblemen zu begegnen, und daß ihre ausschließliche Propagierung in der Dritten Welt oft auf berechtigtes Mißtrauen stößt, weil die wirtschaftliche Unabhängigkeit auf diesem Weg nicht zu erreichen ist, wurde kaum mitreflektiert.

Die Abneigung gegen Großprojekte an sich war bei den meisten Teilnehmern so verwurzelt, daß die Warnung von Theodor Bergmann (Universität Hohenheim), man dürfe bei aller berechtigter Kritik an den Entwicklungsmodellen der letzten Jahrzehnte nicht gleich das Kind mit dem Bade ausschütten, auf weitgehendes Unverständnis stieß.

R. Falk

Keine neuen Atomraketen in unser Land!

Die rund 700 Teilnehmer der 3. Aktionskonferenz der bundesdeutschen Friedensbewegung, die Mitte April d.J. in Köln stattfand, beschlossen vom 15.-22. Oktober 1983 eine landesweite Aktionswoche durchzuführen. Drei überregionale Großdemonstrationen bzw. „Volksversammlungen für den Frieden“ in Bonn, im Norden und Süden der Bundesrepublik sollen sie abschließen.

Es ist an der Zeit: Sagt nein! Keine neuen Atomraketen in unser Land!

Die Zeit drängt: Die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missile muß verhindert werden. Geht es nach den Plänen der US-Regierung, der NATO und der Bundesregierung, wird es Ende dieses Jahres so weit sein: Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper sollen in unserem Land stationiert werden. Damit wird ein auf Europa begrenzter Atomkrieg denkbar. Das macht uns Angst.

Das Wettrüsten in Ost und West ist die größte Bedrohung für die Menschheit. Das System der gegenseitigen Abschreckung hat dazu entscheidend beigetragen. Jedes neue Waffensystem in Ost und West bedeutet nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Die Europäer sind in der Gefahr, wie die Bewohner von Hiroshima und Nagasaki, in einem atomaren Inferno vernichtet zu werden. Wir müssen aus der Geschichte lernen und uns rechtzeitig wehren.

Rüstung tötet schon jetzt – mit und auch ohne Krieg. Seit 1945 sind in über 150 Kriegen in der sogenannten Dritten Welt mehr Menschen getötet worden als im 2. Weltkrieg. Jede Minute werden weltweit 2,5 Millionen DM für die Rüstung ausgegeben; in der gleichen Zeit sterben 50 Menschen an Hunger. Während riesige Geldsummen in die Herstellung von Waffen gesteckt werden, fehlen diese Mittel zur Beseitigung der Armut, der Umweltzerstörung und der Arbeitslosigkeit. Neue Atomraketen und Hochrüstung werden mit weiterem Sozial- und Bildungsabbau bezahlt. Rüstung schafft keine sicheren Arbeitsplätze. Im Gegenteil. Die Rüstungswirtschaft hat sich in der Vergangenheit als eine der größten Arbeitsplatzvernichter hervorgetan. Wir fordern den Stopp und die schrittweise Senkung des Rüstungshaushaltes, damit die freiwerdenden Mittel für soziale Zwecke und für ein umfassendes Beschäftigungsprogramm eingesetzt werden können.

Das Wettrüsten fördert in Ost und West, in Nord und Süd die Militarisierung der Gesellschaften. Frauen sind hiervon besonders betroffen. Sie sollen nicht in die Militarisierung als Reservearmee einbezogen werden. Dies entspricht nicht ihrer Forderung nach Selbstbestimmung, nach Wahrung ihrer sozialen und politischen Rechte und Erhaltung ihrer Würde gegen tägliche Diskriminierung.

Frieden bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg zwischen Staaten. Frieden ist ein Prozeß für Gerechtigkeit, für Verminderung und Beseitigung von Not, Elend und Gewalt, die Beseitigung rassistischer, religiöser, wirtschaftlicher, sozialer und sexistischer Unterdrückung und Diskriminierung, die Gewährleistung der Menschenrechte und des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen.

Weltweit haben die Friedensbewegungen einen großen Einfluß gewonnen. Ihr Rückhalt in der Bevölkerung wächst.

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik weiß sich mit der amerikanischen Friedensbewegung einig in der Forderung, Herstellung, Tests und Stationierung von Atomwaffen einzufrieren und gemeinsam keine neuen Atomraketen in Europa zuzulassen, unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen. Alle Atomwaffen in und für Europa, einschließlich der sowjetischen SS 20, der französi-

schen, britischen und amerikanischen Raketen, müssen abgeschafft werden. Die „Zwischenlösung“ ist ein Trick, um die Aufrüstung in Raten durchzusetzen und die Öffentlichkeit zu täuschen. Jede „Zwischenlösung“, die die Stationierung auch nur einer einzigen Pershing II oder Cruise-Missile beinhaltet, lehnen wir ab.

Wir rufen die ganze Bevölkerung auf: Informiert euch über die Gefahren! Werdet mit uns aktiv gegen die drohende atomare Vernichtung unseres Landes! Wehren wir uns gemeinsam gegen die Stationierung der neuen Atomraketen in unserem Land!

Wir appellieren, durch Aufklärung und vielfältige Aktionen zur Verbreiterung des Widerstandes beizutragen. Viele Menschen sind bereit, sich an gewaltfreien Aktionen des zivilen Ungehorsams zu beteiligen. Ihr Handeln ist Ausdruck einer neuen Widerstandsbereitschaft in der Friedensbewegung.

Wir fordern von der Bundesregierung und den Regierungen der übrigen Mitgliedsländer der NATO:

1. Ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise-Missile zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atom- und aller anderen Vernichtungswaffen in West- und Osteuropa eröffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen. Jegliche Vorbereitungen der Stationierung müssen unverzüglich eingestellt werden.

2. Die Beseitigung aller in der BRD gelagerten chemischen Waffen.

3. Die Schaffung regionaler atomwaffenfreier Zonen in Europa, bei gleichzeitiger Verringerung der konventionellen Rüstungen in Ost und West; sofortige Senkung der Rüstungshaushalte zugunsten gesellschaftlich sinnvoller Produktion.

4. Eine Politik der Entspannung, die die politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen fördert und ein Klima für weitere Abrüstungsschritte schafft.

5. Keine Rüstungsexporte und Interventionen. Das Elend der Länder der sogenannten Dritten Welt ist auch ein Ergebnis zunehmender Militarisierung.

Die großen Militärmächte, insbesondere die USA und die Sowjetunion, fordern wir auf:

1. Die Entwicklung, Erprobung, Herstellung und Stationierung aller Massenvernichtungswaffen sowie von Raketen, Flugzeugen und Schiffen einzufrieren, die als atomare Trägersysteme geeignet sind.

2. Darauf zu verzichten, durch neue Waffen oder Kriegführungsstrategien sowie den Ausbau von Erstschlagkapazitäten eine militärische Überlegenheit herzustellen.

3. Alle Massenvernichtungsmittel, also auch die chemischen, biologisch-bakteriologischen und Strahlenwaffen zu ächten und zu beseitigen.

4. Jede militärische Einmischung und Intervention in der sogenannten Dritten Welt zu unterlassen und die Emanzipationsbestrebungen nicht unter dem Vorwand des Ost-West-Konfliktes zu ersticken.

Die Gruppen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik rufen für die Woche vom 15. bis 22. Oktober 1983, angesichts der drohenden Stationierung neuer Atomraketen und im Zusammenhang mit der UNO-Abrüstungswoche, zu vielfältigen und gewaltfreien Aktionen und Veranstaltungen auf. Während der ganzen Woche sollen verschiedene gewaltfreie Aktionen (wie z.B. Friedenscamps, Mahnwachen, Blockaden, Schweigeminuten) stattfinden.





Stefan Siegert
Karl Marx geht um
Eine Bilder-Geschichte
152 Seiten, 14,80 DM

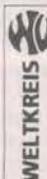
Wolfgang Albrecht
Barbara Hoffmann
Kalter Wind am Bosphorus
Reise in eine unbekannte Türkei,
Sachbuch, 200 Seiten, 9,80 DM

Conrad Schuhler
Freeze!
Die Geschichte des anderen Amerika,
Sachbuch, 224 Seiten, 12,80 DM

Im Buchhandel
erhältlich

NEU!

Postfach 789
46 Dortmund



Friedensbewegung

Die 3. Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 16./17. April 1983 in Köln, an der mehr als 700 Vertreter von Friedensinitiativen aus der Bundesrepublik teilnahmen, beschloß über den nebenstehenden Aufruf hinaus konkrete Festlegungen für die Aktionswoche vom 15.-22. Oktober d.J. So soll jeder Tag der Woche einen anderen Schwerpunkt haben: Geplant sind Widerstandstage der Kirchen (Sonntag), der Frauen (Montag), des Antimilitarismus und der internationalen Solidarität (Dienstag), der Arbeiter, Betriebe, sozialen Einrichtungen und Landwirte (Mittwoch), der Schulen und Hochschulen (Donnerstag) und der Ministerien, Parlamente, Stadträte und Parteigruppen (Freitag). Die für Samstag, den 22. Oktober, geplanten drei „Volksversammlungen für den Frieden“ in Bonn, Nord- und Süddeutschland bilden den Höhepunkt.

Auf der Konferenz hatte es eine klare Mehrheit für eine zentrale Großdemonstration in Bonn, dem „politischen Stationierungsort“, gegeben, so daß die Einigung auf drei regionale Großveranstaltungen einen Kompromiß darstellt. Mit überwältigendem Beifall und ohne Gegenrede wurde hingegen eine Solidaritätsadresse mit Nicaragua angenommen.

R. Reagans Kriegskurs gegen das mittelamerikanische Land dürfte neben den neuen Mittelstreckenraketen auch im Mittelpunkt der Proteste stehen, wenn US-Vizepräsident Bush am 25.6. d.J. anlässlich eines BRD-Besuchs ausgerechnet in Krefeld einen Gegenappell zum Krefelder Appell, der inzwischen 4 Mio Unterschriften trägt, ins Leben rufen will.

Türkei-Tribunal



Am 23. April d.J. fand in Duisburg ein „Tribunal gegen Folter, Mord und Unterdrückung in der Türkei und Türkisch-Kurdistan“ statt. Gewerkschafter, Vertreter von Linksparteien und Jugendorganisationen beteiligten sich als Schöffen an der Veranstaltung, die von der „Initiative Solidarität mit den Demokraten in der Türkei“ organisiert wurde und an der rund 400 Menschen teilnahmen. Zu den Zeugen gehörten Murat Tokmak, Vorstandsmitglied der illegalisierten Gewerkschaft DISK, und der türkische Rechtsanwalt Serafettin Kaya.

In der Duisburger Anklageschrift, die der Rechtsanwalt und AIB-Autor Rolf Geffken vortrug, wurde die türkische Militärjunta der Mißachtung der Menschen- und Gewerk-

Filmtip: Honduras Connection

Honduras Connection, Regie Leo Gabriel, 16 mm, Farbe, 47 Min., Verleih: CON Filmverleih, Westerdeich 38, 2800 Bremen, Preis für eine Vorführung: 68 DM
Dieser Dokumentarfilm eignet sich besonders für Veranstaltungen über die US-Aggression gegen Nicaragua. Zwar ist er auch ein Film über die heutige Situation in Honduras, doch zeigt er vor allem die Verwicklung dieses Landes in die US-Kriegspläne gegen Nicaragua. General G. Alvarez Martinez, der starke Mann von Honduras, kommt ebenso zu Wort wie der US-Botschafter John Negroponte, der die Aktivitäten der antisandinistischen Konterrevolutionäre und des honduranischen Heeres koordiniert. Die Beteuerungen, daß die Somozisten keine Lager in Honduras unterhielten und die

Opposition nicht unterdrückt würde, werden widerlegt. Angehörige von politischen Gefangenen berichten und der ehemalige argentinische Militärberater Hector Frances deckt die Pläne und Strukturen der Invasoren auf. Geheime Landepisten, Lager der Somozisten und Militärmanöver belegen das Ausmaß der Umsturzpläne. Leo Gabriel hat seit 1972 bereits zehn Filme über revolutionäre Entwicklungen in Lateinamerika gedreht. Seinen neuesten Film „Honduras Connection“, der vom Informationszentrum von Honduras (CENIH) und der Presseagentur für Alternative Information (APIA) produziert wurde, stellte er im Januar d.J. fertig. Dieser sehr empfehlenswerte Streifen markiert den einstweiligen Höhepunkt seines Filmschaffens.

schaftsrechte bezichtigt. 200.000 Verhaftungen, 5.401 Todesanträge, systematische Folterungen und Morde an türkischen Demokraten gehören zum Sündenregister der Putschisten des 12.9.1980. Die Bundesregierung wurde der Mitverantwortung an diesen Menschenrechtsverletzungen angeklagt, da sie dieses Regime finanziell, militärisch und politisch unterstützte.

Rolf Geffken verurteilte vor dem Tribunal ferner die Zusammenarbeit bundesdeutscher und türkischer Geheimdienste im Falle türkischer Asylbewerber – und wurde auf der Heimreise prompt von türkischen Botschaftsangehörigen verfolgt.

7. BUKO

Vom 16.-19. Juni 1983 findet in Hannover der 7. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) statt. Der Kongreß steht wie der 6. BUKO in Mannheim (siehe AIB 1/1983, S. 46-47) unter dem Motto „Entwicklung heißt Befreiung“ und soll mehrere Aufgaben erfüllen: Einmal soll versucht werden, eine zusammenfassende Kritik an der etablierten Entwicklungspolitik der Bundesrepublik zu formulieren und zu verabschieden. Dazu will man nochmals Arbeitsgruppen zu solchen Thema, die in Mannheim nicht ausführlich behandelt werden konnten, durchführen, u.a. über Mittelamerika, Internationale Finanzorganisationen und Direktinvestitionen. Zum anderen ist daran gedacht, die Diskussion über einen „positiven Entwicklungsbegriff“ und Bestandteile einer „alternativen Dritte-Welt-Politik“ zu begin-

nen. Dazu sind Diskussionsforen geplant. Beiträge und Positionspapiere sollen bereits im voraus in Form eines Readers zugänglich gemacht werden.

Tagungsunterlagen und Reader können bezogen werden über:
BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Grenada-Solidarität

Eine Unterschriftenaktion des Freundeskreises BRD-Grenada gegen die Interventionsdrohungen der Reagan-Administration gegenüber der Karibik-Insel hat inzwischen über 1.000 Unterschriften erbracht.

Der Freundeskreis bietet zur Verstärkung der Grenada-Solidarität desweiteren eine Solidaritätsplakette (Aufschrift: Solidarität mit Grenada – Long live the Peoples Revolution; Preis 2 DM) sowie eine Broschüre (Preis 4 DM) an. Themen der Broschüre sind u.a.: Die Verleumdungs- und Destabilisierungskampagne der US-Regierung gegen Grenada, die Rede von Präsident Maurice Bishop auf der 7. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen, ein Reisebericht und eine Bilanz der Erfolge bei der Entwicklung des Gesundheitswesens.

Unterschriften, Plaketten und Broschüren können bezogen werden über: FK BRD-Grenada, c/o H. Lederer, Obere Fuhr 36, 4300 Essen.

Geldspenden sind erbeten auf das Konto: N. Noisser/FK BRD-Grenada, Nr. 2607581600, Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt, BLZ 50010111

Argentinien



Mütter protestieren auf der „Plaza de Mayo“ gegen das Verschwinden ihrer Angehörigen

Harte Kritik übten Gewerkschafter, Politiker, Geistliche und Vertreter der Menschenrechtsgruppen an dem offiziellen Dokument, das die argentinische Militärjunta am 28. April 1983 als Antwort auf die Verschundenenfrage veröffentlichte. In der „abschließendes Dokument der Militärjunta über den Krieg gegen Subversion und Terrorismus“ genannten Mitteilung erklärte die Junta alle vermißt geltenden Personen für tot.

Wohl im Hinblick auf die für den 30. Oktober d.J. angesetzten Wahlen räumten die Militärs ein, daß in den „kriegsähnlichen Konflikten“ mit der argentinischen Guerilla „Irrtümer“ und „gelegentlich“ Menschenrechtsverletzungen vorgekommen seien. Doch wären die Verantwortlichen bereits von Militärgerichten belangt worden. Die Menschenrechtsorganisationen Argentiniens, die die Zahl der Verschollenen auf 30.000 schätzen, sprachen hierbei von einer Selbstamnestie der Junta. Zusammen mit den in der Gruppe der „Mütter vom Plaza de Mayo“ vereinigten Angehörigen der Vermißten wollen sie das lückenhafte Dokument in Kürze detailliert widerlegen.

Südafrika – Frankreich

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung einer „Charta für die vollständige Isolierung des südafrikanischen Apartheidregimes“ enthielt die französische Anti-Apartheid-Bewegung (MAA) am 13. April d.J., daß Pretoria an Frankreich herangetreten ist, um einen Vertrag über die Lieferung und den Bau eines zweiten Atomreaktors abzuschließen. Wie aus einem durch die MAA der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Brief des Afrikanerats von Präsident Mitterrand, Guy Penne hervorgeht, ist das südafrikanische Ansinnen bislang keineswegs abschlägig entschieden worden, sondern noch gänzlich „in der Schwebe“.

Eine eindeutige Entscheidung im Sinne des UN-Waffenembargos hat hingegen die sozialistische Regierung Spaniens gefällt: Wie die Madrider Zeitung El País am 24.4.1983 berichtete, annullierte die Regierung bereits im Januar d.J. einen Militärvertrag mit Pretoria über 300 Mio Dollar, der die Reparatur und Generalüberholung dreier südafrikanischer U-Boote des französischen Typs Daphne auf einer spanischen Werft vorsah.

Moçambique

Unter der Losung „Das Vaterland verteidigen, die Unterentwicklung besiegen, den Sozialismus errichten“ fand am 26.-30. April 1983 der 4. Parteitag der Befreiungsfront von Moçambique (FRELIMO) in Maputo statt. Bereits in seiner Eröffnungsrede stellte der FRELIMO-Vorsitzende und Staatspräsident, Samora Machel, fest, daß weder die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung Moçambiques noch die zunehmenden Überfälle von Südafrika aus das Land von der aktiven Unterstützung des Befreiungskampfes im Südlichen Afrika abbringen könnten.

Das neue Programm und Statut der FRELIMO, die jetzt über 110.000 Mitglieder zählt, bekräftigt den marxistisch-leninistischen Charakter der Partei und bezeichnet Moçambique als einen sozialistischen Staat. Ein Großteil der Veränderungen bezieht sich auf die Wirtschaftspolitik. Es wird eine Ausweitung des staatlichen Sektors in allen Bereichen der Produktion gefordert. In der Landwirtschaft, deren Wachstum oberstes ökonomisches Ziel ist, soll neben den Staatsfarmen besonders der genossenschaftliche Sektor gefördert werden. Auch eine stärkere Stimulierung des privaten Nahrungsmittelsektors ist vorgesehen. In der Industrie wird schwerpunktmäßig auf den weiteren Aufbau solcher Betriebe orientiert, die örtlich vorhandene Ressourcen verarbeiten können.

Äthiopien

Acht freiwillige Helfer internationaler karitativer Organisationen, die sich um die Linderung der gegenwärtigen Dürrekatastrophe in den Nordprovinzen Äthiopiens bemühen, sind Ende April 1983 in Korem, der Provinzhauptstadt Tigres, entführt worden. Für die Kidnapping-Aktion zeichnet die separatistische „Volksfront zur Befreiung Tigres“ (FPLT) verantwortlich.

Der Anschlag ist im Zusammenhang einer Reihe von Versuchen zu sehen, die zum Ziel haben, die internationalen und äthiopischen Hilfsmaßnahmen zur Bekämpfung der neuerlichen Dürrekatastrophe zu diskreditieren. Dazu gehört die bereits im März d.J. von der britischen Zeitung Sunday Times veröffentlichte Behauptung von Exilorganisationen, Getreidelieferungen der Europäischen Gemeinschaft (EG) nach Äthiopien würden zweckentfremdet an die Sowjetunion weitergeleitet.

Neben der äthiopischen Regierung haben inzwischen auch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und der Deutsche Caritasverband derartige Meldungen dementiert und versichert, daß die Hilfssendungen ihre Adressaten erreichen. Die EG führt ihre zwischenzeitlich ausgesetzte Nahrungsmittelhilfe ebenfalls fort.

Die Tageszeitung (TAZ) äußerte unterdessen am 4.5.1983 den durch nichts belegten „Verdacht“, die Regierung in Addis Abeba wolle mittels einer „Politik des Hungers“ gegenüber den Widerstandsorganisationen Eritreas und Tigres das Erreichen, was ihr militärisch bislang nicht gelungen sei. Mehr als fraglich ist indessen, wie man mit einem – ebenfalls von der TAZ veröffentlichten – Hilfsaufruf für solche Organisationen Glaubwürdigkeit bewahren will, wenn deren politische Basis offensichtlich so eng geworden ist, daß sie die Entführung von Mitarbeitern humanitärer Hilfsorganisationen nötig haben.

Malawi

Das Regime unter Hasting Banda bereitet einen weiteren Schlag gegen die demokratische Opposition Malawis vor: Das Beweisaufnahmeverfahren des obersten Gerichts des Landes gegen Orton Chirwa, den Vorsitzenden der verbotenen Freiheitsbewegung Malawis (MAFREMO), u.a. Oppositionelle wurde Ende Februar d.J. abgeschlossen. Am 24.12.1981 war O. Chirwa unter mysteriösen Umständen festgenommen worden; nach Aussagen des Angeklagten wurde er auf sambischem Territorium gekidnappt.

Obwohl O. Chirwa sein Verfahren über weite Strecken zu einem Tribunal gegen die Banda-Diktatur umdrehte, ist entsprechend der Anklage („versuchter Putsch und Mord“) die Verhängung der Todesstrafe wahrscheinlich. Von diesem Gericht, zu dem keine Verteidiger zugelassen sind, wurden mit einer Ausnahme nur Todesurteile verhängt.

Zudem hat H. Banda einen besonderen Ruf wegen der Morde an Oppositionspolitikern. So hatte er die Verantwortung „meiner Jungs“ für Mordversuche am Präsidenten der Sozialistischen Liga Malawis (LESOMA), Attati Mpakati, offen zugegeben. Am 28.3.1983 wurde A. Mpakati in Harare/Zimbabwe erschossen aufgefunden.

Thailand

Auf Beschluß von Ministerpräsident Prem Tinsulanond wurde das Unterhaus vorzeitig aufgelöst und Neuwahlen für den 18. April festgesetzt. Dadurch war es dem Militär noch einmal gestattet, sich an der Wahl zu beteiligen. Denn nach der Verfassungsänderung, die am 22. April in Kraft tritt, dürfen Staatsangestellte (also auch Militärs) keine Kabinettsposten übernehmen; eine Parteizugehörigkeit für Parlamentarier wird zur Pflicht.

Trotzdem gingen als Sieger nicht die nationalchauvinistischen und monarchistischen Militärs aus den Wahlen hervor, sondern die drei bürgerlichen Parteien, die auch bisher die Regierungskoalition bildeten. Es sind dies die Soziale Aktionspartei unter dem früheren Premierminister Kukrit Pramoj, die Thailändische Nationalpartei (Chart Thai) und die liberale Demokratische Partei unter Vorsitz von Bhichau Rattakul. Sie erlangten 93, 73 bzw. 56 Sitze, zusammen also 222 (von 324). Da keine der Parteien die absolute Mehrheit erringen konnte, sind Koalitionsverhandlungen wahrscheinlich.

An der Wahl, die allgemein als ein Votum für mehr Demokratie gewertet wird, beteiligten sich 53% der etwa 24 Mio Wahlberechtigten des Landes. Das ist die höchste Wahlbeteiligung seit Jahrzehnten. Ob die sehr einflussreichen Militärs dieses Ergebnis hinnehmen oder erneut putschen werden, ist noch abzuwarten.

China – Vietnam

Am 16. April 1983 eröffnete chinesische Artillerie von der Provinz Yunnan aus erneut das Feuer auf vietnamesische Stellungen entlang der gemeinsamen Grenze. Das war der schwerste Grenzzwischenfall seit Mai 1981. Nach chinesischen Angaben wurden dabei 16 vietnamesische Soldaten getötet.

Selbst westliche Diplomaten in Südostasien halten die VR China für den Angreifer. Sie habe ein Interesse daran, vietnamesische Truppen in der Grenzregion zu binden und somit indirekt in die zeitgleichen Auseinandersetzungen zwischen vietnamesischen Truppen und den Banden von Pol Pot, Son Sann und Norodom Sihanouk in Kampuchea einzugreifen. Son Sann selbst forderte Beijing kurz vor dem erneuten Grenzzwischenfall zu einer „zweiten Lektion“ für Vietnam auf: „Ich kann nicht für China sprechen, aber ich hoffe, daß die zweite Lektion bald erteilt wird.“

Iran

Nach der Verhaftung von führenden Mitgliedern der Tudeh-Partei Irans (TPI) am 6. Februar 1983 (siehe AIB 4/1983, S. 32-34) hat die islamische Führung ihre Kampagne gegen die iranischen Kommunisten und die Sowjetunion weiter verschärft.

Am 30. April d.J. wurden der Generalsekretär der TPI, Nurredin Kianouri, und der Herausgeber der Parteizeitung Nameh Mardom, Manutschehr Behzadi, im Fernsehen vorgeführt. Sie „gestanden“, für den sowjetischen Geheimdienst KGB gearbeitet und Waffen-

arsenale angelegt zu haben. Ein weiteres „Geständnis“ von fünf Politbüromitgliedern folgte am 2. Mai d.J., weitere 15 derartige Sendungen sind noch vorgesehen. Gleichzeitig wurden mehrere tausend Mitglieder der TPI verhaftet.

Am 4. Mai d.J. wurde das Verbot der Tudeh-Partei bekanntgegeben und ihre Mitglieder aufgefordert, sich bis zum 22. Mai der Staatsanwaltschaft zu stellen. Einen Tag später verwies man 18 sowjetische Diplomaten des Landes. Bereits am 3. Mai d.J. mutmaßte die Pariser Tageszeitung Le Monde: „Man muß sich fragen, ob die antikommunistische Repression und der Kalte Krieg gegen Moskau nicht eine Normalisierung mit Washington ankündigen.“ Auf diese Zielsetzung deuten auch die Warnungen führender US-Repräsentanten vor einem „sowjetischen Eindringen“ in den Iran hin.

In einer Erklärung vom 1. Mai d.J. weist die TPI auf die schweren Folterungen hin, denen die verhafteten Mitglieder ausgesetzt sind: „Das Leben all dieser Unschuldigen ist in äußerster Gefahr.“ Personen, die in der Vergangenheit ähnliche „Geständnisse“ abgelegt hatten, waren anschließend hingerichtet worden.

Nahost

Die von US-Außenminister George Shultz am 25. April d.J. begonnene Nahost-Mission (Erstvisiten in Kairo, Jerusalem und Beirut) ist im Kern als ein Versuch anzusehen, doch noch Separatverhandlungen auf der Basis des Reagan'schen Nahost-Planes vom September 1982 zustandezubringen.

Zugleich setzt die Regierung Begin offenbar darauf, gegen die in der ostlibanesischen Bekaa-Ebene konzentrierten Truppen Syriens und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) einen sog. „Präventivschlag“ zu führen.

Auch der massive Ausbau der israelischen Truppenstärke und Stellungen entlang der ostlibanesischen Frontlinie sowie die Durchführung von Manövern auf den annektierten Golan-Höhen deuten auf rege Kriegsvorbereitungen hin. „Wir erwarten den Angriff auf die syrischen Truppen im Bekaa, die verstärkt worden sind und verpflichtet sind, der israelischen Konfrontation standzuhalten“, erklärte PLO-Führer Abu Iyad Ende April d.J.

Am 1. Mai bekräftigte er, im Anschluß an eine Tagung des PLO-Exekutivkomitees in Tunis, daß die unterbrochenen Gespräche mit König Hussein über eine gemeinsame palästinensisch-jordanische Haltung für eine politische Verhandlungslösung im Nahostkonflikt weitergeführt werden sollten. Grundlage für die PLO bleibe dabei die Friedensplattform des Arabischen Gipfel von Fes (siehe AIB 11-12/1982, S.8).

Der Mord an dem prominenten PLO-Diplomaten Issam Ali Sartawi (48), der am 10. April d.J. in Albufeira (Portugal) von der ultralinken palästinensischen Abu-Nidal-Gruppe (Hauptsitz Irak, infiltriert vom israelischen Geheimdienst Mossad) verübt wurde, konnte die PLO von ihrer Suche nach einer politischen Verhandlungslösung nicht abbringen.

Türkei

Am 23. April 1983 ist in der Türkei ein neues Parteiengesetz in Kraft gesetzt worden. Parlamentswahlen sollen jetzt am 6. November 1983 stattfinden.

Wie die regierenden Militärs den „zweiten Schritt zu einer Normalisierung des öffentlichen Lebens in der Türkei“ verstanden wissen wollen, zeigen die Einschränkungen der politischen Bewegungsfreiheit der Parteien. So sind öffentliche Veranstaltungen im Wahlkampf verboten. Beamte, Studenten, Angehörige der Streitkräfte und Justizangestellte dürfen keine Parteimitglieder werden. Die gegenseitige Unterstützung zwischen Parteien und Gewerkschaften sowie anderen Organisationen ist untersagt. Keine Partei darf sich auf die 1981 verbotenen Parteien berufen.

Zudem behalten sich die Generäle die letzte Entscheidung über die Zulassung einer Partei vor. Leute, die den Militärs politisch nicht passen, dürften kaum eine Chance haben. 723 führenden Politikern, darunter den früheren Ministerpräsidenten S. Demirel und B. Ecevit, wurde auf 5 bzw. 10 Jahre jede politische Aktivität untersagt.

**DEMOKRATISCHES
GESUNDHEITSWESEN**
ZEITSCHRIFT FÜR GESUNDHEITS- UND SOZIALBERUFE

Vorschau **'83**

Jan./Febr.: Armut, Arbeitslosigkeit, Klassenmedizin

März/April: Militärmedizin und Kriegsverhütung

Mai/Juni: Chronische Kranke— und wie wir mit ihnen umgehen

Bitte ausschneiden und senden an:

Pahl-Rugstein-Verlag

Gottesweg 54 – 5000 Köln 51

Ich abonniere ab Heft die Zweimonatszeitschrift „DEMOKRATISCHES GESUNDHEITSWESEN“ zum Jahresaboppreis von DM 27,- (incl. Versand)

Ich möchte ein Probeheft (gegen Beilage von DM 1,40 Rückporto).

Absender

Datum

(möglichst mit Beruf und Tel.) Unterschrift

2V 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungs-Gebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Kommentar: Auspalavert

Zugegeben: Als Macher einer Dritten-Welt-Zeitschrift den Abgesang auf eine andere Dritte-Welt-Zeitschrift zu schreiben, fällt schwer, wenn man fair bleiben will. Schließlich ist bei aller Gemeinsamkeit des Interesses für das Thema immer auch Konkurrenz im Spiel.

Dies trifft auch dann zu, wenn ein Blatt wie die Monatszeitschrift Palaver, die erstmals im November letzten Jahres erschien, mit einem monströsen Aufwand daherkommt: Mit einem monströsen Aufwand an Kapital zuerst, der sich in der teuren Aufmachung der Zeitschrift und dem immensen Werbeaufwand (Anzeigen im Spiegel, Stern, FAZ- und Zeit-Magazin u.a.) niederschlug.

Einige in der Szene mutmaßten schon damals, das Ganze sei nichts weiter als ein Abschreibungsprojekt der WAZ, jenes Pressemonopols, das die Menschen zwischen Duisburg und Dortmund täglich mit uniformen Druckerzeugnissen versorgt. Tatsächlich kamen die Spuren des Geldberges aus dem Pressekartell des Ruhrgebiets. Andere – wie die Westberliner Tageszeitung (TAZ) – stellten in ihrer grenzenlosen Naivität der Münchener Palaver-Redaktion gleich die gesamte Adressenkartei zu Werbezwecken zur Verfügung, kostenlos.

Wiederum andere wähten, ein kommerziell aufgemachtes Magazin wie Palaver hätte in der Solidaritätsbewegung ohnehin keine Chance, bei einem gewissen Kreis von Globetrotter-Typen, aber nur bei solchen der „oberen Mittelklasse“, die bereit sind, für Papier, wenn es nur bunt genug bedruckt ist, 7 DM pro Monat hinzulegen.

Seit Anfang Mai 1983 wissen wir mehr: Palaver hat auspalavert, zumindest vorerst. Ende August d.J. will es in neuer Gestalt auf den Markt kommen. Die Zwischenzeit soll zur Umstellung des Konzepts genutzt werden.

Die Begründung für diesen publikationspolitischen Kurswechsel betrifft alle Dritte-Welt-Zeitschriften: In nur sechs Monaten hat Palaver die Erfahrung gemacht, daß eine Zeitschrift, die sich auf die Dritte Welt beschränkt, zum Scheitern verurteilt ist: „Der Versuch, durch die Publikation von 'Dritte-Welt'-Magazinen, 'Dritte-Welt'-Serien, 'Dritte-Welt'-Sendereihen den Betroffenen jener Länder spezielle Aufmerksamkeit als Opfer und notorische Benachteiligte zu verschaffen, verfestigt nur das negative Vorurteil denen gegenüber, denen man helfen will. Wenn sie nicht in Berichterstattung und öffentlicher Wahrnehmung aus dem Ghetto 'Dritte Welt' herausgelangen, wird ihre Opferrolle, ihre Bevormundung und ihre Stigmatisierung nicht enden.“

Herzlichen Glückwunsch den Palaver-Redakteuren zu ihren Erkenntnissen! Wir erscheinen jetzt im 14. Jahr und haben das noch immer nicht gemerkt.

Der Versuch, in der Bundesrepublik eine Dritte-Welt-Zeitschrift zu machen, ist weiß Gott mit Steinen gepflastert. Aus der Welt der Vorurteile, der Bevormundung, der Opferrolle und der Stigmatisierung herauszugelangen, ist ebenso schwer.

Nur – wie kann man dies, wenn man selbst die Vorurteile schürt, die Stigmatisierung mitmacht, sich vor der echten



Aus: Konkret

Parteinahme für die Befreiungskräfte in der Dritten Welt herumdreht? Wie kann man dies, wenn man stattdessen den „Dialog zwischen erster und dritter Welt“ (so der Untertitel von Palaver) zu betreiben versucht, fehlte nur noch der „Nord-Süd-Dialog“, jene sozialdemokratische Wortschöpfung zur Verschleierung imperialistischer Abhängigkeiten und Ausbeutungsverhältnisse?

Gleich zu Anfang hatte der verantwortliche Palaver-Redakteur Andreas Zielcke das Verdikt verkündet: „Bislang mündete jede Revolution in undemokratische Herrschaftsformen.“ (Palaver, Nr. 11/1982) Seither ist kein Heft erschienen, in dem nicht in mindestens einem Beitrag gerade die erfolgreichsten und hoffnungsvollsten Fälle von Befreiungsrevolutionen in der Dritten Welt mit dem Dünkel des angelinkten Salon-Intellektuellen in Zweifel gezogen wurden: Zuerst Moçambique, dann Vietnam, dann Angola, dann Kuba, dann schließlich auch Nikaragua.

Dort, wo es nötig gewesen wäre, zur Solidarität aufzurufen, blieb Palaver stumm: Keine einzige Befreiungsbewegung, die noch um die Macht kämpft, ist in Palaver jemals im Originalton zu Wort gekommen, nicht der Afrikanische Nationalkongreß Südafrikas, nicht die Südwestafrikanische Volksorganisation Namibias, nicht die Frente POLISARIO der Westsahara, nicht die Befreiungsfront FDR/FMLN El Salvadors. Konsequenterweise ersparten sich die Palaver-Redakteure auch die Bezugnahme auf diejenigen, die in der Bundesrepublik die Solidarität mit all diesen Bewegungen und ihren Kämpfen organisieren.

Bar jeden Zusammenhang zur Solidaritäts- und Dritte-Welt-Bewegung hierzulande betrieben die Palaver-Leute ihr Geschäft. Vielleicht gelingt es ihnen – mit Hilfe einer ausreichenden Kapitaldecke und einer kommerziell-versierten Cleverness –, sich mit einem „künftig international orientierten Magazin für Politik und Kultur“ (so die Ankündigung) im bundesdeutschen Blätterwald zu behaupten. Nur – mit Internationalismus dürfte dies auch dann kaum etwas zu tun haben.